

NIE VERGESSEN

Es ist sehr sinnvoll, denkwürdige Tage zu begehen. Das soll eine Gelegenheit sein, die Tagessorgen beiseite zu schieben und an das Geschick der Menschheit in unserer turbulenten Epoche zu denken. Von besonderer Bedeutung aber ist es, den Jahrestag des großen Sieges der Völker über den Nazismus zu feiern.

Im Mai 1945 wurde der Nazismus aufs Haupt geschlagen, und der Krieg in Europa war zu Ende. Das 20. Jahrhundert kennt wohl kein anderes Ereignis, das so viele Angehörige verschiedener Länder in Freude vereint hätte. Im Mai 1945 machten wir uns kaum Gedanken darüber, wieso. Es war ohnehin klar: Kriegsende, Befreiung, Frieden!

Jetzt, 38 Jahre später, sollen wir am Siegestag nicht nur gedenken, sondern auch erläutern, in erster Linie deshalb, weil jetzt das höchste Gut aller Völker angegriffen wird: der Frieden, der um den Preis von Millionen Menschenleben, von unsäglichen Qualen und Entbehrungen erkämpft wurde. Politische und soziale Kräfte, die nicht zum ersten Mal die Geschichte zum Rücklauf zwingen wollen, möchten die Völker die Traditionen des gemeinsamen Kampfes, die die Antihitlerkoalition so fest zusammenhielten, vergessen machen. Diese Kräfte möchten ungeschehen machen, was das sowjetische Volk zur Befreiung Europas beisteuerte, und ebenso die historische Rolle der UdSSR im zweiten Weltkrieg.

Versuchen wir uns vorzustellen, was gewesen wäre, wenn es Reagan oder Weinberger im Mai 1945 gewagt hätten, ihre jetzigen hochtrabenden Reden über eine "sowjetische Bedrohung" oder über die Sowjetunion als "das Reich des Übels" zu schwingen. Man hätte sie glatt ausgelacht und bestenfalls für schlechte Schüler gehalten, die ihre Verleumdungen aus den Blättchen eines Goebbels abgeschrieben haben.

Der zweite Weltkrieg hat der Menschheit die nachweisliche Lehre erteilt, daß die Zivilisation nicht vom Sozialismus, sondern vom Imperialismus bedroht wird. Gerettet haben sie nicht die falschen Propheten im Westen, die in den 30er Jahren ihre antikommunistische Propaganda trieben, sondern die Millionen, aus denen die sozialistische Gesellschaft besteht. Sie haben nicht mit diesen Herrschaften abgerechnet, sondern um den Preis ihres Blutes die Freiheit verteidigt und Europa befreit. Ohne Vorwürfe haben die sowjetischen

Menschen denjenigen Politikern und Militärs im Westen die Hand gereicht, die endlich begriffen, was der Hitlerfaschismus ihnen androhte. Seite an Seite kämpften sie, bis sie sich siegreich an der Elbe trafen.

Man muß sich manchmal wundern, wo die heutigen Führer des internationalen Imperialismus die Unverschämtheit hernehmen, mit der sie zu uns, ja überhaupt zur ganzen Welt, in einem Ton reden, als wäre der zweite Weltkrieg mit seinen Lehren nicht gewesen. Er hat in Schlachten beispiellosen Umfangs gelehrt, daß die sozialistische Ordnung unerschütterlich ist. Wenn Reagan sagt, er möchte "beim letzten Atemzug" des Kommunismus dabei sein, dann kann man ihm nur eins raten: von seinen Beratern eine Aufstellung zu verlangen, wie oft sich Hitler und Goebbels das auch gewünscht haben.

Das Heldentum des sowjetischen Volkes und seiner Kommunistischen Partei im Großen Vaterländischen Krieg war für das 20. Jahrhundert von grundsätzlicher Bedeutung. In der Reichskanzlei hatte man ja auf "wirtschaftliche Schwierigkeiten" und eine "technische Rückständigkeit" unseres Landes und schließlich auf eine Schwäche unserer Gesellschaftsordnung gebaut. Nebenbei gesagt, war man in Washington und London schon im Sommer 1941 bereit, einen Sieg Hitlers über die UdSSR hinzunehmen. Es ist nicht dazu gekommen, ebensowenig, wie sich Washingtons jetzige Hoffnung auf einen Erfolg des antisowjetischen Diktats erfüllen wird.

Aber genug der Parallelen, um so mehr, als geschichtliche Parallelen das qualitativ Besondere der jetzigen Kernkriegsgefahr, in der die Welt schwebt, nicht zu veranschaulichen vermögen. Wenn das Pentagon in einer seiner neuesten Richtlinien den Streitkräften der USA vorschreibt, sie müßten "imstande sein, das gesamte sowjetische (und mit der UdSSR verbundene) militärische und politische System hinwegzufegen", dann zielt es mit Kernbomben nicht nur auf die sozialistische Welt, sondern auf die ganze Menschheit. In einem Kernwaffenkrieg wachsen sich die Anmaßungen der Antikommunisten zur Bedrohung des ganzen Erdballs aus. Deshalb warnt die UdSSR: Die Gefahr ist groß wie noch nie. Man muß alles aufbieten, um sie zu bannen. Schließlich sind Kernwaffen kein Poker, bei dem der Verlierer noch hoffen kann. Es geht um Leben und Tod der Völker, die sich den Frieden um teuren Preis erkaufte haben.

Für das sowjetische Volk ist der Siegestag ein frohes und geheiligtes Fest. Wir gedenken der Vergangenheit und beugen unser Haupt vor den Gefallenen und vor dem Heldentum des Volkes. Er ist ein Tag des Gedenkens, aber auch ein Tag der hohen Verpflichtung, der sozialistischen Ländergemeinschaft und der ganzen Erde Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 19 MAI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Nie vergessen	1
Juri Andropows Antwort auf den Appell amerikanischer Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens	4
W. Kusnezow — Der Frieden geht über alles	5
W. Shitomirski — Forderung der Werktätigen	7
Träger des internationalen Lenin-Preises „Für die Festigung des Friedens unter den Völkern“	8
A. Usatow — Afghanistan. Flaggen über dem alten Land	9
E. Kowaljow — Portugal. Auf der Suche nach Partnern	10
A. Baryschew — Auf den Wink des Weißen Hauses	11
I. Bulai — Das östliche Glied in der US-Strategie	12
W. Godyna — Die Konferenz in Ulan-Bator	13
Stephen J. Barna — An jene, die es interessieren könnte	14
Erklärung des Verbandes der sowjetischen Freundschaftsgesellschaften und des Sowjetischen Komitees für Freundschaft und Solidarität mit dem arabischen Volk von Palästina	14
Erklärung des Komitees der Sowjetfrauen	15
Notizen ♦ Glossen	16
A. Ryshow — Ohne klare Zielrichtung. Übersicht über die Warschauer Wochenschrift „Polityka“	18
S. Borissow — Namibia. Das Volk muß frei sein!	21
I. Trofimowa — Tschechoslowakei. Josef Saura aus Mily	22
M. Podwigin — DDR. „Brücke“ über die Ostsee	24
A. Tschepurenko — Einmaliges Werk	25
D. Sgerski — Infitah-Millionäre	26
J. Tawrowski — Japan. Zehn Fuß Dokumentarfilm	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der 9. Mai ist der Tag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg. An diesem Tag gedenken wir der Gefallenen im Kampf gegen den Faschismus. Dieser Tag erinnert die Menschen guten Willens daran, daß der Frieden bewahrt werden muß, und warnt die Kriegsbrandstifter eindringlich: Der Aggressor wird seiner gerechten Strafe nicht entgehen!

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Eine Gruppe bekannter amerikanischer Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens richtete an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow, einen Appell für ein Verbot kosmischer Waffen (S. 4).

■ Am 1. Mai wurde Juri Andropows Antwort auf die Botschaft der Staats- und Regierungschefs Finnlands, Jugoslawiens, Österreichs, San Marinos, Schwedens und Zyperns zum Madrider KSZE-Nachfolge treffen veröffentlicht. Uns sind die in der Botschaft geäußerten Gedanken und Erwägungen nahe, und verständlich ist die Besorgnis wegen des Standes der Dinge auf dem Madrider Treffen, heißt es in der Antwort des Generalsekretärs des ZK der KPdSU. Was die Sowjetunion angeht, so unternimmt sie seit Beginn des Madrider Treffens beharrliche Anstrengungen, um wesentliche positive Übereinkünfte zu erzielen, die ein bedeutender Schritt bei der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki darstellen. Wie wir verstehen, decken sich in diesem Hauptpunkt unsere Positionen, betonte Juri Andropow. Der überarbeitete, am 15. März 1983 von den neutralen und nichtpakgebundenen Ländern vorgelegte Entwurf für ein Schlußdokument des Treffens wird von der Sowjetunion als Grundlage dafür betrachtet, die Arbeit zur vollen Abstimmung dieses Dokuments bereits in nächster Zeit abzuschließen.

■ Am 26. April fand in Kabul ein Festakt zum 5. Jahrestag der Aprilrevolution statt. An der Veranstaltung beteiligten sich die Delegationen vieler befreundeter Länder, darunter eine sowjetische Partei- und Regierungsdelegation unter dem Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, dem ersten Sekretär des ZK der KP Usbekistans, Scharaf Raschidow (S. 9).

■ Am 2. Mai fand im Moskauer Säulensaal des Gewerkschaftshauses ein Maimeeting der Werktätigen der Hauptstadt unter Teilnahme ausländischer Gewerkschaftsdelegationen aus 117 Ländern statt (S. 7).

■ Am 3. Mai wurde in Moskau die internationale Konferenz „Die Rolle und der Platz der Gewerkschaften in der heutigen Welt“ eröffnet. An ihr nehmen Vertreter von 118 Ländern und von 5 internationalen Gewerkschaftsorganisationen teil.



Die Völker aller Länder begingen den 1. Mai, den Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Es fanden Massendemonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen statt. TASS-Foto: Während der Demonstration am 1. Mai auf dem Roten Platz

Entwicklung des Landes verabschiedet. Das ZK der Partei wurde gewählt. Parteivorsitzender wurde erneut der Präsident der VR Mocambique, Samora Machel.

Vom 25. April bis zum 2. Mai hielt sich eine Delegation der Volksfront für die Befreiung Palästinas unter deren Generalsekretär, George Habash, in der Sowjetunion auf. Es fanden Begegnungen und Gespräche mit Vertretern der sowjetischen Öffentlichkeit statt. Die Delegation wurde von Boris Ponomarew empfangen.

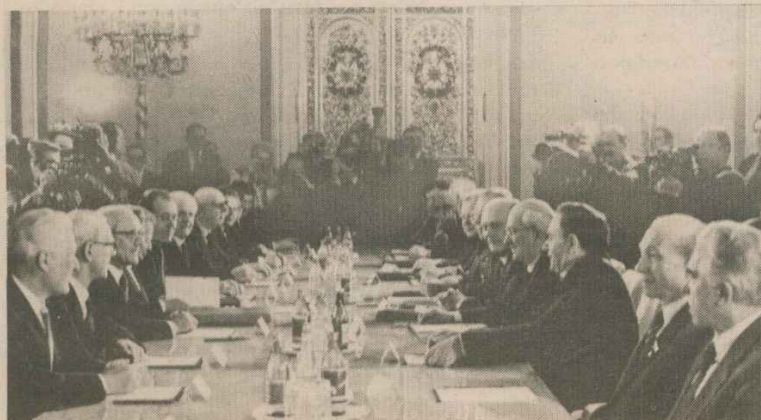
Avantgardepartei der Werktätigen Mocambiques. An ihm nahmen über 70 Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien, nationalen Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Organisationen aus aller Welt teil. Die sowjetische Delegation wurde von Piotr Demitschew, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Kulturminister der UdSSR, geleitet. Das ZK der KPdSU sandte dem Frelimo-Parteitag eine Grußbotschaft. Auf dem Kongreß wurden das Programm und das Statut der Partei bestätigt sowie die Direktiven der sozialökonomischen

Vom 26. bis 29. April tagte in Maputo der IV. Kongreß der Frelimo-Partei, der

Am 29. April wurde in Addis Abeba die 18., die Jubiläumstagung des UNO-Wirtschaftsausschusses für Afrika eröffnet. Der Ministerrat der UdSSR sandte eine Grußbotschaft: "Die Sowjetunion wendet sich konsequent gegen Versuche, Afrika in 'Einflußsphären' aufzuteilen, und tritt für das legitime Recht des Volkes jedes Landes ein, selbst, ohne Einmischung von außen, über seine inneren Angelegenheiten zu entscheiden. Sie ist entschieden und unabänderlich auf der Seite jener, die auch heute noch für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen und den Druck des Aggressors abwehren müssen oder der Bedrohung einer Aggression ausgesetzt sind."

Am 3. Mai traf eine Partei- und Staatsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Juri Andropow überreichte Erich Honecker den Lenin-Orden und die Medaille "Goldener Stern" eines Helden der Sowjetunion. Am gleichen Tag fanden im Kreml Gespräche der sowjetischen Führung mit der DDR-Delegation statt. Unser Bild: Bei den Gesprächen

Foto: S. Kossyrew



Vom 25. bis 28. April weilte eine Delegation der Gewerkschaft Arbeiterkommissionen (CC. OO.) Spaniens unter deren Generalsekretär Marcelino Camacho auf Einladung des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften (WZSPS) in der UdSSR. Es fanden Gespräche zwischen den Delegationen des CC. OO. und des WZSPS unter dessen Vorsitzenden Stepan Schalajew statt.

Erich Honecker sagte seinen Besuch in der BRD ab. In der derzeitigen Lage, die durch die Schuld der BRD in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entstanden ist, könne Erich Honecker, konstatiert ADN, die BRD nicht entsprechend der Einladung des Bundeskanzlers besuchen.

Eine Gruppe bekannter amerikanischer Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens richtete an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow, einen Appell für ein Verbot kosmischer Waffen.

Juri ANDROPOWS

Antwort auf den Appell amerikanischer Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Geehrte Herren,

Ihr Appell für ein Verbot kosmischer Waffen ist von ernster Sorge um die friedliche Zukunft des Weltraums durchdrungen. Ich teile diese Besorgnis voll und ganz. Die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums ist eines der erstrangigen Probleme, denen die Menschheit gegenübersteht. Ob dieses Problem gelöst wird, davon hängt auf der Erde vieles ab.

Als Wissenschaftler und Spezialisten können Sie sich gut die überaus gefährlichen Folgen der Anhäufung tödlicher Waffen im Weltraum vorstellen. Staatsmänner, Politiker und Wissenschaftler müssen bereits jetzt alles tun, damit die Errungenschaften des menschlichen Geistes, der sich beschleunigende Fortschritt von Wissenschaft und Technik nicht zum Schaden der Menschheit eingesetzt werden.

Ich möchte betonen, daß gerade die Sowjetunion — das Land, das vor 25 Jahren den Weg in den Kosmos bahnte — alle heute existierenden internationalen Vereinbarungen für die ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums zum Wohle der Menschheit initiiert und verwirklicht hat.

Um diese Aufgabe ein für allemal zu lösen, hat die Sowjetunion, wie Ihnen wohl bekannt ist, den Abschluß eines Vertrages über das Verbot der Stationierung von Waffen jeglicher Art im Kosmos vorgeschlagen. Der Entwurf eines solchen Vertrages wurde von uns der UNO bereits im August 1981 unterbreitet. Die Realisierung dieses sowjetischen Vorschlages, für den sich die Mehrheit der UNO-Mitglieder ausgesprochen hat, würde allen Versuchen, den Kosmos in eine Quelle tödlicher Gefahr für die Menschheit zu verwandeln, einen Riegel vorschieben.

Leider ist im Abrüstungsausschuß mit der Arbeit an einem ähnlichen Vertrag aufgrund der Haltung der USA und einiger anderer NATO-Staaten bisher eigentlich nicht begonnen worden. Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen im Gegenteil, daß die Nutzung der militärischen Raumfahrttechnik im strategischen Denken der USA, wie unter anderem auf der Ebene der höchsten amerikanischen Führung erklärt wurde, eine immer größere Rolle spielt.

Jetzt ist der entscheidende Moment gekommen: Entweder setzen sich die interessierten Staaten unverzüglich an den Verhandlungstisch zur Ausarbeitung eines Vertrages zum Verbot der Stationierung jeglicher Waffen im Weltraum, oder greift das Wettrüsten auf den Kosmos über.

Ich kann Ihnen versichern, daß die Sowjetunion auch in Zukunft äußerste Anstrengungen unternehmen wird, um die Ausbreitung des Wettrüstens in den Kosmos zu verhindern.

Man möchte hoffen, daß die Wissenschaftler und die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus aller Welt gleichfalls ihren Beitrag dazu leisten, daß der Kosmos für immer frei von jeglichen Waffen und nicht zu einer Arena militärischer Zusammenstöße wird, daß vom Kosmos aus keine Gefahr für die auf der Erde Lebenden ausgeht.

Ich wünsche Ihnen Erfolge bei den Anstrengungen zur Verteidigung des friedlichen Kosmos, bei Anstrengungen, die von der Sowjetunion voll und ganz unterstützt werden.

Hochachtungsvoll

J. ANDROPOW

DER FRIEDEN GEHT ÜBER ALLES

Wladlen KUSNEZOW

In seinen Antworten auf die "Spiegel"-Fragen schneidet Juri Andropow vielerlei an, was in der heutigen von der Kriegsgefahr bedrohten Welt kaum jemanden gleichgültig läßt, ausgenommen natürlich die Falken, die diese Gefahr ja schaffen. Zwei dieser Dinge möchte ich hervorheben. Der sowjetische Staatsmann hat das Problem der internationalen Sicherheit in seiner vollen Bedeutung gezeigt. Dieses Problem erfordert von den Repräsentanten der beiden konfrontierenden Welten, eine gemeinsame Sprache zu finden, um das Wettrüsten, solange noch Zeit ist, einzudämmen und zu einer realen Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, zur praktischen Abrüstung überzugehen.

Das andere Problem ist, welche Kriterien angesichts der ungeheuren Gefahr für die Menschheit angelegt werden müssen. Soll man Öl ins Feuer der von den Antagonisten hochgezuchteten militaristischen Rhetorik gießen oder aber Selbstbeherrschung üben und dazu beitragen, eine normale, wirklich konstruktive und von Feindschaft freie Atmosphäre zu schaffen, in der sich die komplizierten Fragen unserer Zeit am besten lösen ließen.

Recht auf Sicherheit

Fast in allen ihren Reden sprechen die Vertreter der Washingtoner Administration von der nationalen Sicherheit der USA. Um die Sicherheit ihrer Länder sind auch die Politiker Westeuropas besorgt. Das gleiche Problem wird in jüngster Zeit verstärkt in Japan debattiert. Selbst die Spitzen Israels, das fremden Boden okkupierte und immer wieder seine arabischen Nachbarn angreift, sprechen von eigener Sicherheit.

Die Sorge um die eigene Sicherheit ist, sofern sie natürlich nicht mit der Untergrabung der Sicherheit anderer einhergeht, selbstverständlich. Besonders in unserem Kernraketen-Zeitalter, da sie so anfällig geworden ist wie nie zuvor.

Hat aber die Sowjetunion kein Sicherheitsbedürfnis? Als sie seinerzeit ihre ersten Schritte tat, fielen 14 Staaten über sie her. Dann wurde sie einem gemeinen, vertrauensbrüchigen Überfall ausgesetzt, der sie 20 Millionen Menschenleben kostete.

Vielleicht aber hat die Sowjetunion jetzt gar keinen Grund, sich zu beunruhigen? Dazu sollte man den japanischen Rundfunk hören, der den Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums folgendermaßen resümiert: "Offenbar sehen die Pläne der USA einen eventuellen Zweifrontenkrieg gegen die Sowjetunion — in Westeuropa und in Ostasien — vor." Zwei Fronten also!

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt verdeutlichte in einem Interview für die italienische "Repubblica": "Betrachten wir, was in einem Land geschehen kann, auf das Raketen zufliegen. Sechs Minuten sind an und für sich schon keine allzu große Zeitspanne, aber man muß sie noch teilen: Drei Minuten würden nämlich dazu gebraucht, um herauszufinden, was das für Objekte sind, die da auf dem Radarschirm auftauchen. Und infolgedessen bleiben ganze drei Minuten. Welche Führungsgruppe, welcher Politiker aber kann eine so ernstliche Entscheidung in drei Minuten treffen und die Verantwortung dafür übernehmen, in so kurzer Frist zu entscheiden, ob mit einem Nuklearschlag geantwortet werden soll oder nicht? Deshalb wird diese Entscheidung einem untergeordneten Organ überlassen, und zwar dem militärischen Oberkommando, das sich aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem unverzüglichem Gegenschlag entschließt... Begreifen sie, wie groß die Gefahr ist!"

Die Sowjetunion begreift sehr gut, was die Stationierung von US-Raketen mit einer sechsminütigen Flugzeit bis zum Ziel in der Nähe ihrer Grenzen bedeutet. Begreifen das aber die, die diese Raketen aufstellen wollen? Eines, daran ist kein Zweifel, wissen sie: Welche Bedrohung sie für die Sowjetunion schaffen. Ihr werden sechs Minuten zum Überlegen einge-räumt — was ist das schon für eine Sicherheit... Ich wüßte gerne, was man in Washington in einer ähnlichen Situation sagen würde.

In Sicherheitsfragen muß man sich an die Stelle des anderen versetzen, die Situation nicht nur mit den eigenen, sondern auch mit fremden Augen betrachten können. Denn die Sicherheit ist unteilbar. Sie läßt sich nicht in der Weise aufspalten, daß man sagt, mir mehr, dem anderen weniger. Sie muß gleich sein.

Entweder gleich und damit zuver-

lässig, oder ungleich, die legitimen Interessen eines anderen oder anderer beeinträchtigend, und damit unzuverlässig. Kann, wer Gefahren für andere schafft, sich selbst in Sicherheit wiegen? Diejenigen, die Raketen liefern, und diejenigen, die dafür ihr Territorium zur Verfügung stellen, gewährleisten sie etwa damit ihre Sicherheit? Nein!

In einem kranken Hirn entstehende fixe Ideen können gefährlich sein. Was soll man von den fixen Ideen sagen, die in den Rang der hohen Politik und Strategie erhoben werden sollen und die zwischenstaatlichen Beziehungen, den Weltfrieden, die internationale Sicherheit berühren?

"Wenn wir einen Krieg nicht ernst genug nehmen, um ihn gewinnen zu wollen, brauchen wir ihn gar nicht erst anzufangen." Das ist die Ansicht von Caspar Weinberger, Verteidigungsminister der USA. "Man braucht die Fähigkeit zum Sieg, wenn man erfolgreich sein will", echot Marineminister John Lehman.

"Der Sieger wird in der Lage sein, dem Verlierer Befehle zu erteilen, und der Verlierer wird sie zu befolgen haben, oder er hat mit vollständigem Chaos oder Auslöschung zu rechnen." Diese Überlegungen wurden seinerzeit von Paul Nitze, dem jetzigen Leiter der US-Delegation bei den Genfer Verhandlungen über den Rüstungsabbau in Europa, angestellt.

Die angeführten Äußerungen haben wir einem Dokumentarbericht aus einer März-Ausgabe des bundesdeutschen "Stern" entnommen. Dort finden sich auch detaillierte Angaben über die seit 30 Jahren umfangreichste Kommando - stabsübung in den USA. An dem fünftägigen "Spiel" beteiligten sich der Präsident, dessen Rolle der einstige Außenminister William Rogers übernahm, und der Vizepräsident, der vom früheren CIA-Chef Richard Helms dargestellt wurde.

Und so ging die Sache aus: "Das Weiße Haus und das Pentagon lösten sich in gewaltige Feuerbälle auf. Der Präsident war auf der Stelle tot. Das Oberkommando ging sofort auf den Vizepräsidenten über, dessen 'Night-watch'-Flugzeug irgendwo über Ohio kreiste..."

Lassen wir die Spielerei beiseite, denn schließlich handelt es sich um ernste Dinge. Der "Stern" ist bei seiner Beobachtung der Washingto-

ner militaristischen Szene zu einem Schluß gelangt, der aufhorchen läßt: "Mit Reagan hat die Atomkriegsplanung jetzt einen Perfektionierungsgrad erreicht, der sich nicht mehr wesentlich von Planungen für einen konventionellen Krieg unterscheidet." Einfach ausgedrückt, der Kernkrieg wird einem konventionellen gleichgestellt.

Ja, die Washingtoner Planer wollen weit vorpreschen. Zu weit.

In seinen Antworten für den "Spiegel" hatte Juri Andropow betont, die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf "berühren im wahrsten Sinne des Wortes Fragen von Leben und Tod der Völker der Sowjetunion und der USA, der Länder der Warschauer Vertrags und der NATO".

Was ist zu tun, damit das Leben verteidigt und der Tod abgewendet werde?

Vor allem sollte man eingehend über die Warnungen nachdenken. USA--Westeuropa--Osteuropa, Sowjetunion bilden ein Dreieck. Bricht es an einer Seite ein, zerfällt es auch an den anderen. Ein "begrenzter" Krieg ist nicht machbar. Machbar wäre ein unbegrenzter und damit letzter in der Menschheitsgeschichte. Danach wäre niemand mehr zum Kriegführen da. Danach gäbe es keine Sieger. Es gäbe nur Besiegte. Und darnieder läge die Vernunft, die die Menschheit retten, ihr die wahre Sicherheit gewährleisten könnte.

Was ist zu tun, damit die Vernunft sich durchsetze, damit der Rüstungswahnsinn besiegt würde?

Ost und West müssen eine gemeinsame Sicherheitskonzeption finden. Ist das überhaupt möglich? Die Sphäre der Sicherheit ist nicht die Sphäre der Ideologie, in der Sozialismus und Kapitalismus unversöhnlich sind. Auch ihre Lebensweise und ihre Werte lassen sich nicht konvergieren. In der Sicherheitssphäre jedoch läßt sich eine gemeinsame Sprache finden, mehr noch, sie ist lebensnotwendig.

Wie sähe eine gemeinsame Sicherheitskonzeption aus? Zu verzichten wäre auf das Streben nach militärischer Überlegenheit, strikt einzuhalten wäre die Parität, allen Abrüstungsverhandlungen wäre das fundamentale Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zugrunde zu legen. Anerkannt werden müßte das für alle gleiche Recht auf Sicherheit.

Ist das etwa viel, läßt sich das nicht durchsetzen? Alle diese Formeln sind bereits in mehreren Dokumenten enthalten, die die Unterschriften von

Repräsentanten aus Ost und West tragen. Diese Formeln sind nun in die Sprache der politischen Praxis zu übersetzen. Sie müssen als unbedingte Gesetze des menschlichen Zusammenlebens, als anerkannte Moralnormen beachtet werden.

Juri Andropow hat den "Spiegel" als Tribüne benutzt, die internationale Gemeinschaft dazu aufzufordern, ihre Sicherheit nicht der Sicherheit anderer gegenüberzustellen, die Bemühungen um eine solche Sicherheit zu vereinen, in der niemand niemanden bedroht und niemand Drohungen zu ertragen hat.

Das sind keine frommen Wünsche, keine Illusionen, das ist der Imperativ des Kernzeitalters.

Wenn du deine Sicherheit schätzst, dann schätze auch die fremde. Sicherheit für sich selbst ist Sicherheit für alle. Andere Vorstellungen über Sicherheit sind kein Garant für sie.

Glieder einer Kette

Erinnern wir uns, wann die Verschlechterung der Lage in Europa begann. Kaum war die Tinte auf der Schlußakte von Helsinki trocken, als das offizielle Washington die UdSSR und ihre Verbündeten bereits als Sieger zählten, sich selbst aber als Besiegte, und an Revanche zu denken begannen. Auf dem Belgrader Treffen 1977-1978 wurde die Sabotage der Entwicklung in Europa auf dem Weg von Helsinki eingeleitet. Sie wird bis heute fortgesetzt und ist in der Strategie Washingtons auf dem jetzigen Madrider Treffen deutlich erkennbar. Sabotiert wurde vor allem der Übergang zur militärischen Entspannung, die nach der KSZE realer geworden war. Um diesen Prozeß zu torpedieren, weigerte sich das Weiße Haus das bereits unterzeichnete SALT-2-Abkommen zu ratifizieren, und veranlaßte die NATO zu der inzwischen von vielen angefochtenen nuklearen "Nachrüstung".

Dieser Beschluß war es, der für Europa zum Ursprung für Spannungen und Besorgnis, Instabilität und Zukunftsunsicherheit wurde, was Millionen Menschen dazu bringt, mit Antiraketenlösungen auf die Straße zu gehen, und die Politiker, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man aus dieser äußerst heiklen Situation herauskäme. Und das ist Ziel für viele. Für jene, die um jeden Preis, ohne dazu das klare Einverständnis der europäischen Völker zu haben, die neuen US-Raketen aufstellen und ihre Länder zu Geiseln der Pentagon-Strategie machen wollen, als auch für jene, die glauben, die nukleare "Nachrüstung" bilde für

unseren Kontinent eine Bedrohung, deren Ausmaße und Folgen sich noch kaum überblicken lassen.

Dem NATO-Beschluß über die Dislozierung der US-Raketen war ein lang andauernder und massierender politisch-propagandistischer Beschluß hinsichtlich des angeblichen sowjetischen Monopols über Mittelstreckenraketen und der schrecklichen Eigenschaften der SS20 vorausgegangen, der das Blut erstarren lassen sollte. Um einen außerordentlichen Beschluß durchzubringen, braucht es eine außerordentliche, alarmierende Situation. Doch selbst diese Situation scheint manchen Leuten offenbar noch zu wenig kritisch, um Ende dieses Jahres mit der Stationierung der Pershing 2 und der Marschflugkörper in der BRD, in Italien und Großbritannien und möglichst, wenn es gelingt, Belgien und Holland herumzukriegen, auch dort zu beginnen. So will man die Atmosphäre in Europa aufheizen, die massierte Antiraketenbewegung aber desorientieren.

Zunächst einmal erschien in Westeuropa — im Juni vergangenen Jahres — der US-Präsident, um von London aus zum ideologischen "Kreuzzug" gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten zu blasen. Gleichzeitig wurde offen gegen die gesamteuropäische Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit, gegen die Beteiligung westlicher Firmen an der Lieferung von Ausrüstungen für die Erdgasleitung Westsibirien--Westeuropa zu Felde gezogen. Einige Zeit später nahm das Weiße Haus seine Wirtschaftssanktionen allerdings zurück. Man hätte denken können, die Vernunft — zumindest im Bereich der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum Osten — gewänne allmählich doch die Oberhand. Aber nein. Die Washingtoner Administration will heute den NATO-Ländern und gleichzeitig auch Japan, wie man hört, "noch härtere Sanktionen" hinsichtlich des Handels mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern aufzwingen. Die Daumenschrauben sollen die Verbündeten bei der Konferenz der "Großen Sieben" Ende Mai in Williamsburg (USA) zu spüren bekommen, bis dahin sollen sie bei Vorbereitungsgesprächen in Paris und Washington kirre gemacht werden.

Der ideologische, propagandistische "Kreuzzug" soll durch einen wirtschaftlichen ergänzt werden. Doch auch das ist noch nicht alles.

Schon fiel der Startschuß zu einer

Kampagne, mit der die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder der Beteiligung am internationalen Terrorismus beschuldigt werden sollen, wobei man sich auf einen falschen Zeugen, den türkischen Profigangster Ali Agca beruft, der das Papstattentat verübt hatte. Und um das Faß voll zu machen, ergeht man sich in Spionomanie.

Ist das ein zufälliges Zusammentreffen? Sind das miteinander nicht verbundene Einzelaktionen? Wohl kaum. Bei all dem spürt man die erfahrene Hand des Koordinators. Da möchte jemand zu gern eine Haßwoge gegen die Sowjetunion auslösen und jene gegen sie aufbringen, die jetzt in der Antikriegsbewegung den sowjetischen konstruktiven Friedensinitiativen Anerkennung zollen, mit denen dem Streit um die Mittelstreckenraketen ein Ende bereitet und eine für alle Seiten befriedigende Lösung gefunden werden soll. Da ist jemand darauf aus, West- und Osteuropa zu zerstreuen, die trotz aller Komplikationen der jüngsten Zeit nicht vorhaben, die mit solcher Mühe errichteten Brücken der Entspannung abzureißen, und Wege zur Stärkung des Vertrauens suchen.

Propagandistische Diversionen, psychologischer Krieg, Desinformation und Diffamierungen, Wirtschaftsboykott, Spionagerummel — das alles sind Glieder einer Kette. Der gleichen Kette, die Westeuropa an die Pershing 2 und die Marschflugkörper — das Potential für den Erstschlag — fesseln und also zur Zielscheibe für den Gegenschlag machen will, wenn der Einsatz dieses Potentials gewagt wird. Um den Widerstand des rebellischen Westeuropa zu brechen, es gefügiger zu machen und zu benebeln, will man ihm eine anständige Dosis antisowjetischen Rauschgifts versetzen. Vielleicht gaukelt es sich dann die Pershing 2 und die Marschflugkörper doch als die reaganschen "Friedenshüter" und die Sowjetunion als reagansches "Reich der Hölle" vor.

Im "Spiegel"-Interview Juri Andropows hat die Weltöffentlichkeit eine neue Bestätigung dafür gefunden, daß alles Denken und Trachten der sowjetischen Führung darauf gerichtet ist, es nicht zu einem Kernkrieg, zur Katastrophe kommen zu lassen. Die Menschen in der ganzen Welt können sich erneut davon überzeugen, wer dem Frieden unbestreitbaren absoluten Vorrang gibt und wer ihm das offenkundig abspricht.

FORDERUNG DER WERKTÄTIGEN

Die arbeitenden Menschen in aller Welt begehen den 1. Mai als Leistungsschau ihrer Kräfte, ihrer Solidarität im Kampf für dauerhaften Frieden, für sozialen Fortschritt. Besonders deutlich zeigte sich das auf der Versammlung der Moskauer Werktätigen im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften am 2. Mai, an der ausländische Gewerkschaftsdelegationen teilnahmen.

Die Moskauer legten wie alle sowjetischen Bürger bei der Mai-Demonstration Rechenschaft über ihre Arbeitserfolge ab, sagte der Vorsitzende des Moskauer Gewerkschaftsrats L. Petrow zur Eröffnung der Kundgebung. Die Losungen der Demonstranten riefen die Völker der Welt zum entschlossenen Widerstand gegen die aggressiven Anschläge des Imperialismus und Militarismus sowie zu verstärkten Anstrengungen im Kampf für die Verhütung der nuklearen Katastrophe auf.

Die proletarische internationalistische Solidarität habe eine große Rolle auf allen Etappen der revolutionären und der nationalen Befreiungsbewegung gespielt, betonte der Vorsitzende des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften S. Schalajew. Besonders nötig sei sie in unserer Zeit des angespannten Klassenkampfes in der Welt, einer Zeit, in der zwei entgegengesetzte Einstellungen zu den internationalen Beziehungen hart aufeinanderprallen.

In der Sowjetunion und in den sozialistischen Bruderländern gibt es keine Kräfte, die den Krieg, das Wettrüsten und die Zuspitzung der internationalen Lage brauchten. Frieden, Entspannung, allgemeine Sicherheit, gerechte und für alle vorteilhafte Zusammenarbeit, das unerschütterliche Recht der Völker auf sozialen und nationalen Fortschritt, auf Selbstbestimmung seien unsere eindeutigen Ziele, sagte Schalajew. Mit stürmischem Beifall nahmen die Versammelten die vom Redner angeführten Worte Juri Andropows an das amerikanische Mädchen Samantha Smith auf: "Niemand in unserem riesigen und herrlichen Land — weder Arbeiter und Bauern, noch Schriftsteller und Ärzte, noch Erwachsene und Kinder, noch Mitglieder der Regierung wollen einen großen oder 'kleinen' Krieg... Wir wollen Frieden für uns selbst und für alle Völker des Planeten."

Die klare und ehrliche Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder findet in der ganzen Welt starke Resonanz. Sie wird von der interna-

tionalen Arbeiterklasse und verschiedensten gesellschaftlichen Schichten unterstützt. Mit neuen Initiativen zur Aktivierung des Kampfes der Gewerkschaften für Frieden und für die Lebensinteressen der Werktätigen meldete sich der WGB mit seinen mehr als 200 Millionen Mitgliedern zu Wort. Er verurteilte entschieden die NATO-Pläne zur Stationierung neuer Raketen in Europa, die das Teuerste der Werktätigen bedrohen: ihr Recht auf Leben, hob WGB-Sekretär Jan Nemoudry hervor. Der Bund hat zu einer weltweiten Kampagne von Gewerkschaftsaktionen gegen die Kernkriegsgefahr aufgerufen. Wir appellieren an alle Werktätigen, erkläre der Redner, sich dem Kampf für Frieden und Abrüstung anzuschließen und, unabhängig von den unterschiedlichen politischen, religiösen, philosophischen Anschauungen, aktiv an dieser Kampagne teilzunehmen. Der WGB werde aktiv an dem für Juni in Prag geplanten Weltforum "Für Frieden und Leben, gegen Kernkrieg" teilnehmen.

Herzliche Glückwünsche zum 1. Mai richtete der Schleifer A. Jewstignejew aus der 1. Moskauer Uhrenfabrik an die Versammelten. Als Arbeiter begrüße ich von ganzem Herzen die Friedensinitiativen der Sowjetregierung. Ich meine, wir Arbeiter der ganzen Welt können den Frieden bewahren, wenn wir nur fest zusammenstehen.

Die Worte dieses Bestarbeiters und Helden der sozialistischen Arbeit sind von besonderer Tragkraft. Er, Kriegsteilnehmer, weiß sehr gut, welche Not schon ein "konventioneller" Krieg ohne Kernwaffen über die Menschen bringt.

Der stellvertretende Generalsekretär des Internationalen Bundes der Arabischen Gewerkschaften, Sabri Badr, erklärte, die arabischen Werktätigen forderten alle arbeitenden Menschen auf, sich in einer geschlossenen, weltweiten Kampffront den hinterhältigen Plänen des US-Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion entgegenzustellen. Die arabischen Werktätigen müßten der Gründung des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit großen Wert bei.

Der Sonderberater des Generalsekretärs der Organisation der afrikanischen Gewerkschaftseinheit, Emmanuel Afrani, äußerte, wir sind glücklich, in der Heimat der ersten sozialistischen Revolution zu

TRÄGER DES INTERNATIONALEN LENIN-PREISES „FÜR DIE FESTIGUNG DES FRIEDENS UNTER DEN VÖLKERN“

Auf Beschluß des Komitees für die internationalen Lenin-Preise "Für die Festigung des Friedens unter den Völkern", das aus namhaften Vertretern der sowjetischen und der internationalen Öffentlichkeit besteht, wurden Mikis Theodorakis (Griechenland), Liber Se-

regni (Uruguay), Mahmoud Derwish (Palästina) und John Morgan (Kanada) zu Preisträgern der Jahre 1980–1982 erklärt. Diese Auszeichnung wurde vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR gestiftet.



**MIKIS
THEODORAKIS**

Bekannter griechischer Komponist, Parlamentsabgeordneter, hervorragende Persönlichkeit der griechischen Friedensbewegung, konsequenter und unversöhnlicher Friedenskämpfer. Setzt sich für den Austritt Griechenlands aus der NATO und die Beseitigung der ausländischen Militärsstützpunkte auf dem Territorium Griechenlands ein, für die Verwandlung des Balkans in eine kernwaffenfreie Zone und des Mittelmeeres in ein Meer des Friedens und der Zusammenarbeit, für die Entspannungspolitik und die Einstellung des Wettrüstens. Seit 1977 Mitglied des Weltfriedensrates. Geboren 1925.



**LIBER
SEREJNI**

General, konsequenter Kämpfer für die Interessen des uruguayischen Volkes, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Trat 1969 aus Protest gegen die volksfeindliche Politik des Regimes zurück. 1971 übernahm er die Leitung der Frente Amplio, der Vereinigung der Fortschrittskräfte Uruguays. Nach dem reaktionären Umsturz von 1973 wiederholt verhaftet. 1978 verurteilte ein Militärtribunal Liber Seregni zu 14 Jahren Haft. Gegenwärtig ist er im Gefängnis. Geboren 1916.



**MAHMOUD
DERWISH**

Bedeutender progressiver palästinensischer Schriftsteller. Lebte nach der Bildung Israels in Haifa. Wegen seiner gesellschaftlich-politischen Tätigkeit Verfolgungen und Verhaftungen ausgesetzt, mußte 1970 Israel verlassen. Mahmoud Derwish ist Mitglied des Palästinensischen Nationalrates und Redakteur der literarisch-künstlerischen Zeitschrift "Al Karmale". Sein Schaffen übt spürbaren Einfluß auf das geistige Leben des arabischen Volkes von Palästina aus. Geboren 1941.



**JOHN
MORGAN**

Pastor, hat akademische Grade in Pädagogik und Theologie, Dr. phil. Bekanntter Friedensforscher. Seit 1972 Präsident des Kanadischen Friedenskongresses, dessen Tätigkeit gegenwärtig in zwei Hauptrichtungen erfolgt — der Kampf gegen die Tests amerikanischer Cruise Missiles auf dem Territorium Kanadas und für die Verwandlung des Landes in eine kernwaffenfreie Zone. Geboren 1918.

weilen, die allen unterdrückten Völkern der Welt freundliche Perspektiven eröffnet, Hoffnung in unsere Herzen gesenkt und den Weg zum Kampf für die Freiheit gewiesen hat.

Vom Kampf der lateinamerikanischen Werktätigen um ihre Rechte berichtete Alejandro Cruz Villegas, Ehrenvorsitzender der Einheitszentrale der Werktätigen Venezuelas, Vertreter des ständigen Kongresses für Lateinamerikanische Gewerkschaftseinheit. Unsere Völker, erklärte er, verstärken den Kampf gegen die imperialistische Herrschaft, gegen die Anschläge der Reagan-Administration auf unsere Freiheit und Unabhängigkeit.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sowjetischen Komitees "Ärzte für die Verhütung des Kernkriegs", Nikolai Botschkow, widmete seine Ansprache der Notwendigkeit, das Wettrüsten zu zügeln.

Im Namen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Frankreichs (CGT) sprach das Mitglied seiner Exekutivkommission Joel Biart, der betonte, seine große Klassenorganisation setze sich für erfolgreiche Umgestaltungen in Frankreich und gegen die imperialistische Politik des Rüstungswettlaufs ein.

Während der Kundgebung der Werktätigen auf dem Roten Platz konnten wir uns

erneut davon überzeugen, daß die sowjetischen Menschen in allen Bereichen der Volkswirtschaft, in Wissenschaft, Bildung und Kultur hohe Ergebnisse erzielten und zu Recht auf ihre Leistungen stolz sind, wobei sie sich neue, noch größere Aufgaben gestellt haben, erklärte das Büromitglied des Zentralrats der Bulgarischen Gewerkschaften, die Vorsitzende des Lehrerverbands der VR Bulgarien, Ani Spantschewa. Wir konnten uns ebenfalls überzeugen, daß das sowjetische Volk den Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens als seine wichtigste Aufgabe betrachtet.

W. SHITOMIRSKI

"NEUE ZEIT" 19.83

FLAGGEN ÜBER DEM ALTEN LAND

Einen solchen Menschenstrom hatte Kabul noch nicht erlebt, wie er am 27. April die Magistrale der Hauptstadt, Akbar Khan, überflutete. So feierte das arbeitende Kabul und mit ihm ganz Afghanistan den 5. Jahrestag der Aprilrevolution.

Über den Festtagskolonnen schwebten die schwarzrotgrünen National- und die roten Parteiflaggen sowie unzählige Transparente, auf denen die Arbeitskollektive über ihre Leistungen berichteten und zum Widerstand gegen den Imperialismus, die ausländischen Interventen und die innere Konterrevolution aufriefen. Weiter Losungen zum Ruhm der brüderlichen Freundschaft der Afghaner mit dem sowjetischen Volk und seiner allseitigen internationalistischen Hilfe, Grußworte an Frieden und Völkerfreundschaft. Ferner gab es entlarvende allegorische Darstellungen von "Uncle Sam" und seinen Helfershelfern aus den Duschmanen-Banden.

Die Abgesandten der verschiedenen Betriebe ließen sich an der Ausschmückung ihrer Kolonnen, an den Zahlen ihrer Leistungen erkennen. In ihren Volkstrachten waren die Repräsentanten der verschiedenen Nationalitäten oder sozialen Gruppen erschienen. Wenn es schwierig war, den Beruf zu erraten, fragte ich danach im Gehen jene, die am äußersten Rand der Kolonne marschierten.

"Kleiderhändler, Inhaber eines Lebensmittel Ladens, Bauer, Bauarbeiter, Straßenreiniger, Handwerker, Bankangestellter, Lehrer", lauteten die Antworten.

Beim Blick auf diesen 500 000köpfigen Festzug, der etwa anderthalb Stunden dauerte, auf die freudigen Gesichter seiner Teilnehmer, könnte man vergessen, daß das Land unter Bedingungen leben muß, die Babrak Karmal in seiner Jubiläumsansprache als "außerordentlich kompliziert" bezeichnete. So normal und ruhig ist die Situation gegenwärtig in der afghanischen Hauptstadt.

Mit verständlichem Stolz nahmen die afghanischen Staatsmänner die Militärparade der Verteidiger der Republik ab. Sie ging der zivilen Demonstration voraus. Fest ausgerichtet zogen Einheiten der afghanischen Armee und der Volksmiliz, Infanteristen und Landetruppen, Piloten und Fallschirmspringer, mechanisierte Einheiten, Artilleristen, Kur-

santen der Militärakademie und die noch ganz jungen Kadetten vorbei. Zum erstenmal nahmen an der Parade die Vertreter einer neuen, zunehmenden Kraft der Verteidiger des afghanischen Staates teil, die Grenzmiliz, aufgestellt aus in den Grenzbezirken lebenden Stämmen.

"Unsere Nationalarmee wird immer stärker", sagte den in Kabul versammelten ausländischen Journalisten Generalmajor Mohammad Yaseen Sadeqi, Sekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei und Chef der politischen Hauptverwaltung der afghanischen Streitkräfte. "In den letzten drei Jahren ist sie auf das Dreifache angewachsen. Die Zahl, die gewöhnlich von westlichen Quellen angeführt wird, erinnert mich an das Sprichwort von der Kuh, die im Traum Gras sieht", fügte der junge General lächelnd hinzu. "Unsere Feinde sollten sich keinen Illusionen über die angeblich geringe Stärke unserer Armee oder ihre Unzuverlässigkeit hingeben."

Außerdem haben inzwischen fast in jedem Dorf die Bewohner, sogar Frauen, selbst die vom Staat ausgegebenen Waffen aufgenommen, um sich gegen die Überfälle der konterrevolutionären Mörder- und Plündererbanden zu schützen. Die Rolle des begrenzten sowjetischen Armeekontingents, das auf gesetzlicher Basis von unserer Regierung gerufen wurde, beschränkt sich hauptsächlich auf die Gewährleistung der äußeren Sicherheit Afghanistans vor dem Eindringen feindlicher Kräfte aus Pakistan und Iran."

Der Weg der afghanischen Revolution war dornig. Auf der Festsitzung übergab Babrak Karmal nicht die auf der Anfangsetappe der Revolution begangenen Fehler und Abweichungen, die Gesellschaft und Partei Schaden zufügten und die Durchsetzung der fortschrittlichen Umgestaltungen verlangsamten. Heute jedoch wird das Fundament der neuen politischen Ordnung von Tag zu Tag fester, sagte er. Diese Ordnung entspricht den Grundinteressen der breiten Bevölkerung, der Völkerschaften und Stämme, aller nationalpatriotischen Kräfte.

Natürlich, und auch das begreifen in der DRA alle, könnten die Erfolge aus den fünf Revolutionsjahren noch bedeutsamer sein, wenn das Land nicht die Konterrevolutionäre und

ihre ausländischen Hintermänner und Inspiratoren zu bändigen hätte. Das ist hier deutlich spürbar. Will man allein von dem materiellen Schaden sprechen, den das Land durch die Diversionen der Söldlinge des Imperialismus erlitt, beziffert er sich bereits auf 24 Md. Afghani. Ohne dabei das einzubeziehen, was durch den unerklärten Krieg nicht getan, nicht geschaffen, nicht gebaut werden konnte. An welchem Maß aber läßt sich das menschliche Leid messen, das die Greueltaten der Banditen, die barbarischen Morde an Bauern und Lehrern, an Aktivisten der Volksmacht, patriotischen Mullas und sogar Kindern über das Land brachten.

Afghanistan, so betonte Babrak Karmal, ist inzwischen in eine Periode der entschlossenen Zerschlagung der Konterrevolution und der Liquidierung des Bandenunwesens, dieser Ausgeburt des unerklärten Krieges, eingetreten. Zur gleichen Zeit demonstriert die Volksmacht, die die immer stärkere Unterstützung der Massen findet, ihren revolutionären Humanismus. Vor den Feiertagen wurden in einer Verordnung die Freilassung einiger Häftlingsgruppen und Strafkürzungen für andere bekanntgegeben. Gleichzeitig wird in der Verordnung darauf hingewiesen, daß allen Teilnehmern konterrevolutionärer Formationen, die bis Mitte Juli (bis zum Ende der moslemischen Fastenzeit Ramadan) die Waffen strecken und freiwillig auf die Seite des demokratischen Staates übertreten, vergeben wird.

Ein wichtiger Beweis für die zunehmende Anziehungskraft der Volksmacht ist es, daß immer mehr nicht nur einfache Duschmanen, sondern auch ihre Oberhäupter ihre volksfeindlichen Aktionen aufgeben. Wir konnten uns mit einigen von ihnen auf einer Pressekonferenz im Hotel "Intercontinental" in Kabul unterhalten. Wie bitter sprachen diese Leute von dem verbrecherischen Weg, auf den sie von den Anführern der konterrevolutionären Emigranten getrieben wurden, die sich in den Nachbarländern eingenistet haben. Sie erzählten auch, wie sie dort von fremden Militärinstruktoren für Diversionen und Terrorakte ausgebildet wurden. Und es liegt eine innere Logik in der Tatsache, daß jetzt viele ehemalige Duschmanen den Trupps der örtlichen Selbstverteidigung beigetreten sind.

Die Demokratische Republik Afghanistan verteidigt entschlossen ihre revolutionären Errungenschaften und unternimmt große Anstrengungen, um die um das Land entstandene Lage mit politischen Mitteln zu korrigieren.

A. USWATOW

AUF DER SUCHE NACH PARTNERN

Die vorgezogenen Parlamentswahlen am 25. April in Portugal endeten mit einer großen Niederlage der Rechtsparteien. Das Fiasko der bisherigen Regierungskoalition, der Demokratischen Allianz (AD), ist das gesetzmäßige Resultat ihrer volksfeindlichen Politik, ihrer Unfähigkeit, auch nur ein einziges Problem des Landes zu lösen.

Daß die Allianz ihre seit Ende 1979 absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze in der Versammlung der Republik, dem portugiesischen Einkammerparlament, eingebüßt hat, ist zweifellos ein positives Ereignis.

Zur Erinnerung: Nach vorläufigen amtlichen Angaben stimmten von über 7 Millionen Wählern mehr als 5,6 Millionen (Wahlbeteiligung — 78,6%) ab. Der Hauptkampf entfaltete sich zwischen vier Parteien: der Sozialistischen Partei (PS), der Sozialdemokratischen Partei (PSD), dem Wahlbündnis *Alliança Povo Unido* (APU), zu dem sich die Kommunisten, die Portugiesische Demokratische Bewegung und die unabhängigen linken Kandidaten zusammengeschlossen hatten, und dem Demokratisch-Sozialen Zentrum (CDS). Die PS errang 99 Parlamentssitze (bei einem Stimmenanteil von 36,3%, die PSD — 72(27%), die APU — 44(18,2%) und das CDS — 29 Mandate (12,4%).

Mit einem derartigen Wahlausgang wurde gerechnet. Die Frage bestand lediglich darin, mit welchem Vorsprung die linken und demokratischen Kräfte als Sieger hervorgehen würden. Klarer Favorit war die Sozialistische Partei. Doch auch sie vermochte es nicht, die absolute Mehrheit zu erringen, mit der ihre Führer rechneten. Nun wird die PS die Frage nach politischen Bündnissen lösen müssen. Eine Regierung wird sie nur bei der Unterstützung zumindest einer von den drei anderen Parteien bilden können, die nun im Parlament vertreten sind. Nach Meinung vieler westlicher Beobachter ist der Erfolg der Sozialisten eher auf die Enttäuschung der Portugiesen über die bisher regierende Demokratische Allianz zurückzuführen, als auf die tiefe Überzeugung, daß die Sozialistische Partei besser regieren wird.

Daß die PS trotz wiederholter Versicherungen ihrer Führer die absolute Mehrheit nicht erringen konnte, zeugt zweifellos von der Befürchtung der Wähler, der von den Sozialisten erklärte "Kurs auf strenge Sparsamkeit" könne womöglich zum Angriff auf die Lebensinteressen der Massen, zum Absinken ihres Lebensniveaus führen, und die von der Sozialistischen Partei versprochene "wirtschaftliche Rekonversion" träge in erster Linie die Werktätigen und nicht die wohlhabenden Bevölkerungsschichten.

Jetzt fragen die Portugiesen: Welche Regierung wird denn gebildet werden? Dem Londoner "Daily Telegraph" zufolge lehnte der Führer der PS Mario Soares die Idee der Bildung einer sozialistischen Minderheitsregierung ab. Für seinen wahrscheinlichsten Bündnispartner in der Regierungskoalition hält er die Sozialdemokratische Partei.

In Portugal nennt man diese Variante den "Zentralen Block". Doch wie allen klar sein dürfte, würde ihre Verwirklichung eine Fortsetzung der volksfeindlichen Politik der bankrotten Demokratischen Allianz bedeuten, diesmal aber durch die PS.

Deshalb ist es sehr schwer, einen solchen Kompromiß zu schließen. Erstens sind nicht alle Sozialisten für eine faktische Kapitulation gegenüber den Rechten. Zweitens schmeckt den Sozialdemokraten die Rolle des "Juniorpartners" der starken parlamentarischen Fraktion der Sozialisten durchaus nicht, weil dies für sie die Gefahr des allmählichen Verschwindens von der politischen Arena heraufbeschwört.

Der Korrespondent der "Times" in Lissabon berichtete, daß sich der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Carlos Mota Pinto, bisher weigert mitzuteilen, ob seine Partei ein Bündnis mit den Sozialisten schließen wird. Konservative Elemente in der PSD, betonte die Zeitung, setzen sich dafür ein, daß die Partei in die Opposition geht.

Allem Anschein nach wird auch die Mehrheit der PS-Anhänger und einfachen Sozialisten Mario Soares kaum verstehen, wenn er ohne hinreichend überzeugende Erklärungen gleich eine Koalition mit denjenigen bildet, die eine Niederlage bei den Wahlen am 25. April erlitten haben. Wie ein prominenter, Mario Soares nahestehender Vertreter der Sozialistischen Partei, Manuel Alegre, erklärte, bestehe die Pflicht der Sozialistischen Partei darin, einen Dialog zu führen, das Einvernehmen mit anderen politischen Kräften anzustreben, mit denen eine Zusammenarbeit für die Bildung einer stabilen Regierung erforderlich ist.

Die derzeitige Krise, betonte Alegre, sei äußerst gefährlich, und es komme darauf an, daß alle Kräfte, von

PLÄNE DER PAN AM

Der "Washington Post" zufolge kann zu den Störelementen in den amerikanischen-chinesischen Beziehungen ein weiteres hinzukommen. Die US-Administration erlaubte der Pan American vom Juli an drei Flüge wöchentlich nach Taipei, dem Verwaltungszentrum von Taiwan. Bekanntlich unterhielt die Pan Am eine reguläre Flugverbindung mit der Insel bis 1979, d. h. bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA. Damals setzte die Pan Am gleichzeitig mit der Überführung der US-Botschaft von Taipei nach Peking ihre Flüge nach Taiwan aus. Nun ist von deren Wiederaufnahme die Rede. Laut "Washington Post" steht eine offizielle Reaktion aus Peking bislang aus, wenn auch China in einem Brief an den US-Rat für Zivilluftfahrt die Pläne der Pan Am mißbilligte.

Eine besondere Brisanz bekommt die Lage dadurch, daß kurz vor der besagten Erlaubnis der Reagan-Administration die Eröffnung einer Flugverbindung Niederlande-Taiwan in Den Haag bekanntgegeben wurde. In diesem Zusammenhang überreichte das Außenministerium der VR China dem Botschafter der Niederlande eine Note. In ihr hieß es insbesondere, daß die "willkürliche Billigung der Aufnahme der Flugverbindung Niederlande-Taiwan durch die niederländische Regierung ... eine offene Verletzung der souveränen Rechte Chinas und die Schaffung von 'zwei Chinas' darstellt".

W. GRISCHIN

denen es abhängt, ihren Teil der Verantwortung für den Ausweg aus ihr übernehmen. Er bewertete die Idee der Bildung des "Zentralen Blocks" unter Teilnahme der Sozialisten und Sozialdemokraten als ein "Mythos", als ein "akademisches Szenarium", das von den Anhängern der Rechten in der politischen Arena Portugals künstlich durchgeboxt wird. Alegre rief dazu auf, möglichst bald eine Umfrage unter einfachen PS-Mitgliedern durchzuführen, damit sie selber darüber entscheiden, welches Bündnis und mit wem geschlossen werden soll. So wandte sich Mario Soares bereits in einem "Brief an einfache Sozialisten" mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen.

Bei der Auswertung der Wahlergebnisse weisen politische Beobachter darauf, daß die Niederlage der Rechten noch nicht bedeutet, daß politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten bald überwunden sein werden, insbesondere wenn der bisherige, nur leicht abgeänderte Kurs auf die kapitalistische Restauration fortgesetzt wird. Beliebige Schritte der Sozialistischen Partei, wenn sie volksfeindlichen Charakter tragen werden, werden unweigerlich ein Anwachsen der sozialen Spannungen bewirken.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Ohne sich auf die Werktätigen, auf ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu stützen, ist es unmöglich, eine reale Wende herbeizuführen. Die Wahlergebnisse haben einmal mehr bestätigt, daß Portugal nicht so sehr eine Ablösung der Regierung oder der Personen, die ihr angehören, benötigt, als eine Änderung der Politik. Jedes Kabinett, das eine Politik des Abbaus der demokratischen Errungenschaften der April-Revolution von 1974, der Einschränkung der Lebensinteressen der Werktätigen verfolgt, ist zum Scheitern verurteilt.

Der Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP), Alvaro Cunhal, unterzog die Pläne der PS-Führung einer Kritik, nach den Wahlen ein Bündnis mit den Rechtskräften zu schließen. Cunhal sprach sich für die Umwandlung der während der Wahlen errungenen quantitativen Mehrheit der Abgeordneten — der Sozialisten und Kommunisten — in eine qualitative Mehrheit, die eine reale, feste Grundlage der künftigen Regierung werden und vor dem Lande die Perspektiven wahrhaft demokratischer Veränderungen eröffnen könnte.

Nach der Erörterung des entstandenen Kräfteverhältnisses wandte sich das ZK der PKP an die PS

mit dem Vorschlag, unverzüglich zu Gesprächen zusammenzutreffen, um über eine demokratische Alternative und die Möglichkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts zu beraten. Die Kommunisten unterstrichen ihre Bereitschaft, zusammen mit allen anderen politischen Kräften, die die demokratischen Prinzipien der April-Revolution achten, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die Lage im Lande prägen heute vor allem solche Begriffe wie "Krise", "Inflation", "Preissteigerungen", "Haushaltsdefizit". In der Tat ist Portugal heute von einer heftigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise befallen.

Also bleibt die politische Lage im Lande recht verworren. Portugal erwarten lange Wochen politischen Manövrierens. Der "hundertprozentige" Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Mario Soares, erklärte, daß er es nicht eilig habe. In der Tat braucht er Zeit, um für die Wählermassen, die für die PS stimmten, zufriedenstellende Erklärungen zu finden und sie für die von ihm bevorzugte Variante — die Bildung einer Koalition mit rechtszentristischen Gruppierungen — zu bewegen.

Mario Soares weiß natürlich sehr wohl, daß er für die Zustimmung der Rechten, sein künftiges Kabinett zu unterstützen, einen hohen Preis wird zahlen müssen. Der unvermeidliche Kompromiß, den der PS-Führer eingehen muß, wird nach Meinung der Londoner "Financial Times" seine guten Vorgesätze, die Wirtschaft des Landes wiederherzustellen, essentiell aushöhlen.

In dieser Situation werden die Sozialisten berücksichtigen müssen, daß die Bevölkerung der anhaltenden politischen Labilität, der Wirtschaftsschwierigkeiten müde ist. Die Portugiesen wollen die Errichtung eines festen demokratischen Regimes, das fähig ist, die Krise in den Griff zu bekommen. Dies zu erreichen, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre erkennen ließen, ist unmöglich, ohne sich auf die Werktätigen zu stützen, ohne eine Verständigung mit ihren politischen und Gewerkschaftsorganisationen zu erzielen, in erster Linie mit der Portugiesischen Kommunistischen Partei und der CGTP-IN, dem Inter-sindical.

Vom Ausgang des um die Wahlergebnisse entbrannten Kampfes, davon, auf welcher Grundlage das neue Kabinett gebildet werden wird, hängt in vielem die Beantwortung der Hauptfrage ab: Welchen Weg wird Portugal weitergehen?

E. KOWALJOW

NZ

KOMMENTAR

AUF DEN WINK DES WEISSEN HAUSES

Das Außenministerium Nikaraguas teilte mit, daß 1200 Somoza-Söldner am 30. April von Honduras in das nikaraguanische Departement Nueva Segovia eingedrungen sind. Sie wurden von bis zu 1000 Mann starken Einheiten der honduranischen Armee unterstützt, die sich zum Teil auch an Kämpfen auf nikaraguanischem Boden beteiligten. Honduranische schwere Artillerie nahm Grenzregionen Nikaraguas unter Beschuß.

Es muß auffallen, daß der neue Aggressionsakt fast sofort nach der nur als aufhetzend zu bezeichnenden Mittelamerika-Rede Reagans auf der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses erfolgte. Der Chef des Weißen Hauses wollte die Kongreßleute davon überzeugen, von Mittelamerika gehe eine "Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA" und sogar der ganzen "freien Welt" aus, weshalb er eine breitangelegte Verstärkung der militärischen Hilfe für die reaktionären Polizeidiktaturen verlangte.

Die Öffentlichkeit der USA hat Reagans Rede sehr skeptisch aufgenommen. Für die Geheimdienste der USA und ihre Agenten aber galt sie als Signal zum Handeln. So versuchten die von der CIA gelenkten nikaraguanischen konterrevolutionären Emigranten unverzüglich, das Ausmaß ihrer Abenteuer auszudehnen. In Washington kamen übersürzt die Rädelsführer von zwei großen Bandengruppierungen zusammen, die in Honduras und Kostarika Unterschlupf fanden. Aus Pressemeldungen geht hervor, daß nach ihrem Treffen, offenbar auf Anweisung der Washingtoner Kuratoren, beschlossen wurde, "Nikaragua in die Zange zu nehmen". Zu diesem Zweck sollen die Bandenaktivitäten in den an Honduras grenzenden nikaraguanischen Nordregionen durch eine massierte Invasion aus dem Süden, von Kostarika aus, unterstützt werden, wo mit unmittelbarer Beteiligung der US-Divisionszentralen bereits 12 Militärlager errichtet wurden. Von dort aus dringen die Söldner in kleinen Gruppen in Nikaragua ein, um eine Großoffensive vorzubereiten. Gleichzeitig hat die honduranische Armee ihre Beteiligung an den Überfällen auf Nikaragua wesentlich intensiviert und sich im Grunde in ein Expeditionskorps des Pentagon verwandelt.

Gleich nach ihrem Bekanntwerden wurde die jüngste Rede Reagans vor dem Kongreß von den meisten Beobachtern als propagandistische Vorbereitung für neue Aggressionen bewertet, die CIA und Pentagon geplant haben. Die Invasion in Nikaragua hat das bestätigt.

A. BARYSCHEW

DAS ÖSTLICHE GLIED IN DER US-STRATEGIE

US-Außenminister George Shultz sprach in seiner Rede am 5. März in San Franzisko unter anderem davon, welche Lehren Washington aus der Entwicklung in Asien und im Pazifikraum ziehen müsse. Hierbei legte er besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer "globalen, nicht aber engregionalen Weltsicht".

Was meint man nun in Washington damit? In seiner Rede spielte George Shultz auf General MacArthurs Worte von vor 30 Jahren an, daß, "obgleich Asien gewöhnlich als Tor nach Europa bezeichnet wird, es nicht weniger richtig ist, daß auch Europa ein Tor nach Asien darstellt". Shultz gab zu verstehen, er meine damit keineswegs den Kulturaustausch oder den Warenverkehr. So solle vielmehr das europäische und das asiatische Glied der aggressiven US-Globalstrategie verbunden werden.

Schon jahrzehntelang wollen die US-Generale die Sowjetunion in eine Zwei-Fronten-Lage versetzen, d. h. sie nicht nur vom Westen, seitens der NATO, sondern auch vom Osten her bedrohen. Entsprechend dieser Strategie haben die USA ihre 6. und 7. Flotte an die Küsten der UdSSR vorgezogen, entstanden die Militärblöcke in Asien und im Pazifikraum, und der Ring der Militärstützpunkte ergänzte die "Verteidigungslinie" der USA, die willkürlich faktisch längs der Grenzen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder gezogen wurde. Den Plänen der US-Strategen zufolge erhält das Pentagon, das so die Sowjetunion "bindet", freie Hand in anderen Regionen, um militärischen Druck auf die Entwicklungsländer und die nationalen Befreiungsbewegungen auszuüben. Im Rahmen dieser Strategie entfesselten die USA die langwierigen schmutzigen Kriege in Korea und Vietnam, die den USA die unausweichliche Niederlage brachten.

Die Grundlagen dieses aggressiven Kurses blieben auch dann unverändert, als die Sowjetunion strategische Parität mit den USA erreichte. Mit dem Machtantritt der Reagan-Administration wurde ein Programm der noch intensiveren Kriegsvorbereitung und der Eskalation des Wettrüstens eingeleitet, um das bestehende Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO zu verletzen.

Washington fuhr fort, fieberhaft die Ostflanke der militaristischen Zange zu festigen. In den letzten beiden Jahren

stieg die Zahl der US-Truppen in den Regionen unweit der Fernostgrenzen der UdSSR und einer Reihe anderer sozialistischer Länder Asiens um 23 000 auf ca. 150 000 Mann. Die Verstärkung der US-Militärkontingente in Asien wird von ihrer Ausrüstung mit den modernsten Waffen begleitet.

Washington versucht offenbar in Ostasien das gleiche Szenario zu wiederholen wie in Westeuropa. So will das Pentagon jetzt in Japan ebensolche Handlungsfreiheit erlangen wie z. B. in Großbritannien oder in der BRD.

Zugleich begannen die US-Massenmedien sowie die Presse einer Reihe von Ländern des Fernen Ostens Lügen von einer "sowjetischen Bedrohung" für Asien und den Pazifikraum zu verbreiten. Der Öffentlichkeit der Länder dieser Region wird suggeriert, die Zusammenziehung von US-Einheiten in Regionen unmittelbar an den sowjetischen Grenzen und provokatorische Manöver stellten keine Bedrohung für die UdSSR dar. Zugleich werden die Verteidigungsmaßnahmen, die die Sowjetunion angesichts der realen Gefahr ergreift, als Bedrohung für die Sicherheit der USA hingestellt.

Überdies schlägt die Reagan-Administration bald eine "Null-Lösung", bald eine "Zwischenlösung" vor, die beide u. a. auch ein Verbot für die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der UdSSR vorsehen. Derartige Varianten komplizieren die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf noch mehr und sind für die UdSSR absolut unannehmbar. Juri Andropow erklärte in seinem Interview für die Zeitschrift "Der Spiegel" in diesem Zusammenhang: "... die USA-Administration versucht, uns nicht nur im Westen, in

Europa, einseitig abrüsten zu lassen, sondern auch im Osten — in Asien."

Washington schweigt sich darüber aus, daß in Asien, im Fernen Osten, im Pazifik und Indik zahlreiche gegen die Sowjetunion gerichtete US-Nuklearwaffen konzentriert sind. Doch sie lassen sich nicht verbergen. In der Presse tauchen Meldungen über Absichten der USA auf, Mittelstreckenraketen auch auf Alaska zu stationieren. Im Pazifikraum gibt es jetzt insgesamt an die 140 US-Kriegsschiffe und über 800 Kampfflugzeuge. Im Fernen Osten, nahe der Grenzen der Sowjetunion, haben die USA über 300 Militärobjekte installiert. Auf vielen von ihnen sind Nuklearwaffen stationiert.

Als einen seiner wichtigsten Vorposten im Fernen Osten betrachtet Washington Südkorea. Die Reagan-Administration erklärte die koreanische Halbinsel zur Sphäre der "Lebensinteressen" der USA. Für die amerikanischen Militaristen ist Südkorea ein strategischer Brückenkopf in Asien. Dort sind 42 000 Soldaten und Offiziere der USA, an die 700 Einheiten von Nuklearwaffen mit Trägermitteln sowie die modernsten Jagdbomber F-15 und F-16 stationiert. Unter dem Vorwand einer "Modernisierung" der Streitkräfte schickt sich das Pentagon an, im Süden der koreanischen Halbinsel neue Systeme nuklearer Mittelstreckenwaffen aufzustellen — insbesondere Cruise Missiles großer Reichweite, die eine Bedrohung nicht nur für die fernöstlichen Meerengen, sondern auch unmittelbar für das Territorium der Sowjetunion sowie Chinas und anderer asiatischer Staaten schaffen können.

Auf vollen Touren läuft die weitere Militarisierung der "Kaserne Südkorea". Zum Unterhalt seiner 600 000-Mann-Armee gibt Südkorea über ein Drittel des Staatshaushaltes aus. Die südkoreanischen Streitkräfte gehören bereits zu den

Im militaristischen Südkorea

Foto aus:
"Nouvel Observateur" (Frankreich)



größten und am besten bewaffneten Armeen der Welt. Den Plänen der US-Strategen zufolge soll diese Armee eine aktivere Rolle in Asien spielen. Die Reagan-Administration schürt die Psychose von einer angeblichen Bedrohung aus dem Norden, d. h. seitens der KDVR. Um Südkorea zu "helfen", die Aggression zu zügeln, wie man sich in Washington ausdrückt, engagiert sich die Reagan-Administration für eine Anhebung der Militärhilfe an das Regime. Die andauernde militärische Präsenz der USA in Südkorea und die weitere Militarisierung des Landes schaffen immer neue Hindernisse für die Vereinigung des Landes auf friedlicher, demokratischer Grundlage.

Zu einer gefährlichen Tradition werden die jährlichen amerikanisch-südkoreanischen Manöver "Team Spirit". Hierbei werden unter dem Vorwand der "Verteidigung" Methoden eines Angriffskrieges geübt. An den Manövern nehmen amerikanische Luftlandetruppen sowie Infanterie und die strategische Luftwaffe, die auf Guam, Okinawa und auf den Philippinen basiert ist, und Schiffe der 7. Flotte teil. Insgesamt agierten auf dem riesigen Manövergelände von "Team Spirit 83" über 70 000 amerikanische und ca. 120 000 südkoreanische Soldaten und Offiziere. In diesem Jahr waren die Manöver in jeder Hinsicht beispiellos. Mit Fug und Recht sind sie als schwere militärische Provokation zu werten, weshalb die KDVR außerordentliche Maßnahmen ergreifen mußte.

Washington, das die Kriegspsychose schürt, ist offen an einer Aufrechterhaltung des Spannungsherdens auf der koreanischen Halbinsel interessiert. Dadurch schafft es den Vorwand zur Aufrechterhaltung und Verstärkung seiner Militärpräsenz im Fernen Osten. Gleichzeitig wollen die USA Japan tiefer in ihre aggressiven Pläne hineinziehen.

Bis vor kurzem wiesen die USA Japan eine "zweite Rolle" zu. Jetzt will Washington das Land in die "erste Rolle" seiner Asienstrategie drängen. Im amerikanisch-japanischen Kommuniqué von 1981 wurden die Beziehungen Tokio-Washington erstmals offiziell als "Bündnis" charakterisiert.

Die Regierung Nakasone hat natürlich die Reagan-Administration nicht enttäuscht. Sie bekräftigte die Bereitschaft Japans, den Aktionsradius der "Selbstverteidigungskräfte" auf 1000 Meilen vor den japanischen Inseln auszuweiten, die fernöstlichen Meerengen zu blockieren und US-Kriegsschiffe zu eskortieren.

Washington treibt Tokio schon seit langem zu einer umfassenden militärisch-politischen Annäherung an Südkorea. Ebendieses Glied fehlte nach Meinung der

Pentagonstrategen für die endgültige Formierung der "fernöstlichen NATO" — des militärischen Dreiecks Washington-Südkorea-Tokio. Der Druck des Weißen Hauses blieb nicht ohne Wirkung. Entsprechend dem Abkommen, das Japan und Südkorea bei Nakasones Südkorea-Reise Anfang d. J. schlossen, verpflichtete sich Tokio, Südkorea Vorzugskredite über 4 Mrd. Dollar zu gewähren. So wurde ein Teil der Ausgaben zur Verstärkung des Militärpotentials Südkoreas und zum Unterhalt der dortigen US-Truppen Japan aufgebürdet.

Anzeichen einer neuen Etappe der Bündnisbeziehungen tauchen immer häufiger auf. In der Presse wurde gemeldet, daß im Pentagon die Frage der Aufstellung von landgestützten Antischiffs-Flügelraketen in Japan ebenso wie in Südkorea konkret erörtert wird. Diese sollen die Durchfahrt durch die La-Perouse-, die Sangar- und die Korea-Straße sperren. Das mit Tomahawk-Flügelraketen bestückte modernisierte Schlachtschiff "New Jersey" wurde der 7. US-Flotte (Stützpunkt: Yokosuka, Japan) zugeordnet. Die Führung Japans — des Landes, das unter amerikanischen Atombomben furchtbar gelitten hat — stört es nicht, daß Japan in ein Arsenal ebendieser Waffen verwandelt wird. Auf dem japanischen Luftstützpunkt Misawa sollen F-16-Jagdbomber, die Nuklearwaffen tragen können, stationiert werden. Bekanntlich führen auch Schiffe der US-Kriegsmarine, die Hoheitsgewässer und Häfen Japans anlaufen, Nuklearwaffen mit sich. 70 % der Schiffe der 7. Flotte sind ja atomar bewaffnet.

Die Verstärkung des "östlichen Gliedes" bedeutet also eine Forcierung der militaristischen Aktivität im Fernen Osten, die Stationierung von Erstschlagswaffen dort und die Bildung einer aggressiven Dreierallianz. In dem kürzlichen Memorandum des KDVR-Außenministeriums wurde entschieden gegen die Versuche Washingtons protestiert, eine militärische Dreierallianz unter Beteiligung von Südkorea und Tokio zusammenzuzimmern: Diese Handlungen der USA schaffen eine ernste Bedrohung für die Völker Asiens, für Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt.

Den wahren Weg zur Sicherheit im Fernen Osten zeigen die bekannten Initiativen der UdSSR, die für diese Region u. a. vertrauensbildende Maßnahmen vorschlägt. Das Wesen der sowjetischen Position besteht darin, das Wettrüsten dort, wo es nicht erfolgte, nicht zu beginnen und es dort zu beenden, wo es erfolgt. Wenn diese Haltung auch von anderen akzeptiert würde, wäre sie ein Beitrag zur Festigung des Friedens in der Region wie in der ganzen Welt.

I. BULAI

NZ

KOMMENTAR

DIE KONFERENZ IN ULAN-BATOR

Kürzlich fand in Ulan-Bator die Regionalkonferenz "Für Frieden und Sicherheit in Asien und im Pazifikraum" statt. Zu dem vom Weltfriedensrat und vom Mongolischen Friedenskomitee organisierten Treffen waren Vertreter von mehr als 30 Ländern sowie von einer Reihe internationaler Organisationen gekommen.

Die weiße Taube vor dem Hintergrund Asiens war das Konferenzemblem. Die Teilnehmer waren sich in dem Streben einig, das Fundament des Friedens auf dem Kontinent zu festigen, wo — und davon wurde besorgt gesprochen — die Spannungsherde bestehenbleiben und neue Konflikte aufflammen.

Den imperialistischen US-Kreisen läßt der Gedanke an die verlorenen Positionen in Asien keine Ruhe — besonders nach ihrer Niederlage in Indochina. Sie mischen sich in die inneren Angelegenheiten der asiatischen Staaten ein und versuchen, eine Reihe von Ländern in den Bannkreis ihrer Politik zu ziehen und die US-Militärpräsenz auszuweiten.

Eine besondere Gefahr für Asien stellt, wie M. Suzuki, Vizepräsident der Konferenz für Frieden und Abrüstung Japans, betonte, die militärische Blockbildung der USA, Japans und Südkoreas dar, die zu einer Verschärfung der Spannungen in Asien führt.

In den Konferenzdokumenten wurde betont, daß es zur imperialistischen Politik des Krieges und der Aggression eine Alternative gibt. Die Teilnehmer begrüßten den Verzicht der UdSSR auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen sowie die Initiativen der MVR.

Bekanntlich schlägt die Mongolei vor, eine Konvention über gegenseitigen Nichtangriff und über die Nichtanwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten Asiens und des Pazifikraums zu schließen. Das würde die Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung festigen. In die gleiche Richtung gehen die Friedensinitiativen der drei Länder Indochinas. Eine Bekundung des guten Willens der SRV war der am 2. Mai begonnene Abzug eines weiteren Kontingents der vietnamesischen Freiwilligenverbände aus Kampuchea.

Die Konferenz in Ulan-Bator war ein denkwürdiges Ereignis am Vorabend des im Juni in Prag anstehenden Weltforums "Für Frieden und Leben, gegen den Kernkrieg".

W. GODYNA

Die UdSSR-Vertretung bei der Europäischen Abteilung des UNO-Sekretariats in Genf hat unserer Redaktion einen Brief Stephen J. Barnas (Paramus, New Jersey, USA) zukommen lassen. Wir bringen ihn mit unbedeutenden Kürzungen.

AN JENE, DIE ES INTERESSIEREN KÖNNTE

Ist wirklich noch niemand dahintergekommen, daß Caspar Weinberger, Präsident Reagans Minister fürs Massenmorden (aber zu Zwecken der massiven Irreführung Verteidigungsminister genannt), einfach verrückt sein könnte — wie der selige James Forrestal, Verteidigungsminister unter Präsident Truman?

Weinberger erklärte sich bereit, US-Minister fürs Massenmorden zu werden und Wege und Mittel zur Erhöhung der ohnehin über noch so große legitime "Verteidigungs"-bedürfnisse der USA hinausgehenden Waffenarsenale zu weisen, um Millionen Menschen zu vernichten, die weder von Präsident Reagan noch von Weinberger noch von einem einzigen jener US-Senatoren, die für Weinbergers Kandidatur stimmten, jemals gesehen wurden und auch nie gesehen werden. Betont sei, daß die heutige US-Regierung ebenso wenig wie jegliche US-Regierung in der

Vergangenheit imstande ist, zu beweisen, als schuldete die UdSSR den Vereinigten Staaten oder auch nur einem von deren Bürgern etwas. Amerika dagegen ist wirklich in der Schuld der UdSSR, zum Teil deshalb, weil es ein ganzes Jahrhundert verlogene Gerüchte über dieses Land und seinen Vorgänger Rußland austreute und die ehemaligen faschistischen Länder, die einen Ausrottungskrieg gegen die UdSSR führten, neu aufgerüstet hatte; ferner deshalb, weil Washingtons Drohungen, der UdSSR, falls seine Pläne zu ihrer Versklavung auf eine andere Weise scheitern, den Krieg zu erklären, dieses Land zur Sicherung seiner Verteidigung genötigt haben.

Um die eigene Lüge und Hetze zu rechtfertigen, fabrizieren Washington und die ihm parierenden Massenmedien (früher "freie Presse" genannt) immer neue Lügen, um die Amerikaner und die Bevölkerung der ganzen Welt zu benebeln.

Solche Lügen und Propagandaklischees sind: "Freiheit", "Verteidigung", "Aggression", "sowjetische Bedrohung", "zu weich gegenüber dem Kommunismus", "freie Welt", "Demokratie", "Herrschaft der Mehrheit", "westliche Zivilisation", "die Hand Moskaus", "Zurückbleiben im Raketenbereich", "besser tot als rot", "Kremlinologen" (verlogene US-Experten, die als Kenner der Sowjetregierung gelten), "Sowjetologen" (verlogene US-Experten, die als Kenner der UdSSR schlechthin gelten) und schließlich "das Mandat des amerikanischen Volkes". (Reagan behauptet, er habe ein Mandat erhalten, das ihn dazu berechtige, die Menschen global zu vernichten, und begründet das damit, daß 26,7% der Wähler für ihn gestimmt haben.)

Ebenso wie Caspar Weinberger habe James Forrestal (Minister für US-Seestreitkräfte 1944–1947; Verteidigungsminister 1947–1949) die Russen und die UdSSR und träumte fieberhaft von ihrer Vernichtung. Bekannt ist ferner, daß Forrestal als Verteidigungsminister letzten Endes dem Wahnsinn verfiel. Das sollte man sich vor Augen halten, jedesmal, wenn man auf einen Caspar Weinberger trifft, der mit manischer Beharrlichkeit den Befehl unseres heldenhaften Präsidenten ausführt, "Kurs zu nehmen" dem Tag entgegen, an dem die USA einen

ERKLÄRUNG des Verbandes der sowjetischen Freundschaftsgesellschaften und des Sowjetischen Komitees für Freundschaft und Solidarität mit dem arabischen Volk von Palästina

Die unaufhörlichen Verbrechen der herrschenden Kreise Israels am arabischen Volk von Palästina kennen in ihrer durchtriebenen Frechheit keine Grenzen. Von den USA nach Kräften ermutigt, fordern die israelischen Besatzer die Weltöffentlichkeit heraus, setzen die Annexion palästinensischer Gebiete fort und bauen dort neue Wehrdörfer, um ihre Herrschaft über das palästinensische Gebiet zur bleibenden Erscheinung zu machen. Mit der beschleunigten Schaffung dieser

Brückenköpfe der Expansion will die Regierung Begin die Welt vor die vollendete Tatsache der Aneignung arabischer Stammländer stellen. Den Palästinensern in den besetzten Gebieten wird das Wasser abgesperrt, sie werden in Reservationen gepercht, und die arabischen Bauern können ihre Erzeugnisse nicht absetzen. Zahlreiche arabische Patrioten, die gegen die anhaltende israelische Okkupation protestieren, werden verhaftet.

Die Besatzungsbehörden tragen die volle Verantwortung

für die massenhafte Vergiftung palästinensischer Zivilisten mit nervenlähmenden Stoffen. Tel Aviv sucht die Umstände ihres Einsatzes geheimzuhalten.

Die Politik der Gewalt, des Terrors und der Verbrechen Israels gegen das arabische Volk von Palästina zielt darauf ab, den tapferen Widerstand der Palästinenser zu brechen, sie zum Verlassen des westlichen Jordanufers, d. h. zur Annahme des berüchtigten "Reagan-Plans", also zur Aufgabe ihres legitimen Rechts auf Selbstbestimmung und Bildung eines eigenen unabhängigen Staates auf ihrem Heimatboden, zu zwingen. Die Machthaber Israels und der US-Imperialismus suchen das arabische Volk von Palästina vor allem zu nötigen, die PLO nicht als seine einzige legitime Vertreterin anzuerkennen.

Die im Verband der sowjetischen Freundschaftsgesellschaften und im Sowjetischen Komitee für Freundschaft und Solidarität mit dem arabischen Volk von Palästina erfaßte sowjetische Öffentlichkeit verurteilt die fortdauernden Terror- und Gewaltakte der herrschenden Kreise Israels gegen das palästinensische Volk, die Vertreibung der Palästinenser aus ihren Stammländern, die Zerstörung palästinensischer Kulturstätten, die Schändung von Heiligtümern und die Tatsache, daß Zivilisten eingekerkert und vernichtet werden, weil das alles den allgemein anerkannten Völkerrechtsbegriffen sowie der Charta und Beschlüssen der UNO zuwiderläuft.

Das sowjetische Volk verurteilt das antipalästinensische

Nuklearkrieg auslösen können und so den nationalen Selbstmord begehen.

Bekanntlich sprang Forrestal 1949 aus dem Fenster einer Irrenanstalt, nicht ohne zuvor geschrien zu haben, die Russen seien in den USA gelandet. Die Russenlandung war eine Halluzination in Forrestals umnachtetem Hirn, ebenso wie es jetzt die "sowjetische Bedrohung" in den verwirrten Köpfen von Caspar Weinberger, Ronald Reagan und Co. ist. Forrestal hinterließ keinen Zweifel daran, daß ein US-Verteidigungsminister geistig abnorm und dabei gemäß der US-Verfassung juristisch gesund sein, daß er unter Halluzinationen leiden und dabei sich auf die "Gefahr des Kommunismus" berufen kann, die nach Forrestals Meinung von der UdSSR ausging und die nach Weinbergers Meinung die heutige "sowjetische Bedrohung" ist.

Der Faden läuft von Caspar Weinberger naturgemäß direkt zu Präsident Reagan, genauso wie er von James Forrestal zu Präsident Truman, ebenfalls ein pathologischer UdSSR-Hasser, lief. Truman übernahm die Rolle des Henkers von Hiroshima, Nagasaki und Korea, nur um die unbestreitbare Führungsrolle der USA in der Welt zu bekräftigen. Reagan hat sich seit den ersten Tagen seiner Präsidentschaft als ein Mensch mit Abweichungen entpuppt, einer, der jederzeit lügen und morden kann. Reagan speit Gift und Galle, wenn es um die UdSSR geht. Er pfeift

auf Abrüstung, weil er fanatisch daran glaubt, daß Kanonen besser für das amerikanische Volk sind als Butter.

Daß Reagan ein chronischer Lügner ist, beweist z. B. folgende Erklärung von ihm: "Ich habe vier Kriege durchgemacht." Damit will er zeigen, wie sehr es ihm an Frieden und Abrüstung liege — allerdings nur auf der Grundlage seiner "Null-Lösung" und einer massierten Aufstockung der US-Rüstungen. Soweit bekannt, hat Reagan niemals Pulver gerochen, abgesehen von seiner Teilnahme an den Als-ob-Schlachten in Hollywood.

Hier noch ein Muster von Reagans Lüge, die vom Hochmut des Mannes und des Landes zeugt, die beide sich für berechtigt halten, den anderen Leben zu "geben" oder zu "nehmen". Er sagte: "Seit 1945 schlugen die USA der UdSSR wiederholt Abrüstung vor." Dabei ging es einflußreichen Kräften in den USA, unter den Unternehmern wie auch in der Regierung, seit in Rußland der Kapitalismus vom Sozialismus abgelöst wurde, von 1917 bis 1945 darum, Rußland und dann die UdSSR zu vernichten. Lange Zeit weigerten sie sich, die Sowjetunion anzuerkennen, griffen zur bewaffneten Intervention, unterstützten weitgehend die Gegner der UdSSR, verhängten Sanktionen und verbreiteten ununterbrochen alle möglichen verlogenen Gerüchte.

Reagan meint, die USA würden die ganze Welt beherrschen, nachdem ein Großteil dieser Welt von überlegenen amerikanischen Kräften zerschlagen sein wird. All das unterscheidet sich in nichts von der Handlungsweise der wahnsinnigen Hitler-Leute und ihrer faschistischen Verbündeten vor 40 Jahren. Zu Reagans Idolen gehört auch der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover. Anno dazumal, als junger Bergbauingenieur, begab er sich ins zaristische Rußland, um sein Glück zu finden. Da die Revolution von 1917 seinem Traum, Millionen am sibirischen Gold und der billigen russischen Arbeitskraft zu verdienen, ein jähes Ende setzte, erklärte Hoover später arrogant, eine seiner "Lebensaufgaben" sei es, "Rußland zu vernichten".

Wenn also Caspar Weinberger geistig labil genug ist, wahnsinnige Pläne eines Überfalls auf unschuldige Menschen auszuhecken, steht Ronald Reagan da weit hinter ihm zurück? Zieht man in Betracht, daß Reagan absolut dagegen ist, daß die US-Rentner die ihnen zustehende und sowieso unzureichende Rente bekommen, weil seine Eltern keine erhielten und in ihren letzten Jahren unbemittelt waren, dann muß man sich doch fragen, ob seine Besonderheiten nicht vielleicht von psychischen Störungen herrühren.

Stephen J. BARNA

195 Farview Avenue, Paramus

ERKLÄRUNG des Komitees der Sowjetfrauen

Vom westlichen Jordanufer kommen immer neue Meldungen über Exzesse der israelischen Besatzer. Sie sprengen und beschießen friedliche Demonstrationen der Palästinenser, bringen Tränengasgranaten zum Einsatz, nehmen Kinder als Geiseln, führen unaufhörlich Verhaftungen, Haussuchungen und gewaltsame Deportationen unter der palästinensischen Stammbewölkerung durch, und diese Aufzählung der Verbrechen der israelischen Machthaber am palästinensischen Volk ist noch nicht einmal vollständig.

Die ganze Welt weiß von den Massenvergiftungen palästinensischer Schulkinder mit Giftstoffen. Die meisten Opfer

dieses Chemiekriegs sind palästinensische Mädchen.

Ein jedes Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist verabscheuenswürdig, doch Verbrechen an Kindern sind doppelt so haarsträubend.

Die Politik der Behörden Israels zielt darauf ab, die nationale Freiheitsbewegung des arabischen Volkes von Palästina zu ersticken, seinen Widerstandswillen zu brechen und es zur Massenauswanderung aus seiner Heimat zu zwingen.

Direkt verantwortlich für die Verbrechen der zionistischen herrschenden Kreise Israels ist auch die Regierung Reagan, die die israelischen Besatzer allseitig und rückhaltlos unterstützt.

Die sowjetischen Frauen verteilen aufs schärfste die Völkermordpolitik Israels gegen das palästinensische Volk und schließen sich der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit in der Forderung an, eine unvoreingenommene Untersuchung der Massenvergiftungen von Palästinensern am westlichen Jordanufer vorzunehmen und die Verbrecher streng zu bestrafen.

Die sowjetischen Frauen bekunden nochmals ihre Solidarität mit den palästinensischen Schwestern, mit dem ganzen heroischen palästinensischen Volk, das gegen die israelische Okkupation und gegen die Pläne des Imperialismus und Zionismus kämpft, die Entschlossenheit dieses Volkes zu brechen, unter Führung der PLO einen eigenen unabhängigen Staat zu gründen.

und antiarabische Vorgehen der israelisch-amerikanischen Allianz, die in ihrem Drang, den Nahen Osten unter militärische und politische Herrschaft des Imperialismus und des Zionismus zu stellen, vor keinerlei Verbrechen zurückscheut.

Wir erklären nochmals, daß wir die gerechte Sache des palästinensischen Volkes unterstützen, das tapfer für seine Unabhängigkeit und für die Gründung eines eigenen Staates unter Führung seiner politischen Avantgarde, der PLO, kämpft.

Wir fordern die sofortige Untersuchung der Massenvergiftungen palästinensischer Zivilisten am westlichen Jordanufer und eine strenge Bestrafung der Schuldigen!

Es lebe die Freundschaft und Solidarität mit dem arabischen Volk von Palästina!

LOBBYISTEN

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard Perle wurde des schwerwiegenden Amtsmissbrauchs bezichtigt. Die "New York Times" teilte mit, er habe bereits ein Jahr nach seiner Ernennung, nachdem er ein "Beraterhonorar" von einer israelischen Firma kassiert hatte, empfohlen, die US-Armee solle Granatwerfer nicht in Großbritannien, wie früher geplant, sondern in Israel ankaufen.

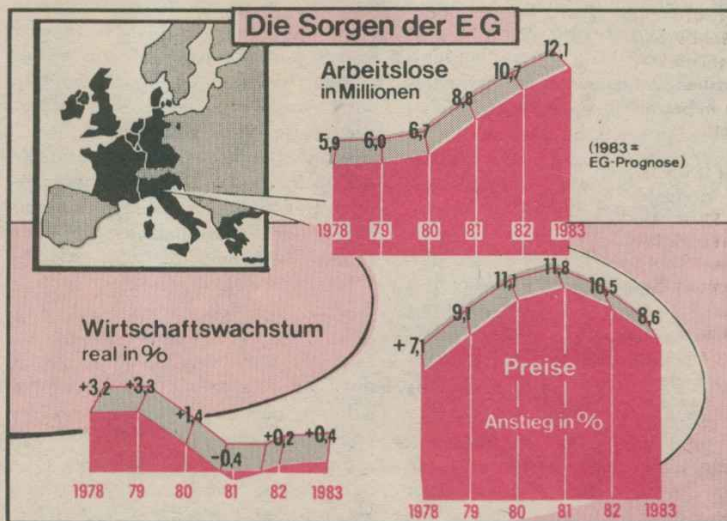
Perle weigerte sich kategorisch in der TV-Sendung "Meet the press", seine Schuld einzugestehen.

Er erinnerte vielmehr an seinen Brief an den Armeeminister vom 18. März 1982, in dem er geschrieben hatte, die israelischen Granatwerfer überboten die britischen in vielen Punkten und ihr Preis sei niedriger. Also hätten die israelischen "Honorare" dabei keine Rolle gespielt.

Doch mehr hätte er nicht sagen sollen. Perle aber ging weiter, als er erklärte, er kenne die israelischen Granatwerfer gut, weil der Inhaber der Granatwerferfirma vor Richards Tätigkeit im Pentagon sein Klient gewesen sei...

Auf die erstaunte Frage, warum das Pentagon denn Granatwerfer außerhalb der USA kaufen müsse, konnten die Pentagonssprecher keine klare Antwort geben. Was übrigens durchaus erklärlich ist.

B. PETSCHNIKOW



DER NUKLEARTOD IM OZEAN

"Die Bewegung für einen kernwaffenfreien Pazifik ist die ernsteste Bedrohung für die amerikanischen Interessen in der Region", warnt der ehemalige US-Botschafter auf Fidschi, William Bodde. Und der Premierminister Neuseelands, Robert Muldoon, erklärt, hinter der Bewegung stehe eine gewisse "ausländische Macht", und zeigt drohend mit dem Finger nach Norden.

Der neuseeländische Premier, ein treuer Freund Washingtons, ist für dessen Besorgnis hochsensibel. Die Einwohner der Insel Palau haben ihren kernwaffenfreien Status verfassungsmäßig verankert und so den Bau eines

Stützpunktes für atomare US-Regierung von Vanuatu untersagt. Die Einwohner der Marshall-Inseln zetteln auf einem US-Raketentestgelände.

So sieht die "Bedrohung der amerikanischen Interessen" aus. Nach einer Kirchenkonferenz sind auf der Welt die Schiffe und U-Boote 10 000 Meilen entfernt. Die Bewegung für einen kernwaffenfreien Pazifik hat Löcher in das US-Stützpunktsystem geschlagen. militärisch-politische Druck wird auf die kleinen Pazifikstaaten ausgeübt.

GEDULDIGES PAPIER

In letzter Zeit hat es der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (s. Foto) offenbar aufgegeben, sich bei Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern ausschließlich auf die Kraft seiner Stimmblätter zu verlassen. Er greift lieber zur Feder.

Nehmen wir z. B. seine Botschaft an die Deutsche Katholische Bischofskonferenz (BRD). Wodurch haben die Bischöfe den Zorn des Bajuwaren ausgelöst?

Die katholische Organisation "Miserere" soll laut Strauß die bundesdeutsche Öffentlichkeit über die Rassendiskriminierung in der RSA absichtlich desinformiert haben. FJS meint, eine Demokratisierung in Süd-

afrika werde nicht zu Freiheit oder Gerechtigkeit führen, sondern nur ein Chaos auslösen und alle angeblichen zivilisatorischen Errungenschaften in der Republik Südafrika vernichten. Behauptungen, Pretoria verletze die Menschenrechte — so Lehrmeister Strauß —, seien nichts als Lüge.

Erst vor kurzem hatte Strauß "Welt am Sonntag" (BRD) zufolge einen "persönlichen Brief" an die führenden Politiker der CDU/CSU gerichtet. Wie Strauß betonte, werde er darauf bestehen, daß die zwischen der CDU und der CSU abgestimmten Prinzipien der "neuen Ostpolitik" von der Bundesregierung widerspruchsfrei übernommen würden. Was sind das für Prinzipien?



Im Protokoll der zwischen der CDU und der CSU erreichten Vereinbarung heißt es, die Bundesregierung müsse "vom weiteren Bestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" ausgehen. In Frage gestellt wird auch die Staatsgrenze zwischen der BRD und der DDR.

In der bundesdeutschen Presse wurde auch von einem Briefwechsel

Strauß' mit dem Ministerpräsidenten der BRD berichtet. Die Propaganda der BRD-Behörden und stischen und

Warum? Die Ansichten scheinen sich in einem öffentlichen Briefwechsel, mindestens im öffentlichen, offenbar war ein breites Interesse der Bundesbürger an der RSA, in der ihnen die Ostpolitik nahegelegt hat. Die Erklärungen wurden als Aufklärungswort angesehen...

Foto aus: Na... (USA)

wirtschaftliche
setzen den EG-Ländern
asser des Schaubildes,
r "Süddeutschen Zei-
entnahmen, haben nur
en analysiert.

n über zwei Jahre tritt
haft der westeuro-
n auf der Stelle. Das
vorhergesagte
achstum von nur 0,4 %
die Flaute anhält. Ihre
nicht nur für die
deren Zahl in diesem
Millionen erreicht hat,
oll. Ein nur schwacher
rückgang der Teue-
auf 8,6 % (1983). Sie
wie vor die Lohner-
bersteigen.

sschiffe verboten. Die
ihnen das Anker, und
errichteten sogar ein
suchsgelände.

die amerikanischen
rtzung der Pazifischen
stützpunkten, auf den
earsprengköpfe statio-
affenfreien Pazifik kann
reißen. Ist da der
gtons und seiner Ver-
der erstaunlich?

L. MICHALOW

erzeitigen Innenmi-
immermann (CSU)
legen vereinbarten
ische Bearbeitung
ung im revanchi-
onalistischen Geist.
s: FJS vor, seine
ch, nicht aber bei
Auftritt oder zu-
ehen darzulegen?
eine Briefe nicht für
um bestimmt. Die
über die Lage in
st und wissen, was
k der SPD gebracht
ngen des Bayern
keinen Begeiste-
en. Doch Papier ist
N. SHOLKWER
tenmagazin "Time"

LEBENSNAHES SZENARIO

... 1990. In der Nähe eines
niedersächsischen Dorfes ge-
schieht ein Unfall. Ein
Atomtransporter explodiert. Die
Strahlenopfer werden in Kasernen
isoliert. Als sie von dort aus-
brechen wollen, eröffnen
Bundeswehrsoldaten befehlsgemäß das Feuer...

Das ist die Story eines neuen
Fernsehfilms der bundesdeut-
schen Regisseure Rainer Boldt
und Hans-Rüdiger Minow. Die
Premiere sollte eigentlich am 24.
April stattfinden. Doch daraus
wurde nichts. Die Direktion der
ARD, des Dachverbandes der
Rundfunk- und Fernsehanstalten
der BRD, äußerte Zweifel: Nicht
kann sein, was nicht sein darf.

Hierbei "vergaß" man bei der
ARD offenbar, daß erst vor einem
halben Jahr bereits etwas
Ähnliches passiert war. Nur 100
Meter von Wohnhäusern in
Waldprechtsweiler (Baden-
Württemberg) entfernt ging ein
US-Transportfahrzeug mit einer
Pershing-1-Rakete in Flammen auf.
US-Soldaten sperrten die ganze
Gegend ab. 1200 Einwohner wurden
evakuiert ...

1976 fing im Raum Würzburg
(Bayern) direkt auf einer
Landstraße ein US-Rake-
tentransporter Feuer, im Mai
1978 wiederholte sich das Gleiche
bei Starnberg (Oberbayern), im
Februar 1981 bei der Einfahrt nach
Sechselberg (Baden-Württem-
berg), im Juni 1981 bei Kaiserslautern
(Rheinland-Pfalz) und im
Februar 1982 verlor eine
Maschine der US-Luftwaffe eine
Rakete im Schwarzwald (Baden-
Württemberg). Eine sehr lange
Liste! Allein 1982 kam es zu fünf
Havarien mit US-Raketentranspor-
tern.

Nichtsdestoweniger wollte man
in Bonn den besagten Film "Im
Zeichen des Kreuzes" nicht im
Fernsehen laufen lassen. Offenbar
weil sein futuristisches Sujet zu
sehr deutlich macht, daß die
Bundesbürger auf einem Pulverfaß
leben.

L. SMIRNOWA



NICHT SPIELE, SONDERN BROT

Der Zaun vor dem Weißen Haus
an der Pennsylvania Avenue wird
von nun an nicht mehr eine Stelle
sein, wo jeder das seine zeigen
kann: Die einen Armut, die ande-
ren ihre Ablehnung der
CIA-Einmischung in die Angele-
genheiten von El Salvador und
Nikaragua, wieder andere den
Protest gegen Reagans Kriegsvor-
bereitung. Wie ein Sprecher der
US-Administration bemerkte, ver-
derbe dies das Aussehen des
architektonischen Ensembles.

Kann man denn die nicht gerade
elegant gekleideten Typen, die die
Zeltstadt Reaganville direkt ge-
genüber den Fenstern des Präsi-
denten aufgeschlagen haben, als
Zierde betrachten? Der Logik der
Administration zufolge haben auch

die Afroamerikaner, Indianer und
Puertoricaner, die sich immer wie-
der vor dem jungfräulichen
Weißen Haus versammeln, um mit
häßlichen Stimmen, gar nicht im
Stile des Belkanto, Forderungen
nach Bürgerrechten, Freiheiten und
Arbeit lautstark anzumelden, kei-
nerlei Sinn für Ästhetik. Und schon
gar nicht passen Antikriegsde-
monstrationen in das Bild. Ihre
Plakate, die zum Einfrieren des
Wettrüstens aufrufen, sind gerade
zu eine Beleidigung für den
Betrachter.

Um diesen Geschmacklosigkei-
ten endlich ein Ende zu bereiten,
wurde dieser Tage ein Sondererlaß
verabschiedet, der es verbietet,
vor dem Zaun der Residenz des
US-Präsidenten Plakate, Losungen
und dergleichen zu demonstrieren.
Ansonsten hagelt es Geldstrafen.

L. MAKAREWITSCH

Foto aus:
"U. S. News & World Report"

UNANGENEHMER NACHBAR

Kurz vor seiner Reise durch Länder Südostasiens lud Ministerpräsident
Nakasone eine Gruppe von Journalisten aus den ASEAN-Ländern ein, um
ihnen weiszumachen, Japan kümmere sich ausschließlich um seine
Verteidigung...

Doch, als die Vorbereitung zu Nakasones Besuch auf dem Höhepunkt
war, wurden Beschlüsse gefaßt, die deutlich machten: In Tokio will man
das Land erneut in eine bedeutende Militärmacht verwandeln, anfangs im
regionalen, dann auch im globalen Maßstab. Die 1000-Meilen-Zone, die
Nippons Streitkräfte unter ihre Kontrolle stellen, erstreckt sich bis zu den
Küsten der ASEAN-Mitgliedstaaten.

Die Marine der "Selbstverteidigungskräfte" beendete kürzlich zu-
sammen mit der australischen und der kanadischen Flotte ein viertägiges
Manöver, bei dem es um die Kontrolle der Weiten des Pazifiks ging.
Gleichzeitig erklärte der Chef des Nationalen Verteidigungsamtes,
Tanikawa, im Parlament, falls erforderlich, würden die "Selbstvertei-
digungskräfte" den Schutz von US-Schiffen mit Nuklearwaffen an Bord
übernehmen.

Die Luftwaffe der "Selbstverteidigungskräfte" bat die USA um
gemeinsame Übungen mit in Südkorea stationierten US-Jagdbombern
F-16. Noch vor wenigen Jahren hatte Tokio feierlich erklärt, irgendwelche
gemeinsamen Manöver, an denen Südkorea selbst indirekt beteiligt sein
würde, seien völlig ausgeschlossen.

Japan wird ein gefährlicher Nachbar, schreiben die aus Tokio zurückge-
kehrten Journalisten der ASEAN-Länder. Offenbar gelingt es weder dem
Regierungschef noch den Diplomaten, die Öffentlichkeit der Länder
Südostasiens über die wahren Absichten Tokios zu täuschen.

M. LEONIDOW

OHNE KLARE ZIELRICHTUNG

Übersicht über die Warschauer Wochenschrift „Polityka“

Im gesellschaftlichen Bewußtsein der polnischen Werktätigen vollziehen sich spürbare Wandlungen. Der von der inneren und äußeren Konterrevolution gewebte Schleier fällt ihnen allmählich von den Augen. Es gibt Anzeichen für eine Normalisierung der Lage.

Puls wurde gleichmäßiger

Die 16 Monate des frontalen Drucks der Konterrevolution, der im August 1980 eingesetzt hatte, waren nicht leicht für die PVAP. Ebenso schwer ist ihr die Verhängung des Ausnahmezustands am 13. Dezember 1981 gefallen.

Der Puls des öffentlichen Lebens schlägt nun gleichmäßiger, aber es wäre natürlich verfrüht, in Siegestimmung zu verfallen. Ein neuer Beweis dafür, daß die konterrevolutionären Elemente den Kampf nicht aufgegeben haben, waren die jüngsten zwar zahlenmäßig kleinen aber kehlkopflastigen, eindeutig antisozialistischen und antisowjetischen Demonstrationen.

Immer mehr Bedeutung gewinnt heute die heftige ideologische Auseinandersetzung. Der der politischen Mimikry nicht abholde Gegner nutzt die spezifischen Besonderheiten der polnischen Gesellschaft, um das zu schaffen und zu bewahren, was als "oppositiogene", d. h. sich permanent erneuernde oppositionelle Lage bezeichnet wird. Die Arbeiterklasse war in nicht geringem Maße aus dem Tritt gebracht und von den pseudodemokratischen "Neuerungen" der Solidarnosc betrogen worden. Das Kleinbürgertum kocht sein eigenes Süppchen zum Schaden der Werktätigen und ihres Staates und labt sich an der Krise. Einem gewissen Teil der jungen Polen geht das Verantwortungsgefühl für die Zukunft des Landes noch ab... Und darf man schließlich vergessen, daß Polen nach wie vor Objekt psychologischer Angriffe seitens der reaktionären Kreise des Westens ist?

Die Partei der polnischen Kommunisten muß alle diese Umstände in Rechnung stellen, um es nicht zuzulassen, daß sie in der einen oder anderen Kombination die historischen Errungenschaften der VR Polen beim Aufbau des Sozialismus erneut bedrohen.

Welche Alternative nun bieten die Gegner des Sozialismus als Gegengewicht zur Entwicklung nach den Gesetzen des wissenschaftlichen Sozialismus? Im modernen Sprachgebrauch haben sie

dafür das Gummiwort "Pluralismus". Gemeint ist ein weltanschaulicher Pluralismus. Anscheinend rennen seine Verfechter da offene Türen ein, denn neben der PVAP bestehen und wirken in Polen die Vereinigte Bauernpartei, die Demokratische Partei und drei katholische Massenorganisationen. Sie verfügen über ihre eigene Presse, ihre Abgeordneten im Sejm, ihre Programme, ihre ideologischen Plattformen. Ihre "Schuld" besteht darin, daß sie mit der PVAP gemeinsam wirken, ja zusammenarbeiten, und nicht gegen die sozialistische Ordnung auftreten. Der weltanschauliche Pluralismus, von dem hier die Rede ist, soll aber, nach den Intentionen seiner Verfechter, zur Vielfalt politischer und staatlicher Lösungen führen, unter denen der wahre Sozialismus bestenfalls "eine von ihnen" ist.

Eben das peilten die Anführer der Solidarnosc an, als sie unter Punkt 19 des auf dem Kongreß in Gdansk nach dem Diktat der notorischen Antikommunisten der KSS-KOR verkündeten Programms fixierten: "Grundlage der Demokratie der Rzecz Pospolita ist der weltanschauliche, soziale, politische und kulturelle Pluralismus."

Solidarnosc hat verspielt. Doch der aus dem Westen importierte Gedanke des "pluralistischen Sozialismus" ist nicht gemeinsam mit den Extremisten der Solidarnosc untergetaucht. Ende 1982 lesen wir in der Wochenschrift "Polityka" in einem Artikel eines ihrer führenden Publizisten, Krzysztof Toeplitz: "Polen muß ein für allemal zu einem Land des weltanschaulichen und politischen Pluralismus ausgerufen werden." Das kommt nicht aus dem Stegreif, das ist eine Haltung.

Es lebe Spontaneität!

Unter den polnischen Journalisten, Schriftstellern, Schauspielern, Gesellschaftswissenschaftlern und Philosophen gibt es auch heute Menschen, die die Haltung ideologischer Oppositioneller beibehalten. Sie machen sich natürlich selbst mit der Annahme etwas vor, wenn jeder seinen persönlichen "Generalstreik" ausrufe, könne das das ganze sozialistische Polen "einfrieren".

Nicht wenige auch nutzen jegliche Möglichkeit, der sozialistischen Gesellschaft fremde Anschauungen zu predigen. Konkrete Beispiele dafür liefern die Publikationen von "Polityka". Im Februar 1982 schrieb ihr damaliger Chefredakteur: "Wir wollen gemeinsam mit den Lesern nach Lösungen suchen, die es uns erlauben würden, den Sozialismus zu stärken,

weil nur dem Sozialismus die Zukunft in der Welt gehört... Gegenwärtig steht die Gesellschaft vor vielen wichtigen Problemen, die eine allseitige Analyse erfordern... Ist die Zeit für eine solche Analyse reif? Ja, aber sie muß gemäß dem Geist und dem Buchstaben der Beschlüsse des IX. Außerordentlichen Parteitags der PVAP erfolgen." In der Resolution des IX. Parteitags (Juli 1981) heißt es: "Der Partei angehörende Journalisten sind verpflichtet, sich in ihrer Tätigkeit von ihrer Ideologie, den Interessen des Volkes und des sozialistischen polnischen Staates leiten zu lassen. Sie müssen mit den Gegnern unserer Partei von der Position des Marxismus-Leninismus und des Internationalismus her polemisieren." Anscheinend ist hier alles klar. Aber...

Im Mai vorigen Jahres brachte "Polityka" einen Artikel von Andrzej Werblan, der in den 70er Jahren eine Schlüsselposition im ideologischen Apparat der Partei innehatte. In dem genannten Artikel "entblößt" Werblan vor allem die "Unfähigkeit" des Marxismus zur Analyse der Ursprünge der polnischen Krise. Die "Anklage" läuft auf folgendes hinaus: "Der moderne Marxismus schenkt wenig Aufmerksamkeit ... den Gesetzen, die die spontanen und anarchischen Massenbewegungen lenken." Solidarnosc aber war, wie sich aus dem Artikel ergibt, gerade eine solche Bewegung, nicht aber eine organisatorische Struktur, ein Werkzeug der konterrevolutionären Verschwörung. Man darf kaum annehmen, der Verfasser wüßte nicht, daß der Marxismus spontanen und anarchischen Erscheinungen stets größte Aufmerksamkeit schenkt, insbesondere in den vorsozialistischen Formationen. Am ehesten wollte der Verfasser wohl ein Gleichheitszeichen zwischen, sagen wir, dem Sklavenaufstand im alten Rom und der Solidarnosc setzen und Walesa zum Spartakus unserer Tage emporstilisieren.

Die Rehabilitierung der Solidarnosc ("die Geschichte wird ihr viel Positives gutschreiben") ist diktiert von dem Bestreben, den Kurs der Partei der polnischen Kommunisten auf die entschlossene Bekämpfung der antisozialistischen Opposition zu revidieren und zu diskreditieren. Der Kotau vor der Spontaneität führt zur Verleugnung der Organisiertheit und Bewußtheit der von der Partei geführten Arbeiterklasse. "Heutige Publizisten und Marxismusforscher", schreibt Werblan, "schenken den Äußerungen und Handlungen der Führungsgruppen über-

mäßige Beachtung, wobei sie eindeutig zur Überbewertung ihrer Rolle tendieren." Das heißt in der konkreten politischen Situation zur Überbewertung der Rolle der PVAP.

Mit dem Reinwaschen der Solidarnosc beschäftigt sich in "Polityka" nicht nur Werblan. Den gleichen Persilschein stellt z. B. Jan Gawlik aus, wenn er schreibt: "Ich setze guten Willen und die besten Vorsätze nicht nur bei vielen Millionen einfacher Teilnehmer der Bewegung, sondern auch bei ihren Führern voraus... Ich glaube an ihre edlen Motive..., anerkenne die persönlichen Verdienste dieser Leute, bewahre vielen von ihnen meine Achtung und Sympathie...". Man darf daran erinnern, daß dieser Führung z. B. Jurczyk angehörte, der — offenbar von den "edelsten Motiven" geleitet — verlangte, die Kommunisten aufzuhängen.

Zwischen zwei Magnetfeldern

Eine solche Analyse der jüngsten Vergangenheit erfordert Prognosen und Empfehlungen für die Zukunft. Der gleiche Werblan meint, auch künftig seien "politische Krisen unausbleiblich"... "Die Hoffnung, man könne Krisen vermeiden, gehört zum Bereich gesellschaftlicher Utopien. Es ist unmöglich (!), eine 'vollkommene' Politik zu machen, die allen Forderungen nachkommen könnte, auch in Gesellschaften, in denen es keine antagonistischen Klassen gibt." Also in sozialistischen Gesellschaften. Warum ist das unmöglich? Weil "sich jede Konzeption früher oder später verausgabt, ihre schöpferischen Möglichkeiten erschöpft". Jede — also auch die marxistisch-leninistische.

Was kann man da tun? Wie den verschwundenen Kreis durchbrechen? "Polityka" beginnt eine Diskussion zum Thema: "Ist in Polen politisches Denken möglich?" Die Fragestellung selbst ist doppeldeutig. Ihr politischer Hintergedanke besteht darin, daß man sie, je nach Wunsch, sowohl positiv beantworten kann: Ja, möglich und nötig, als auch negativ, wobei man zu dem von den Gegnern des Sozialismus erwünschten Schluß gelangt: Nein, unmöglich, weil der Sozialismus das politische Denken abschafft. An der Diskussion beteiligten sich viele Politologen und Publizisten, die in der Mehrzahl von der einen oder anderen Position aus die marxistisch-leninistische Methodologie der politischen Analyse gesellschaftlicher Probleme revidierten und leugneten. Wie zu erwarten war, verkündeten sie die Notwendigkeit einer durch nichts, durch keinerlei Klassenkriterien eingeschränkten ideologischen Toleranz, mit anderen Worten, den gleichen amorphen weltanschaulichen Pluralismus.

Zu der Diskussion trug auch Prof. Jerzy Wiatr sein Scherflein bei. Er konstatierte,

daß es "ein politisches Denken in Polen gibt". In das Register seiner Abarten ordnete er skrupellos und über einen Leisten gehauen sowohl die "programmatischen Dokumente der Partei" und die Anschauungen einer ganzen Reihe parteiloser, den wissenschaftlichen Sozialismus nicht akzeptierender Denker ein, dazu "jenes politische Denken", das "auch in Form illegaler Publikationen oder zwar im Ausland herausgegebener, aber von in Polen lebenden Autoren stammender Schriften existiert. Schließlich", setzt Wiatr seine Bestandsaufnahme fort, "ist zum polnischen politischen Denken das politische Denken polnischer Emigranten zu rechnen... Das ist selbstverständlich und unvermeidbar", behauptet der Professor. Warum? Ja darum, weil gerade dieser seltsame ideologische Zwitter dazu berufen sei, "der praktischen Politik eine bestimmte Richtung zu verleihen". Welche Richtung wollen die in der Pariser "Kultura" oder bei "Free Europe" wirkenden Emigranten der "praktischen Politik" der VR Polen "verleihen", oder auch jene konterrevolutionären Elemente, die in der Illegalität abwarten und inzwischen ihre politischen Statements entweder im Westen verkaufen oder in staatsfeindlichen Flugblättern verbreiten? Jerzy Wiatr weiß das natürlich. Aber er läßt es lieber unausgesprochen. Und räumt diesen Leuten das Recht der Beteiligung am "Streit über den Sinn Volkspolens, über die Haupttrichtung seiner internationalen und staatlichen Politik" ein.

Wiatr modelliert, wie er es versteht, das "fortschrittliche, reformatorische politische Denken", und stellt ihm kategorisch "schöpferische Traditionen, die im Propagandaauftrag der Behörden vollbracht werden", "Apologetik", "Propaganda oder Popularisierung" dessen entgegen, was "schon als unbestreitbar anerkannt war". Faktisch ist das der kaum verhüllte Versuch, den wahren Verfechtern des wissenschaftlichen Sozialismus das Recht abzusprechen, ihre Position zu verteidigen und ihren Standpunkt zu propagieren.

Was aber statt dessen? Der Artikelschreiber findet "sehr interessant die Überlegungen über außenpolitische Faktoren der Kraft des Volkes", die von einem seiner Landsleute in ... London veröffentlicht wurden. Und klagt: "Ohne Gefühl für Realitäten handelt, wer versucht, für Polen Programme zu entwerfen, die aus anderen Epochen oder anderen geographischen Breiten übernommen wurden." Wir würden zu gerne wissen, Herr Professor, welche Epochen und Breiten Sie da im Auge haben?

Bei wem sollen Verständnis und Anteilnahme für solcherart Postulate gefunden werden? Ludwik Krasucki sieht den wichtigsten Leser der "Polityka" "im Raum zwischen den Polen der entschlossenen

Bejahung und der totalen Verneinung", wo "heute die vielfältigsten Positionen innerlich widersprüchlich, schwankend, unsicher, nichtherauskristallisiert, Halbheiten sind", wo "jene überwiegen, die die Macht durch das Prisma der Bitterkeit, der Enttäuschung, der seelischen Wunden, des Mißtrauens betrachten, die jedoch bereits sehen und hören wollen".

Dieses Publikum ist denn auch wahrhaft vielfältig, zu ihm gehören breite Kreise der Intelligenz. Die Geistesschaffenden erneuern den "Magnetismus" des sozialistischen Pols fühlen zu lassen, ihr Hintreiben zum entgegengesetzten Pol zu überwinden ist eine lebenswichtige, historisch wichtige Aufgabe. Von klaren, festen Positionen ausgehend und jede opportunistische Halbheit zurückweisend, kann die Partei der polnischen Kommunisten diese Aufgabe lösen und löst sie bereits allmählich, trotz des unveränderten Drucks seitens der antisozialistischen Elemente.

Die "Polityka" ist ein populäres Blatt mit einer gewöhnlich lebendigen, scharfen, bildhaften Sprache. Die Konzeptionen? Unterschiedliche. Darunter auch kommunistische. Liest man die "Polityka", muß man sie unbedingt mit den Presseorganen der PVAP, mit dem Wortlaut der Parteidokumente vergleichen. Sonst verliert man sehr rasch die Orientierung.

Die "Polityka", deren Titelseite die Worte "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" zieren, hält es für normal, dort der proletarischen, kommunistischen Ideologie fremde Anschauungen zu propagieren. Eine ganze Reihe von Publikationen zielt direkt darauf ab, die PVAP zu veranlassen, entweder eine Wandlung zu vollziehen oder überhaupt der führenden Rolle in der Gesellschaft zu entsagen. In einem Interview für die italienische Journalistin Oriana Fallaci findet sich folgendes Urteil: "Die Partei ist zerbrochen, ist geistig und politisch bankrott, unfähig, die Gesellschaft zu organisieren, das Land aus der Katastrophe herauszubringen, mehr noch, den Staat zu schützen." Die seit diesem Interview vergangenen Monate haben eine so kategorische Diagnose nicht bestätigt.

Hybriden, Hybriden, Hybriden...

In all dieser Zeit hat die "Polityka" ihren Lesern den seltsamen Zwitter des wissenschaftlichen Sozialismus mit pseudowissenschaftlichen, manchmal aber auch antisozialistischen Konzeptionen angeboten, als wolle sie die Partei bewußt entwandeln. So warf Jozef Cegla der PVAP vor, daß sie "auf das Eindringen in alle Gesellschaftsschichten nicht verzichten will und kann". In vielen Äußerungen der Wochenschrift wurde regelmäßig die Existenz eines organischen Widerspruchs zwischen den Machtorganen

(worunter stets die PVAP verstanden wurde) und der Gesellschaft herausgestrichen. Diese Gegenüberstellung ist eindeutig ungerechtfertigt: Kann man die historische Tatsache abstrahieren, daß die polnische Gesellschaft gerade unter Führung der PVAP einen so hohen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstand erzielt und die VR Polen einen gewichtigen und würdigen Platz in der Weltgemeinschaft eingenommen hat? Es ist eine bewußte Gegenüberstellung, denn mit der Feststellung, daß der Widerspruch ein "klinischer Fall" sei, kann man der Partei ein Rezept zur Wandlung verschreiben, das sie "mit der Gesellschaft aussöhnt". Z. B. die Zustimmung zum Primat der Spontaneität über bewußte Handlungen der von der Partei geführten Massen. Oder den von Prof. Stempin in der "Polityka" ausgesprochenen Rat, gleichzeitig mit dem Marxismus-Leninismus oder statt seiner die "neue Gesellschaftsphilosophie" zum Rüstzeug zu machen, die der katholische Berater der Solidarnosc, Priester J. Tischner, entwickelt hatte.

Krzysztof Toeplitz hält sein Heilmittel feil: "Erneuerung der Plattform der Polnischen Sozialistischen Partei", Rückkehr zur aktiven politischen Tätigkeit "jener ihrer Elemente, die sich seinerzeit nicht auf die Plattform des Marxismus-Leninismus stellten" (und es ablehnten, zusammen mit den Mitgliedern der Polnischen Arbeiterpartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beizutreten. — A.R.), "sondern auf den Positionen des polnischen Sozialismus verharren". Wodurch ist diese dringende Notwendigkeit einer solchen Transformierung der PVAP und der Rückkehr zu für das sozialistische Polen vorhistorischen Zeiten, zu der vom polnischen Volk abgelehnten rechten sozialdemokratischen Alternative bedingt? Man staune, dadurch, daß, wie aus einem Artikel Michal Dobroczyński erhellt, "das Abrücken von dem im Grunde bis 1948 ja richtig funktionierenden polnischen Wirtschaftsmodell" (mit anderen Worten, der Übergang zum Aufbau des Sozialismus. — A.R.) "bekanntlich dem Land keinen tiefgreifenden Nutzen gebracht hat". Folglich kann man, wenn man hinter der gesamten Nachkriegszeit einen Punkt macht und sich um 36 Jahre zurückversetzt, wie Toeplitz weissagt, "auf die Errichtung eines Systems der sozialistischen Demokratie in Polen hoffen, daß in der Geschichte des 'realen Sozialismus' ohne Beispiel ist". Als ich diesen Satz las, fiel mir sofort ein anderer, sehr ähnlicher ein, u. zw. aus dem programmatischen Manifest eines Führers der Untergrundorganisation KSS-KOR, Jacek Kuron: "In Polen sollte eine solche Gesellschaftsordnung geschaffen werden, wie es sie noch nie in der Menschheitsgeschichte gegeben hat."

Die "Polityka" ist gegen den realen Sozialismus, wie mir scheint, allergisch, denn sie setzt diese beiden Worte fast stets, genauso wie z. B. "Die Welt" oder die "New York Times", in tief sinnig-hochmütige Gänsefüßchen, als wolle sie sich von etwas für Polen und die Polen Unwürdigem abgrenzen. Als habe Polen nicht mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen! Als sei jener mit all seinem Plus und Minus aufgebaute Sozialismus kein polnisches, sondern irgendein fremdes, den Polen von außen aufgezwungenes Modell!

2 Diese fatale Geopolitik

Ohne Beachtung der nationalen Besonderheiten, ohne Berücksichtigung der objektiven Gesetzmäßigkeiten läßt sich keinerlei Sozialismus errichten. Das ist ein Axiom. Doch eine ganze Reihe von Artikeln der "Polityka" suggeriert den Lesern die magische Formel von einem "wahrhaften", "polnischen", "ganz neuen" Sozialismus. Das Leitmotiv dazu: "Ein Land des weltanschaulichen und politischen Pluralismus", berufen, vor allem "Brücke", "Mittler" zwischen Ost und West zu sein. Also nicht so ganz Kapitalismus, aber auch nicht realer Sozialismus. "Lateiner unter Slawen und Slawen unter Lateinern", hieß das früher. Die "Unmöglichkeit" für Polen, "seinen eigenen Weg zu gehen", wird in der Regel mit dem "geopolitischen Faktor" erklärt, mit dem auch westliche Politologen ständig jonglieren.

Vertrauensvoll an den Leser gewandt, schreibt der erste stellvertretende Chefredakteur der "Polityka", Daniel Passent: "Wir sind uns klar über Ihre unfreundliche Einstellung zum realen Sozialismus, und obwohl wir in dieser Frage mit Ihnen nicht konform gehen können, achten wir dennoch Ihren Standpunkt. Sie müssen begreifen, daß unsere geopolitische Lage uns zwingt, einen sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen und daß jede Auflehnung gegen diesen Status zur Niederlage verurteilt ist. Der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation ist, sich mit dem Schicksal, mit dem System abzufinden und dabei auf seine Vervollkommenheit, seine Reformation überhaupt zu setzen."

Zum gleichen Thema äußert sich noch bestimmter, im Gleichklang mit westlichen Politologen, die die Formulierung von "Polen als Opfer der Nachkriegsteilung Europas" in Umlauf setzten, Jan Gawlik: "Die wichtigen Konferenzen von Jalta und Potsdam haben vorausbestimmt, daß wir als Gesellschaft, als Volk über keine andere Alternative verfügen, außer dem Kampf um Existenz und Wohlergehen innerhalb der von diesen Konferenzen festgelegten Umstände... Anzustreben ist eine Überprüfung der Abkommen von Jalta..." Wieder kann ich mich einer direkten Gegenüberstellung nicht enthal-

ten. Das Gerede darüber, welches wenig beneidenswerte Schicksal "die Konferenz von Jalta Polen aufgezwungen hat", ist ein beliebtes Thema eines Verräters des polnischen Volkes, des ehemaligen Botschafters der VR Polen in Japan, Rurarz, der gegenwärtig die USA bereist.

Daniel Passent augenzwinkernd: "Man muß nicht unbedingt Marxist und Dialektiker sein, um zu erkennen, daß die Geschichte ständig in Bewegung ist, daß ihre Mühlen langsam aber sicher mahlen, daß die Verträge von Wien und Versailles zerfielen, obwohl ihre Unterzeichner glaubten, sie schufen Ordnung für alle Zeiten." Eine mehr als durchsichtige Andeutung...

Der gleiche Daniel Passent begibt sich nach Tokio, interviewt den japanischen Außenminister Shintaro Abe und veröffentlicht das am 5. März 1983. Der Minister lobt die gemeinsamen Standpunkte der USA und Japans "zu solchen Werten wie Freiheit und Demokratie, Marktwirtschaft und freier Handel", rechtfertigt den militaristischen Kurs Washingtons, versucht, die neuen sowjetischen Friedensinitiativen zu diskreditieren und die sowjetische Außenpolitik insgesamt in Frage zu stellen. In einem Nachwort zu dem Interview befürwortet die Redaktion der "Polityka" im Grunde die antisowjetischen Äußerungen Abes und behauptet, man müsse "das Problem des Kräftegleichgewichts in der Welt objektiv einschätzen." So "objektiv" sind sie!

...

Im Frühjahr v. J. erschien in Paris ein Sammelband, der außer allen möglichen konterrevolutionären Proklamationen aus der polnischen Illegalität auch einige Artikel aus "Polityka" enthält. In der Besprechung dieses Buches in "Monde" schrieb der Antikommunist Bernard Feron, in "Polityka" "fanden sich Artikel, die in ihrem mutigen Ton und in der Qualität dessen, was sich als 'Kleinkunst' bezeichnen ließe, echte Vorbilder des Genres waren. Wer sie liest, entfernt sich sozusagen um Hundert Meilen von den Banalitäten, die von den Laufburschen der Propaganda in den Ländern des 'realen Sozialismus' hinausposaunt werden". Eine hohe Note. Auch eine verdiente?

Kürzlich las ich in "Polityka" ein bewegendes Gedicht von Agnieszka Osiecka. Dort gibt es die Zeilen:

Die Sonne der Zärtlichkeit in mir erlischt,
die Augen sehen nicht,
es hören nicht die Ohren,
und das Herz ist stumm,
doch die Gedanken wandern über fremde

Trottoire, durch Bars, Baracken, Etagen,
Bathhöfe, Betten, Dächer, Kneipen.
Welch ein erbärmlicher Spaziergang!

Andrej RYSHOW

DAS VOLK MUSS FREI SEIN!

Im Pariser UNESCO-Hauptquartier wurde die Internationale Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes abgeschlossen. An dieser repräsentativen Konferenz, die auf Beschluß der UNO-Vollversammlung einberufen wurde, beteiligten sich an die 30 Außenminister, darunter aller afrikanischen Frontstaaten, Delegationen von mehr als 120 UNO-Mitgliedsländern, nationalen Befreiungsbewegungen und vielen internationalen Organisationen.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR richteten an die Konferenzteilnehmer eine Grußbotschaft, in der sie erneut betonten, daß die Solidarität mit den Völkern, die gegen den Kolonialismus, für ihre Unabhängigkeit kämpfen, eines der Hauptprinzipien der sowjetischen Außenpolitik ist.

UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar verwies bei der Konferenzöffnung darauf, daß die aktive Teilnahme der UNO-Mitgliedstaaten ein weiteres Mal von der wachsenden Besorgnis der Weltöffentlichkeit über die Lage in Namibia zeugt.

Die Konferenz war vom harten politischen Kampf um die Lösung der Namibia-Frage gekennzeichnet. Die führenden Länder Afrikas und die Vertreter der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) gaben, aktiv unterstützt von den sozialistischen Staaten und den fortschrittlichen Entwicklungsländern, einen kämpferischen, offensiven Ton in der Debatte an.

Allgemeines Interesse fand die Rede von SWAPO-Präsident Sam Nujoma. Er verurteilte entschieden die Sabotierung einer Namibiaregelung seitens der RSA und ihrer westlichen Beschützer, vor allem der Reagan-Administration. Sam Nujoma wies kategorisch die absurde Forderung nach einer Verknüpfung der Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola zurück. Scharf wurde die Tätigkeit der westlichen "Kontaktgruppe" kritisiert. Sam Nujoma betonte, sie wolle nur die gesetzwidrige Okkupation Namibias durch das RSA-Rassistenregime fort-dauern lassen.

In den Reden vieler Delegierter wurde betont, daß die UNO nicht wenige Beschlüsse zu Namibia gefaßt hat, doch alle unerfüllt bleiben. Vor allem, weil sie von der RSA sabotiert werden, die Namibia als ihre Kolonie oder Halbkolonie

behalten möchte. Und wenn es doch zur Proklamierung der Unabhängigkeit kommt, möchte die RSA in Namibia nur einen ihr hörigen Marionettenstaat haben.

Der Leiter der sowjetischen Delegation, der stellvertretende Außenminister Leonid Iljitschow, erklärte in seiner Rede, die Konferenz finde in einer komplizierten Periode der internationalen Entwicklung statt. Die von der US-Administration verfolgte Politik der Schürung der Spannungen wird von der Anheizung regionaler Konflikte begleitet.

Natürlich wäre der Aggressivität der RSA-Rassisten schon lange ein Ende bereitet worden, wenn da nicht die direkte politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der westlichen Länder und Israels wäre. Ist denn z. B. die erwähnte US-Idee von einer "Verknüpfung" des Problems der Entkolonisierung Namibias mit dem Abzug des kubanischen Militärpersonals aus Angola nicht der Gipfel des politischen Zynismus? Die Absurdität einer solchen "Verknüpfung" liegt auf der Hand. Geht es ja um ganz verschiedene Fragen: in dem einen Fall um das legitime Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, in dem anderen aber um die souveräne Entscheidung Angolas, seine Verteidigung gegen den Aggressor zu sichern.

Die Regelung der Namibia-Frage duldet keinen weiteren Aufschub. Dafür ist es erforderlich, die UNO-Beschlüsse zu Namibia in deren Gesamtheit zu erfüllen, darunter die Sicherheitsratsresolution Nr. 435. Es geht jetzt darum, die RSA und ihre Beschützer zu zwingen, die Sabotierung früherer UNO-Resolutionen zu beenden.

Die UdSSR, betonte der sowjetische Delegierte, tritt für die schnellste Gewährung der wahren Unabhängigkeit an Namibia auf der Grundlage der Bewahrung von dessen Einheit und territorialer Integrität, einschließlich des Hafens Walvisbaai und der Küsteninseln, ein sowie für die Übertragung der ganzen Macht an das Volk von Namibia in Gestalt der SWAPO, die von der UNO, der OAU und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen als dessen einziger authentischer Vertreter anerkannt wurde.

Eine diametral entgegengesetzte Haltung zur Namibia-Frage insgesamt wurde bei den westlichen Mitgliedern der "Kontaktgruppe" gegenüber der Konferenz deutlich. Ihre Vertreter erklärten anfangs, sie würden nur als Beobachter dem Forum

beizohnen. Doch dann meinten sie, wirksamer auf die Debatte Einfluß nehmen zu können, wenn sie sich an ihr beteiligen, doch hierbei behielten sie sich vor, an der Ausarbeitung der Schlußdokumente nicht teilzunehmen.

Der Kampf des Volkes von Namibia für seine Freiheit und Unabhängigkeit findet immer größere Unterstützung in aller Welt. Das wirkt sich auch auf die Stimmungen in den USA aus. Kürzlich brachte eine Gruppe von Kongreßabgeordneten den Entwurf für eine gemeinsame Resolution des Repräsentantenhauses und des Senats ein, in der die Reagan-Administration aufgefordert wird, vom Kurs der "Verknüpfungen" abzugehen und mit den anderen Mitgliedern der "Kontaktgruppe" die Frage von Sanktionen gegen die RSA entsprechend der UNO-Charta zu erörtern. Die 24 größten antirassistischen, religiösen, gewerkschaftlichen und anderen gesellschaftlich-politischen Organisationen der Vereinigten Staaten verbreiteten am Vorabend der Konferenz den Bericht "Namibia: Krise in der US-Politik gegenüber dem Süden Afrikas", in dem sie die Schuld für die anhaltende Besetzung Namibias neben der RSA auch der US-Administration gaben.

Die Pariser Konferenz war ein bedeutender politischer Sieg des Volkes von Namibia. Auf ihr wurden einstimmig eine politische Deklaration sowie ein Aktionsprogramm angenommen. Diese Dokumente verstärkten und konkretisierten die Namibia-Beschlüsse der VII. Konferenz der Nichtpaktgebundenen von Delhi. Einhellig wurde Pretoria wegen der anhaltenden Besetzung Namibias und der Aggressionsakte gegen die Frontstaaten, vor allem Angola, verurteilt. In den Konferenzbeschlüssen wurde das legitime Recht des Volkes von Namibia bekräftigt, für seine Unabhängigkeit mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Aktionen, zu kämpfen. Die Konferenzteilnehmer wiesen entschieden die Versuche der USA und der RSA zurück, die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola zu verknüpfen, und qualifizierten das als massive Einmischung in dessen innere Angelegenheiten.

Die Anerkennung der SWAPO als legitimen und einzigen Vertreter des Volkes von Namibia, die Erringung seiner vollen und wahren Unabhängigkeit auf der Grundlage der Bewahrung der Einheit und der territorialen Integrität des Landes, die Entlarvung aller Versuche, die neokolonialistische Variante einer Lösung der Namibia-Frage hinter dem Rücken der Patrioten durchzuziehen, die Verurteilung aller verdeckten Machenschaften der imperialistischen Mächte — das ist die klare und konsequente politische Linie aller wahren Freunde Namibias.

S. BORISSOW

JOSEF SOURA AUS MILY

In Slany führen wir beim CKD-Slany-Betrieb vorbei, um Josef Soura mitzunehmen, und dann führen wir zur Poliklinik, wo Laduse, seine Frau, Schwester ist. Alle zusammen trafen wir die Fahrt ins Dorf Mily an, in dem die Souras wohnen. Ich war schon mehrmals in dem großen Mittelschleischischen Gebiet mit seinen Hüttenwerken, Maschinenfabriken und Gruben. Außerhalb des Städtchens dehnt sich aber eine wellige Ebene mit Baumbeständen und Seen.

Mily steht auf einer Anhöhe. Die Häuser bilden schnurgerade Zeilen und haben kleine Innenhöfe mit Gärten. Ein anheimelndes, gutgehaltenes Dorf, das seinem Namen alle Ehre macht — Mily bedeutet lieb.

Bei Soura empfängt uns sein Sohn Ivan. Er ist unlängst von einer Fachschule abgegangen und arbeitet im selben Betrieb wie der Vater. Die Tochter hat schon Familie und wohnt in der Stadt. Nachdem sich Josef umgekleidet hat, kommt er an den Tisch. Er ist 53, von mittlerem Wuchs und stämmig, sein Gesicht ist braun, und er hat lebhafte schwarze Augen. Bedächtig führt er ein ernstes Gespräch und flicht gern mal einen Scherz ein. Während er schäumendes Bier ausschenkt, sagt er, bei jeder Heimkehr aus dem Ausland — er war als Tourist in der UdSSR, Jugoslawien und Italien — nehme er auf der Grenzstation zuerst einmal ein gutes tschechisches Bier. "Da fühlt man sich doch gleich zu Hause."

Josef zeigt uns ein Foto seiner Eltern. Sie wohnen im selben Dorf. In ihrer Jugend verdingte sich die Mutter beim Gutsbesitzer. Der Vater fuhr mit 14 in die Grube ein. Er hat 40 Jahre in Gruben von Slany und Kladno gearbeitet. In der bürgerlichen Republik litt die Familie nicht gerade Not, aber wohlhabend war sie auch nicht. Als Junge verkaufte Josef im nahen Städtchen auf dem Markt Beeren und Pilze, um den Eltern zu helfen. Zur Schule mußte er einige Kilometer weit barfuß laufen, um die Schuhe zu schonen.

Vor 41 Jahren

Ich höre ihm zu und denke, wie früh er nach heutigen Begriffen reif wurde. Mit 17 trat er der Kommunistischen Partei bei. Das war 1947, ganz am Anfang des Aufbaus der neuen Tschechoslowakei. Natürlich war es ihm in seiner Kindheit nicht entgangen, wie schwer es die Familie hatte. Auch die ganze Atmosphäre

in Mily wirkte auf ihn. Die meisten Einwohner waren Bergarbeiter. War es aber nur das? Als hätte er meinen Gedanken erraten, erzählt er von den Jahren der Okkupation und von Lidice, das nicht weit ist.

In einem Raum des Nationalkomitees von Lidice hängt ein Gobelin. Eine Schar schwarzer Vögel stößt, in einem unheimlichen Flammenschein getaucht, auf weiße Tauben nieder. Von tschechoslowakischen Frauen angefertigt, symbolisiert die Darstellung die Tragödie dieses Dorfes.

Anna Rohlova, Mitglied des Nationalkomitees, erinnert sich an den schrecklichen 10. Juni 1942. Die Nazis drangen in die Häuser der schlafenden Dörfler ein, trieben die Frauen mit den weinenden Kindern zur Schule und nahmen die Männer mit. Damals sahen die Frauen ihre Männer zum letzten Mal. Im Morgengrauen wurden sie selbst mit den Kindern abtransportiert.

Erst als Anna nach dem Krieg aus Ravensbrück heimkehrte, erfuhr sie vom Schicksal des Dorfs und seiner Bewohner. Damals erschossen die Nazis, nachdem sie die Frauen fortgebracht hatten, 173 Männer, von denen der älteste — Emanuel Kovarovsky — 84 und der jüngste — Josef Hronik — kaum 15 Jahre alt war. Bald darauf holten sie noch einige und richteten sie hin. Ein Teil der Kinder, die die Nazis den Müttern fortnahmen, wurden im KZ Chelmno in Polen vergast. Die Nazis ermordeten 199 erwachsene Einwohner von Lidice und 88 Kinder. Das Dorf machten sie dem Erdboden gleich, sprengten alle Häuser in die Luft und verschonten auch die 590 Jahre alte Martinskirche nicht.

Mit Anna Rohlova steigen wir den vom Nieselregen nassen Hang zum Museum hinauf. Alle Wände sind voller Fotos von Lebenden und Toten. Frische Gesichter, kräftige Männer und dann ihre Leichen an der Richtstatt. Von einem Foto sehen uns Schulkinder an. Es wurde vor den großen Ferien gemacht. Fast alle diese Kinder wurden ermordet. Und da ein Mädchen mit erhobener Schwurhand. Es ist Marie Dolezalova. Sie wurde nach Poznan verschleppt und zu einer Familie namens Schiller gegeben. Diese nannte sie Ingeborg. Sie wurde 1946 ausfindig gemacht. Das Foto zeigt sie bei der Zeugenaussage vor dem Nürnberger Gerichtshof.

Der Regen hat aufgehört, der Platz vor dem Museum liegt in strahlender Sonne da. Seitwärts und unten sieht man Wiesen

mit Baumgruppen. Bis zum 10. Juni 1942 lag dort sechs Jahrhunderte lang Lidice. Eine Skulptur, eine Frau mit einer Rose in der Hand, deutet auf die Richtstatt. Auf dem Grab der Hingerichteten steht ein kleines Denkmal. Ursprünglich sollte es ein großartiges Monument werden, aber man entschied sich anders. Den überlebenden Einwohnern von Lidice ist gerade dieses schlichte Denkmal so teuer, denn es ist für Spenden sowjetischer Soldaten aus der Einheit des Helden der Sowjetunion, Oberst Pankow, gleich nach der Befreiung der Tschechoslowakei gebaut worden.

Dreihundert Meter von dem vernichteten Dorf entfernt ist ein neues entstanden. Am Gebäude des Nationalkomitees, dessen Vorsitzende die uns vom Foto im Museum bekannte Marie Dolezalova-Supikova ist, sehen wir eine Gedenktafel mit der Inschrift "Lidice wird leben." Die Tafel haben die Bauarbeiter eingemauert, die als erste auf den Aschenhaufen kamen. Kurz darauf entstanden bequeme und gemütliche Wohnhäuser. Jetzt hat Lidice 500 Einwohner, ebenso viele wie vor der Tragödie.

Anna Rohlova bedauert, daß die Rosen noch nicht blühen. In Lidice ist ein Garten der Freundschaft und des Friedens angelegt worden. Die Rosenstöcke stammen aus Oradour, Coventry, Stalingrad, Hiroshima, Nagasaki, Kragujevac, aus Städten Dänemarks, Indiens, der USA usw. Aus denen, die das tragische Geschick von Lidice teilten, aber auch aus solchen, die der Krieg verschonte. Sie sind im Gedenken an die Opfer des Faschismus eingeschickt worden, als Symbole des sieghaften Lebens und als Zeichen der Treue zum heiligen Friedenswerk.

Erziehung der Gefühle

Das alles kam aber erst viel später. Solange Krieg war, schienen die Greueltaten der Besatzer kein Ende nehmen zu wollen. Die tschechoslowakischen Patrioten waren von Schmerz und Zorn über die Leiden des Volkes erfüllt. Das waren für den jungen Josef Soura Lehrjahre, Jahre der Erziehung zu Patriotismus und Staatsbewußtsein.

Großvater Soura und seine Frau versteckten bei sich zwei geflohene sowjetische Kriegsgefangene. Josef erfuhr zufällig davon. Abends ging er zu einer alten Verwandten, die auf dem Dachboden ein Rundfunkgerät versteckt hatte, und hörte Moskau. Einmal stieß er da auf die sowjetischen Soldaten. Der eine hieß Nikolai, den Namen des anderen hat Josef vergessen. Sollten die beiden noch am Leben sein, so werden sie sich vielleicht des Jungen aus Mily erinnern, der ihnen in schwerer Zeit, so gut er eben konnte, half.

Die Besatzer hielten Mily unter strikter Kontrolle. Sie hatten in den Wäldern ringsum Munitionsmagazine. In der Nähe operierte ein Partisanenverband sowjetischer Soldaten, die Nazilager entkommen waren. Die Nazis merkten, daß manche Dorfbewohner Verbindung mit dem Verband hatten. Als der Zusammenbruch Hitlerdeutschlands nahte, wurden die Besatzer nervös. Im Dorf ging das Gerücht um, daß die Gestapo Haussuchungen machen werde. Nikolai und sein Kamerad mußten gerettet werden. Josef führte sie zu einem verlassenen Unterstand im Wald und merkte sich eine in der Nähe wachsende Kiefer. Bei ihr legte er Bündel mit Essen hin.

Die Menschen erlebten den Tag der Befreiung vom Faschismus verschieden: Die Prager denken dabei an die

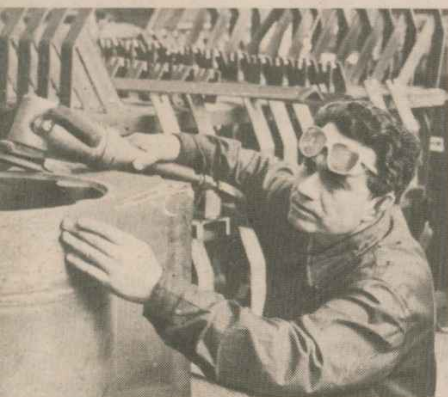


Foto: CTK

Panzerschützen General Rybalkos, die, ohne von den Gefechten in Berlin gerastet zu haben, dem aufständischen Prag zu Hilfe gekommen und am 9. Mai im Morgengrauen in die Stadt einmarschiert waren. Für viele slowakische Dörfer war der große Tag dadurch gekennzeichnet, daß die Partisanen aus den Bergen kamen. Zu den Souras kam der Tag der Befreiung in Gestalt des uniformierten, übers ganze Gesicht strahlenden Nikolai. Er kam nur auf einen Sprung vorbei, um Abschied zu nehmen.

Vor 35 Jahren

Der Lebenslauf des Arbeiters verschmilzt mit dem neuen der Republik. Soura erzählt aus seinen Erinnerungen von Ereignissen, die seine Weltanschauung und Charakterbildung beeinflusst haben. Für ihn wie für viele seiner Landsleute war es das Geschehen vom Februar 1948. Er hatte die Schule schon hinter sich und arbeitete in einer kleinen Werkstatt. Deren Besitzer, der alte Karel Krob, trat 1945 der KP bei und überließ seinen Betrieb dem Staat.

Zu der Zeit gab es in Mily schon 50 KP-Mitglieder. Die Leute beobachteten sorgenvoll die Entwicklung im Land. Neues erfuhren sie gewöhnlich abends von Frantisek Karas, der in Kladno im Hüttenwerk arbeitete. Wenn er Nachtschicht hatte, dann radelte er morgens noch einmal die 30 km nach Kladno und holte für die Dörfler die "Rude Pravo". Als klar war, daß die Bourgeoisie aufs Ganze ging und entschlossen war, die Regierung Klement Gottwalds zu stürzen und einen konterrevolutionären Putsch zu machen, zogen Arbeiter aus Kladno und anderen Flecken des Mittelschleischen Gebiets nach Prag, auch Krob. Josef Soura erzählt, wie der alte Meister die Rolle schilderte, die die Arbeiterklasse bei diesen Vorgängen gespielt hat.

Damals, im Februar, wuchsen die Arbeitermilizen in den Prager Betrieben immer mehr an. Sie hatten am 23. Februar schon 15 000 Mitglieder, bewachten die Betriebe, sorgten für die öffentliche Ordnung und mußten notfalls dem Nationalen Sicherheitskorps zu Hilfe kommen.

Gegen Mittag hielten vor den 12 größten Betrieben verdeckte LKWs mit Waffen. Die Partei bewaffnete die Arbeiter. Jedes Mitglied einer Sicherheitseinheit bekam eine MPi oder ein Gewehr mit 30 Patronen. Am 24. Februar marschierten die Arbeitermilizen in Prag nicht nur mit ihren roten Armbinden, sondern auch mit Waffen auf.

Am 25. Februar versammelten sich die Werktätigen Prags frühmorgens auf dem Wenzelsplatz. Das war eine großartige Manifestation der Arbeiterklasse. Den Platz und seine Anfahrtsstraßen füllten 250 000 Menschen. Es sprach Klement Gottwald. Er gab bekannt, daß der Anschlag der Bourgeoisie auf die volksdemokratische Ordnung abgeschlagen worden war. Von den Waffen hatte man keinen Gebrauch machen müssen, die reaktionären Kräfte waren der geeinten machtvollen Arbeiterklasse gewichen.

"Karel Krob hat mir viel bedeutet", sagt Josef Soura. "Sein Einfluß hat dabei mitgesprochen, welchen Weg ich eingeschlagen habe. Der alte Meister sagte zu uns jungen Leuten, wir müßten in die großen Betriebe gehen."

Im Betrieb und zu Hause

Die CSSR ist für die Erzeugung feinsten elektronischer Geräte bekannt. In den einschlägigen Betrieben und Labors herrscht peinliche Sauberkeit. Die Leute arbeiten in weißen Berufskitteln. Das ist eine industrielle Miniwelt für sich. Kommt man aber in die CKD-Slany-Werke, dann sieht man sich auf einmal in einer großen Industriewelt.

Bevor wir Josef Soura nach Mily — nach Haus — begleiten, führt er uns im Betrieb herum. Da kennt ihn jeder, nicht nur, weil er Held der sozialistischen Arbeit ist. Er steht schon 30 Jahre in diesem Betrieb.

Riesige Betriebshallen, unter deren Deckengewölbe sich Brückenkräne hin und her bewegen. Die massigen Werkzeugmaschinen sehen hier fast wie Spielzeug aus. Dementsprechend sind auch die Erzeugnisse des Betriebs: Metallkonstruktionen für Bauten, Portalkräne für Container, Förderkörbe usw.

Soura bleibt vor einem gelbgestrichenen abfertigungsbereiten Hebekran der Serie stehen, die für Hüttenbetriebe gebaut wird. Der Kran ist 5 m hoch und wiegt 20 t. Er faßt weißglühende, 30 t schwere Schmiedestücke und schwingt sie wie spielend vom Schmelzofen auf die Walzstraße hinüber.

Die junge Schlosserbrigade, die Soura leitet, baut Förderkörbe, für das eigene Land und für andere RGW-Länder.

"Leicht ist die Arbeit nicht", setzt Soura das Gespräch zu Hause fort. "Wir haben es mit großen, schweren Konstruktionen zu tun. Manchmal zittern einem bei Schichtwechsel die Hände. Ich wünsche mir aber keine andere Arbeit. Man hat mich aufgefordert, die Leitung des Betriebsrats zu übernehmen, ich habe aber abgelehnt."

Doch ehrenamtliche Arbeit hat Soura genug, nicht nur im Betrieb. Er ist ein rastloser Mensch und leitet im Dorf einen Trupp von Milizhelfern, Ordnungshütern. Weiter gehört er zur freiwilligen Feuerwehr. In den Wäldern um Mily kommen Brände vor. Viel zu tun hat Soura auch im örtlichen Imkerverein.

Wir gehen in den Garten, da sind Gemüsebeete und ein paar Obstbäume. Soura hält auch Hühner. Man sieht, er versteht sich aufs Wirtschaften. Er hat sich sogar einen Minitraktor gebaut, obwohl er nur eine winzige Parzelle hat. Ganz hinten sind Bienenstöcke aufgestellt.

"Hier ist Josef im Sommer am liebsten", sagt Frau Laduse. "Er setzt sich gern bei den Bienenstöcken ins Gras und hört dem Summen der Bienen zu."

Für uns ist es Zeit aufzubrechen. Josef und Laduse begleiten uns vor die Zauntür.

Sein Haus und dann auch das ganze Dorf verschwinden allmählich in der dichter werdenden Dämmerung. In Gedanken sind wir aber immer noch in Mily. Vielleicht kommen wir einmal wieder und können Josef Soura mit den hier unter Genossen üblichen Worten begrüßen:

"Cest prace!" (Ehre der Arbeit!)

"Cest!"

I. TROFIMOWA
Eigenbericht

Slany--Prag--Moskau

„BRÜCKE“ ÜBER DIE OSTSEE

Die Insel Rügen, die im Norden an den Festlandteil der DDR stößt, sieht wie der Bug eines in die Ostsee stechenden Schiffs aus. Einst gehörte ein großer Teil von ihr dem Baron von Putbus. Dieser ließ 1945 sein Schloß und sein Jagdschloß zurück und floh nach Westdeutschland. Er wußte, daß er seinen Besitz auf Nimmerwiedersehen verließ, und gab Befehl, die Brücke in dem 3 km langen Damm zum Festland zu sprengen.

Auf der Insel befanden sich längs der Küste verstreute Fischerdörferchen und kleine Anwesen, deren Besitzer im Nazireich von den Junkern abhingen. Die von der neuen Macht vorgenommene demokratische Bodenreform veränderte das Leben der Inselbewohner von Grund auf. Die erste LPG entstand dort 1952, und jetzt besteht auf Rügen kein einziges Einzelanwesen mehr.

Mit seiner schönen Natur, seinem gesunden Klima und seinen Badestränden lockte Rügen von jeher Urlauber an. Heutzutage verleben Hunderttausende Bürger der DDR ihren Urlaub auf Rügen. Im Schloß und im Jagdschloß sind Ferienheime

eingerrichtet worden, und an der Küste entstehen immer neue.

Im Osten der Insel befinden sich die Prorer Bucht und das Städtchen Mukran. Vor einem Jahr ist in der

beschlossen wurde, die Fährstation gerade bei Mukran zu bauen", erzählt mir der Bauleiter, Rudolf Sickert. "Dank der Steilküste ist die Bucht windgeschützt, sie ist tief genug, und außerdem ist der nahe Bahnhof Saßnitz nicht so überfordert wie die Strecke Rostock-Berlin."

Der Fährkomplex wird sich 4,5 km weit hinziehen. Die Fähre wird



Nähe der Bau eines Hafens und einer Anlegestelle für eine Eisenbahnfähre angelaufen. Diese "Brücke" über die Ostsee wird Mukran mit dem sowjetischen Hafen Klaipėda verbinden. Sie ist das größte DDR-UdSSR-Integrationsobjekt im Bereich des Verkehrswesens.

Rügen empfindet mich mit Wind und Wetter, die dort keine Seltenheit sind. "Das ist ein Grund, warum

schwere Züge befördern. Von Mukran bis Klaipėda werden es 506 km sein.

"Die Idee, eine Fährverbindung zwischen der DDR und der UdSSR herzustellen, ist nicht neu", fährt Sickert fort. "Sie kam schon vor 20 Jahren auf. Die Transitstrecke zwischen unseren beiden Ländern durch Polen ist überlastet. In den letzten 10 Jahren allein wuchs der



Am 8. Mai feiert die DDR den Tag der Befreiung vom Faschismus. Vor 38 Jahren brachte die Sowjetarmee dem deutschen Volk die Freiheit.

Schon lange sind die vom Krieg geschlagenen Wunden auf dem Boden der DDR geheilt. Die Städte und Dörfer haben sich verändert. In den verschiedensten Bereichen sind die Erfolge der Republik, die seit fast dreieinhalb Jahrzehnten den Weg des Sozialismus geht, nicht zu verkennen. Von ihrem wirtschaftlichen Vorwärtkommen zeugt z. B. die Tatsache, daß sie unter die zehn höchstentwickelten Länder der Welt aufgerückt ist. Belief sich ihr Nationaleinkommen 1949 auf 24,1 Md. Mark, so überstieg es 1982 schon 200 Md. Bekannt sind die Leistungen der DDR in Wissenschaft, Kultur und Sport.



Das von ihr in einer geschichtlich kurzen Zeitspanne Erreichte und die Realität ihres Programms für die Zukunft lassen die Lebenskraft des Sozialismus auf deutschem Boden deutlich hervortreten.

Mit ihrem energischen Kampf für Frieden und Sicherheit hat sich die DDR weltpolitisches Ansehen erworben. Besonders ersprießlich ist ihre Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Mitgliedern der sozialistischen Ländergemeinschaft.

T A S S - F o t o s :

Der neue Kulturpalast in Dresden
In der Kaltwalzhalle des Hüttenkombinats "Ost"
in Eisenhüttenstadt

EINMALIGES WERK

Gesamtausgabe der Werke von Karl Marx und

Friedrich Engels in den Originalsprachen

Warenverkehr DDR-UdSSR auf mehr als das Dreifache an. Wie errechnet worden ist, wird die Beförderung der Waggonen auf dem Seeweg viel billiger kommen. Sie wird bei einem Jahresumschlag von 5,3 Mio t eine ganz schöne Ersparnis ergeben."

Der größte Teil des Güterzugverkehrs zwischen den beiden Ländern wird sich über die Fähre abwickeln. Jedes der sechs fast 200 m langen Fährschiffe wird Dutzende von Waggonen aufnehmen können. Eine doppelstöckige Anlage stellt die doppelte so schnelle Verlade- und Löscharbeiten ermöglichen. Die Fahrt zwischen Mukran und Klaipeda wird 20 Stunden dauern. Auf dem Landweg dauert der Gütertransport dreimal so lange. Alle acht Stunden wird ein Fährschiff die beiden Häfen anlaufen.

Jetzt sind in Mukran 1200 Bauarbeiter eingesetzt, und Mitte nächsten Jahres werden es über 3000 sein. Der Bau ist zum Jugendobjekt erklärt worden. Daran arbeiten junge Menschen aus allen Teilen der DDR. Für sie wird ein Heim mit 1000 Plätzen fertiggestellt. Auch sollen in nahen Dörfern und in der Kreisstadt Bergen neue Wohnhäuser gebaut werden.

Im Anfangsstadium galt das Hauptaugenmerk den Vorarbeiten: dem Chausseebau und dem Heranführen der Wasser- und der elektrischen Leitung. Dieses Jahr beginnt der Bau zweier Molen und Schienenstränge. Auf dem künftigen Güterbahnhof sollen 60 km Schienen gelegt werden. Die erste Baufolge der Fährverbindung wird 1986 ihrer Bestimmung übergeben, und der ganze Bau wird wahrscheinlich 1990 fertig.

Die Jugend auf dem Bau arbeitet fleißig und bringt ihre Freizeit erholungsreich zu. Es gibt da Zirkel für Holzschnitzereien, Gemeinschaften für Turnen und Boxen und eine Fußballmannschaft. An ihren arbeitsfreien Tagen fahren die Bauarbeiter aufs Festland zu Führungen und um ins Theater zu gehen.

"Unsere Arbeiter und Ingenieure sind begeistert bei der Sache", schließt Sickert. "Sie wissen, wie wichtig dieser Bau für die weitere Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist."

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Rügen--Berlin

Das Interesse für das Leben, Wirken und für den wissenschaftlichen Nachlaß von Marx und Engels ist heute in der ganzen Welt so rege wie nie so anziehend wie eben jetzt. Sie veralten nicht, was allerdings für die gedruckten Werke nicht zutrifft. Sorgfältigst in Archiven aufbewahrt vergilben sie, Quellen von Seltenheitswert, die Marx und Engels beim Schreiben ihrer Werke benutzten, gehen verloren, und keine der bisherigen Ausgaben konnte die so entstehenden Lücken restlos ausfüllen. Zwar sind die 1981 in der UdSSR fertiggestellte 50bändige zweite Ausgabe der Werke von Marx und Engels und die in der DDR erschienene deutsche Ausgabe bisher die vollständigsten der Welt, sie umfassen aber doch nicht den ganzen Nachlaß der Klassiker des Marxismus. Sie können auch nicht in vollem Umfang als Grundlage für Übersetzungen dienen: Selbst die in der deutschen Ausgabe enthaltenen Texte wurden nur zu etwa 65% deutsch geschrieben, die übrigen aus dem Englischen, Französischen, Lateinischen, Altgriechischen, Russischen und anderen Sprachen übersetzt. Das hervorragende Werk "Das Elend der Philosophie" schrieb Marx in vorzüglichem Französisch, und Engels konnte sich in 20 Sprachen verständigen. Beide waren Polyglotte.

Um den Nachlaß von Marx und Engels den kommenden Generationen in aller Welt zu erhalten, mußte man eine grundsätzlich andere, weit aus vollkommene und vollständige Ausgabe schaffen. So entstand das großartige wissenschaftliche Projekt, das in einigen ausländischen Presseorganen die "Publikation des Jahrhundert" genannt wurde: die Marx-Engels-Gesamtausgabe in den Originalsprachen, abgekürzt MEGA.

Erst nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland konnte erstmalig eine umfassende Neuausgabe der bekannten und Ausgaben der bis dahin unbekannten Werke und Briefschaften der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in An-

griff genommen werden. Das in Moskau zu Anfang der 20er Jahre auf Lenins Initiative ins Leben gerufene Marx-Engels-Institut entwickelte sich zu einer wahrhaft internationalen Marx-Forschungszentrale. Ebenfalls in den 20er und in den 30er Jahren wurde versucht, die MEGA herauszugeben und darin den gesamten ideologischen Nachlaß der Begründer des Marxismus möglichst genau und systematisiert zu erfassen.

Das Sammeln von Originaldokumenten oder Fotokopien und das Ergänzen der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus mit Ausgaben, die Marx und Engels benutzten oder benutzt haben konnten, dauerte Jahrzehnte und trug Früchte. Die Arbeit an der ersten (1928-1947) und zweiten (1954-1981) russischen und an der erwähnten deutschen Ausgabe der Werke ermöglichte es, in der UdSSR und später auch in der DDR qualifizierte Kräfte heranzuschulen und beim Studium des Lebens und Wirkens von Marx und Engels ansehnliche und allgemein anerkannte Erfolge zu erzielen.

Von Ende 1960 bis jetzt sind schon 12 Bände (18 Bücher) der MEGA erschienen. Bis Ende 1983 kommen noch drei Bände heraus, jeder zweiteilig (jeder Teil getrennt gebunden). Sie enthalten den Autorentext, dem ein redaktionelles Vorwort und ein Apparat vorangestellt sind, der genauen Aufschluß über die Entstehungsgeschichte der veröffentlichten Texte gibt und ausführliche Anmerkungen, Quellenangaben, Namen- und Sachregister umfaßt. Ein besonders wichtiger und aufschlußreicher Teil dieses Vorstands ist eine Zusammenstellung von Varianten. Sie zeigt alle Korrekturen auf einzelnen Seiten, in Absätzen und Sätzen und gibt ein klares Bild von der gründlichen Gedankenarbeit der Autoren und ihrem Bestreben, beim Umarbeiten oder Redigieren der Manuskripte von Artikeln, Broschüren und Büchern größte Präzision zu erzielen.

Die MEGA soll mindestens 100 Bände und vier Teile haben. In jedem Teil sollen die Bände selbständig von

den anderen Teilen numeriert sein. Teil I umfaßt alle geschichtlichen, philosophischen und publizistischen Werke, Teil II "Das Kapital", Teil III den Briefwechsel von Marx und Engels, Teil IV Konzepte, Auszüge, Randbemerkungen und anderes Arbeitsmaterial.

Was macht die MEGA so wertvoll? Vor allem die einmalige Vollständigkeit und Genauigkeit des Schriftens- und Briefnachlasses der Klassiker des Marxismus. So enthalten allein die schon erschienenen Bände von Teil I Erstdrucke früher "literarischer Versuche" von Marx auf mehr als 400 Seiten: Verse, Fragmente eines unvollendeten Dramas und Romans, unlängst in einer Kölner Bibliothek aufgedundene vier Leitartikel für die "Neue Rheinische Zeitung". Teil II enthält erstmalig ein sechs Bücher umfassendes vollständiges Manuskript in der Originalsprache "Zur Kritik der politischen Ökonomie (1861--1863)" — die zweite Autorenvariante des "Kapitals". Ein unstreitiger Vorzug von Teil III ist es, daß darin neben den Briefen von Marx und Engels auch solche dritter Personen an sie und sogar der Teil des Briefwechsels zwischen Verwandten, Kampfgefährten und Freunden enthalten ist, in dem sonst nicht erhalten gebliebene Ansprüche von Marx und Engels dargelegt sind. An solchen Briefen werden

etwa zweieinhalbmal so viele wie Briefe der beiden Klassiker selbst erscheinen.

Ein Glanzstück der Ausgabe wird Teil IV, dessen erster und zweiter Band schon erschienen sind. Der Leser erfährt, wie Marx und Engels durch Lesen von Werken anderer Autoren, durch Konspektieren, Auszüge und ihre Systematisierung eine Unmenge von Schriften verarbeiteten und alles daraus entnahmen, was ihnen später als Bausteine für die marxistische Lehre diente.

Die MEGA stellt demnach eine qualitativ neue Art dar, den Nachlaß der Begründer des Marxismus zu erforschen und zu publizieren. Die wissenschaftlichen Anhänge und Register werden ein wahres Lexikon der Entwicklungsgeschichte und der Verbreitung des Marxismus im 19. Jahrhundert darstellen.

Die schon erschienenen Bände waren in vielen Ländern Europas, Amerikas und Asiens schnell vergriffen und sind von Forschern sehr hoch bewertet worden, ja sie haben eine weite, starke Resonanz gefunden. Das ist auch begreiflich. Die theoretischen Entdeckungen und Auswertungen von Marx und Engels, deren Richtigkeit die neuzeitliche Geschichte bestätigt hat, gehören der ganzen fortschrittlichen Menschheit.

A. TSCHEPURENKO

WISSENSCHAFTLICHES FORUM

Die Gefahr eines Nuklearkrieges von der Menschheit abzuwenden, ist die Hauptaufgabe der Weltöffentlichkeit. Die für alles Leben auf Erden tödliche Gefahr eines globalen Konfliktes, den die aggressiven Kreise des Imperialismus vorbereiten, ist den Wissenschaftlern dank ihrer Kompetenz besonders deutlich. Die sowjetischen Wissenschaftler empfinden tiefe Besorgnis um die Zukunft der Menschheit. Die wissenschaftliche Öffentlichkeit der UdSSR hat die Initiative ergriffen, eine Unionskonferenz der Wissenschaftler zu den Fragen des Friedens und der Verhinderung eines Nuklearkrieges durchzuführen.

Wie auf der Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten (27. April, Moskau) mitgeteilt wurde, wird dieses Forum vom 17. bis 19. Mai in der sowjetischen Hauptstadt stattfinden. Auch die Teilnahme namhafter Wissenschaftler aus dem Ausland wird erwartet. Fragen der Konsolidierung der internationalen Sicherheit, der Zügelung des Wettrüstens und der Abrüstung in der ganzen Welt, vor allem in Europa, soll die besondere Aufmerksamkeit gelten. Sind ja gerade dort starke Militärpotentiale der einander gegenüberstehenden militärisch-politischen Gruppierungen konzentriert, wird ja dort die Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen vorbereitet.

Bei ihrem Treffen werden die Wissenschaftler die biologischen, medizinischen und ökologischen Folgen eines Nuklearkonfliktes gründlich analysieren. Auch die sozialökonomischen Aspekte des Wettrüstens, das enorme materielle und intellektuelle Ressourcen verschlingt, sind Konferenzthema. Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie sowie Mittel und Wege für eine Konversion der Rüstungsindustrie sollen erörtert werden.

Die bevorstehende Konferenz zeigt konkret das aufrichtige Streben der sowjetischen Wissenschaftler, der Menschheit eine friedliche Zukunft zu gewährleisten.

W. KSEININ

Einen ägyptischen Geschäftsmann traf, als er schon in der Nähe seines Büros in Suez war, ein Herzschlag. Kurz zuvor hatte er von seinem Ruin erfahren. Das ganze Eigentum des Verstorbenen, geschätzt auf 350 000 ägyptische Pfund, hatte sich Esmat Sadat angeeignet.

Der Geschäftsmann von Suez fiel einem Menschen zum Opfer, mit dem es aufzunehmen nutzlos, ja gefährlich war. Handelte es sich doch um den Bruder des Präsidenten Anwar Sadat. Esmat war gewohnt, sein Ziel zu erreichen, selbst wenn dazu Erpressungen, Drohungen und Fälschungen nötig waren. Stets führte er dabei den Namen seines machtvollen Verwandten ins Treffen.

Jetzt sitzt Esmat Sadat hinter Schloß und Riegel, die Untersuchung geht inzwischen weiter, die Fäden führen von ihm zu seinen Komplizen und Schutzpatronen.

Hinterm breiten Kreuz

Die Politik der offenen Türen (arab.: Infitah) ließ in Ägypten eine ganze Schicht Neureicher auf den Plan treten. Einer der ersten solcher Millionäre war Esmat Sadat.

Den Weg zum Reichtum eröffnete ihm die Infitah-Politik. Unter Nasser lebte er ziemlich bescheiden. Mitunter mußte er sich mit kleinen Betrügereien weiterhelfen. Einmal überführte man ihn der Nutzung eines ungedeckten Schecks. Bis 1973 war er Busfahrer. Aber der kleine Verkehrsangestellte hatte hochfliegende Pläne. Er wollte Millionär werden, koste es, was es wolle. Bei der Realisierung dieses Traums half ihm sein Bruder, der Präsident, als er die Privatunternehmer zu fördern begann. Esmat witterte Morgenluft. Er war jetzt kein Fahrer, vielmehr ein Unternehmer und konnte schon im ersten Jahr ein Bankkonto von 5 Mio Dollar sein eigen nennen. Im Jahre 1978 stieg dieser Betrag auf das 10fache. Noch ein paar Jahre später besaß Esmat schon 75 Mio. Alles sah durchaus ehrbar aus. Esmat stand 5 Import-Export-Gesellschaften vor und hatte den Ruf eines prosperierenden Kaufmanns.

Dank Infitah kam auch ein gewisser Rashid Osman auf den grünen Zweig. Der einstige Lastträger im Zollamt des Hafens von Alexandria hatte in drei Jahren fast 100 Mio zusammengepekelt. Nebenbei ließ er sich vom Gouvernorat Alexandria ins ägyptische Parlament wählen.

Die beiden fanden eine gemeinsame Sprache und Gefallen an gemeinsamen Transaktionen. Sie kauften im Ausland Waren und verkauften sie dem Staat zu höheren Preisen. Für ein Butterbrot kauften sie Hunderte Fässer ranziger Toma-

INFITAH-MILLIONÄRE

tensoße und Tausende kaputte Akkus und stießen sie mit dreimaligem Zuschlag ab. Esmats großer Coup war der ungeachtet der Proteste der Inspektion getätigte Verkauf von 240 t angefaultem Fleisch aus Spanien. Und immer wieder trumpfte er damit auf, er könne ja seinen großen Bruder anrufen.

Manchmal ließen Esmat und Rashid die angekaufte Ware lagern, bis eine neuerliche Preiserhöhung oder eine Verknappung eintrat. Auf diese Weise verkauften sie eine große Partie von Baustoffen zu einem Preis, der 5mal so hoch wie der ursprüngliche war. Sie scheuten auch vor dem Rauschgifthandel, der in Ägypten wie übrigens überall als schweres Delikt gilt, nicht zurück.

In Alexandria gründete Esmat den Stab einer verbrecherischen Bande, in die er auch seine drei Söhne einbezog. Im Visier waren ägyptische Geschäftsleute, die im Hafen von Alexandria wirkten. Er sammelte kompromittierende Angaben über sie und erpreßte sie dann. Wer nicht nachgiebig genug war, dem drohte er — wiederum unter Berufung auf seinen Bruder. Falls Konkurrenten auftauchten, stießen Esmat und seine Leute sie mit der Drohung, sie umzulügen, aus der Jacke.

Die Präntionen des Neureichen nahmen zu. Da beschlossen israelische Geschäftsleute, sich seine Gier zunutze zu machen. Der Korrespondent der PLO-Zeitschrift "Philyastin Al-Thawrah" meldete aus Kairo, nicht ohne Dazutun des israelischen Geheimdienstes hätten Geschäftsleute aus Tel Aviv Verhandlungen mit Esmat über die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit einem Kapital von 1 Md. Dollar aufgenommen.

So ging das bis zum 6. Oktober 1981, als Präsident Anwar Sadat ermordet wurde.

Die sanfte Themis

Am 6. Oktober gedenken die Ägypter Sadats und zugleich des Beginns des Oktoberkriegs von 1973. Im vorigen Jahr, als sich Verwandte des verstorbenen Präsidenten und Regierungsmitglieder an seinem Grab versammelten, kam Esmat Sadat neben Präsident Mubarak zu stehen. Dieser blickte ihn kühl an und sagte: "Esmat, du stinkst in ganz Ägypten." Dann fügte er hinzu, um jede Unklarheit zu beseitigen: "Ich habe genug. Ich werde deine Korruptionsaffären nicht mehr dulden."

Esmat verstand, daß er ausgespielt hatte. Obigens gab es Anzeichen dafür schon gleich nach dem Mord an Anwar

Sadat. Vier Tage danach, am 10. Oktober 1981, wurde Esmat die Ausreise aus Ägypten untersagt. Drei Monate später kam sein Komplize Rashid Osman hinter Gitter. Esmat beschloß, seine Machenschaften erst einmal einzustellen, und liquidierte als erstes seine Immobiliengesellschaft.

Die Worte des neuen Präsidenten waren keine leere Drohung. Am 19. Oktober 1982 wurde Esmat Sadat in seinem und seines Bruders Heimatdorf Mit Aboulkom, wo er ein Haus hatte, verhaftet, gerade als er drei Koffer voller Juwelen eingraben wollte. Am Tag darauf wurden seine drei Söhne verhaftet, als sie in verschiedenen Banken große Beträge abhoben, um sie ebenfalls in Schmuck anzulegen, den man bei eventueller Verhaftung leichter verbergen konnte.

Zuerst verfügte die Untersuchung über recht spärliche Materialien. Esmats Opfer hatten Angst vor ihm. Doch als sie sahen, daß die Justiz es ernst meinte, packten sie aus. Einer der Zeugen, ein hochgestellter Regierungsbeamter, sagte aus, er sei "aus Angst vor dem Namen Sadat" allen von Esmats gesetzwidrigen Forderungen nachgekommen.

Der Strom von Zeugenaussagen nahm lawinenartig zu. Oberdies wurde Rashid Osman, der sein Jahr nicht einmal abgesehen hatte, auf freien Fuß gesetzt. Das Verhältnis zwischen beiden Partnern war schon vor der Verhaftung unterkühlt. Deshalb trat Osman bereitwillig gegen Esmat auf und erklärte, dieser sei kein Kaufmann, sondern ein Schieber gewesen. Dank seinen Familienbeziehungen habe er günstige Verträge erhalten und sie an "seine Leute" — selbstverständlich nicht umsonst — weitervergeben.

Insgesamt wurden gegen Esmat 60 Anklagen erhoben, wobei mehrere davon seine vier Frauen und 5 von seinen 15 Kindern betrafen.

Während die Untersuchung im Gange war, wurden 21 Kommissionen aus etwa 100 Personen gegründet, um Esmats über 7 ägyptische Provinzen verstreutes Vermögen zu überprüfen und zu beschlagnahmen. Der Bericht der Kommissionen bildete mehrere Konvolute. Sein Vermögen wurde auf 124 Mio ägyptische Pfund bewertet. Seine Ländereien, die früher größtenteils dem Staat gehörten, kosten 63 Mio und seine Autos 5,5 Mio Pfund. Ihm gehörten Dutzende Villen und Wohnungen. Die Fläche einer solchen Wohnung, in der Pyramidenstraße in



Esmat Sadat unter Bewachung. Ach, wenn der Bruder noch am Leben wäre...

Foto aus:
"Philyastin Al-Thawrah" (PLO)

Kairo, maß 2200 Quadratmeter. Groß war die Verwunderung der Kommission, als im Haus des Angeklagten in Mit Aboulkom ein Waffen- und Munitionslager, ganz wie bei der Mafia, entdeckt wurde.

Ganz Ägypten verfolgte den Prozeß. Die einfachen Ägypter, die schon viele Affären und große Korruptionsfälle der Infatih-Jahre hinter sich hatten, fragten sich, ob denn nun wirklich die Zeiten der Gerechtigkeit und Demokratie angebrochen seien.

Im Februar wurde schließlich das Urteil gefällt. Das Familienoberhaupt und drei von seinen Söhnen wurden zu je einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt. Das Kapital Esmats und das seiner nächsten Verwandten wurde beschlagnahmt.

Wie wir sehen, zeigte sich die Themis in Kairo diesmal von ihrer sanften Seite.

Und andere...

Die Pariser Zeitschrift "Jeune Afrique" schreibt, schon unter Anwar Sadat habe Mubarak, damals Vizepräsident, wenig für die ihm viel zu unternehmungslustigen Verwandten des Präsidenten übrig gehabt. Seinerzeit hinderte er Esmat am lukrativen Import von US-Waffen. Dem Halbbruder des Präsidenten, Tallat, verteilte er den Ankauf eines Grundstücks im Zentrum Kairs, wo die Bodenpreise zusehends wuchsen.

Erst nach Anwar Sadats Tod sickerten Nachrichten über die Mißbräuche seiner Verwandten in die Presse.

Offenbar nahm nicht nur Esmat die uneingeschränkte Handlungsfreiheit wahr, um sich zu bereichern. Die Gattin des Präsidenten, Jihan Sadat, galt immer als der Inbegriff aller Tugenden. Besonders hoch gepriesen wurde der von ihr aus freiwilligen Spenden gestifteter Fonds "Al-Wafa wal-Amal", bestimmt für Kinder mit angeborenen Körperfehlern und für Kriegsinvaliden von 1973. Nun beschwerten sich die Kriegsinvaliden im vorigen Jahr darüber, daß ihnen überhaupt nicht geholfen wird. Nur 400 Personen standen unter Madame Sadats mildtätigem Schutz — eine verschwindend geringe Zahl, gemessen an den Spenden. Selbst Rashid Osman verklagte sie, nachdem er seine Frist abgebußt hatte, und verlangte die Rückerstattung von 15 000 Pfund, die er unter Zwang zum Fonds der "Wohlfahrts"-Gesellschaft beitragen mußte. Es gab viele solcher Spender. Allein im Rahmen des amerikanischen Hilfsprogramms wurden dem Fonds 10 Mio zugeführt. Was ist aus dem Geld geworden? Gegenwärtig wird verlangt, daß Madame Sadat dem Staat eine Villa im Kairoer Vorort Giza zurückgibt. Wie verlautet, hat man ihr die Rente für den gestorbenen Gatten entzogen. Mitten in einem Untersuchungsprozeß steht ein Bruder der Gattin des ehemaligen Präsidenten, Ali Sawwat Raouf, der sich ebenfalls nicht wenig Mittel angeeignet hat.

Zu Beginn d. J. gab es einen weiteren Eklat "an der Spitze". Der Justizminister der ARÄ forderte, daß dem Ex-Innenminister Nabawi Ismail die parlamentarische Immunität entzogen werde. Unter dem ehemaligen Präsidenten "bemutterte" er Hochstapler und Kriminelle, hatte übrigens auch selber keine blütenweiße Weste, denn er falsifizierte die Ergebnisse des Referendums von 1980 mittels präparierter Stimmzettel. Bekannt war auch seine Härte gegenüber der Opposition. Mit seinem Wissen wurde in Kairoer Gefängnissen gefoltert.

Im März wurden zwei Stellvertreter des Staatsministers für Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung sowie der Finanzdirektor desselben Ministeriums verhaftet: wegen Annahme von Bestechungsgeldern von einer in Ägypten etablierten US-Firma.

Auf die Anklagebank kamen weitere drei Regierungsmitglieder: der Versorgungs- und Handelsminister Ahmed Nouh, der Minister für Industrie und Bodenschätze, Fouad Abu Zaghlal, und der

Minister für Verkehrs-, Nachrichtenwesen und Seetransport Suleiman Metwalli Suleiman. Alle drei waren in Machenschaften zur gesetzwidrigen Bereicherung verwickelt.

Die skandalösen Entlarvungen nach Anwar Sadats Tod jagten einander. Wie sich herausstellte, hatten die Verbrechen und Verstöße gegen die Gesetze in der Infitah-Zeit Massencharakter angenommen. Wie die ägyptische Wochenzeitung "As-Siyasi" schreibt, wurden etwa 100 000 Privatunternehmer, d. h. 65 % aller Geschäftsleute, der Steuerhinterziehung überführt. Das Spektrum der Verstöße ist breit: vom Zurechtfertigen der Einkünfte bis zur Fälschung von Rechnungen und Dokumenten und zur Bestechung von Mitarbeitern des Steueramtes.

Eine andere ägyptische Zeitung, "Al-Ahali", brachte Ende April folgende Angaben: Aus den Steuereingängen im Finanzjahr 1981/82 in Höhe von 1,84 Md. ägyptische Pfund entfielen 1,54 Md. auf die Besteuerung der Gesellschaften des staatlichen Sektors oder auf Transaktionen des privaten Sektors mit Regierungsämtern und dem staatlichen Sektor. Dazu die Zeitung: "Somit geht der Großteil der Steuern von Personen ein, die ein begrenztes Einkommen haben oder im Lohnverhältnis stehen."

Die fortschrittliche Öffentlichkeit Ägyptens betont die Notwendigkeit radikaler Wandlungen in der Innenpolitik der Regierung, da sich Anwar Sadats Infitah nicht bewährt hat. Nach Angaben der Zeitschrift "Time" beträgt das Prokopfeinkommen im Lande 500 Dollar jährlich. Das ist mehr als zu Beginn der Politik der offenen Türen. Aber die Kennzahl hat rein formellen Wert: Der eine Einwohner kann ein Einkommen von 124 Mio, ein anderer überhaupt keins haben, z. B. jeder der Arbeitslosen, deren Zahl jährlich um 400 000 steigt. Vorläufig kommen viele Verbrecher mit rein symbolischen Strafen davon oder werden überhaupt nicht inhaftiert. Der bekannte Vertreter der ägyptischen Öffentlichkeit Mohammad Haikal konstatierte vor kurzem in einem Interview mit der "Al-Ahali", daß die Kampagne zur Bekämpfung der Korruption bei jenen auf Widerstand stößt, die eine endgültige Entlarvung der Infitah-Politik fürchten.

Wird die ägyptische Justiz es vermögen, die Augiasställe des Infitah zu säubern? Wird die Landesführung imstande sein, von Halbheiten zu radikalen Reformen im Interesse des Volkes überzugehen? Diese Fragen bewegen jetzt alle aufrechten Ägypter.

D. SGRSKI

Der Filmregisseur Susumu Hani ist in Japan weit bekannt. Seinen Dokumentar- und Spielfilmen — "Zeichnende Kinder", "Schlimme Jungen", "Sie und er", "Die Braut von den Änden", "Inferno der ersten Liebe" — verdankt er den Ruf eines großen Meisters des psychologischen Films. Die Streifen wurden mit zahlreichen Preisen der Filmfestivals in Venedig, Moskau, Chicago und Berlin ausgezeichnet. Mit seinem 1982 in Japan und vielen anderen Ländern gezeigten Film "Prophetie" erlangte Hani eine neue Stufe.

Der 40minutige Streifen erschüttert. Von Kameralenten der US Army aufgenommene Bilder des Bombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki, die 35 Jahre in Geheimarchiven lagen, Bilder, die das noch immer weitergehende langsame Dahinstehen der Opfer des Atombombardements veranschaulichen. Bergähnliche Flugzeugträger, strategische Bomber, mit Tausenden neuen Hiroshimas gefüllte Flügellaketen. Und immer wieder Augen: von Erwachsenen und Kindern, Männern und Frauen. Verschiedene und sich doch so furchtbar ähnliche Augen, voller Wissen darum, daß man dem Tode geweiht ist, dem unausweichlichen, qualvollen Tod an den Folgen der Explosionen von "Little Boy" und "Fat Man", wie die beiden auf die japanischen Städte abgeworfenen Atombomben getauft wurden. In diesen Augen ist Warnung, ist eine Mahnung an uns Lebenden. Nicht von ungefähr heißt der Film "Prophetie". 200 000 Opfer von Hiroshima und Nagasaki, 200 000 japanische Propheten beschwören uns aus ihrem Nichtsein: "Versperrt den Weg zur Selbstvernichtung der Menschheit, solange es noch nicht zu spät ist!"

"Was hat Sie zu der für viele Ihrer Verehrer überraschenden Gattung des politischen Films geführt? Welche Schwierigkeiten hatten Sie bei der Arbeit an der 'Prophetie'?" Mit diesen Fragen begann ich mein Gespräch mit Susumu Hani.

"Probleme der Jugend haben mich schon immer beschäftigt. Zur 'Prophetie' kam ich unerwartet, wenn es auch mehrere Gründe dafür gab. Der wichtigste war die Sorge um die Zukunft meines Volkes. Ich befürchte, daß Japan in eine sehr gefährliche Situation verwickelt wird, und ich möchte das verhindern. Viele Japaner möchten alles, was mit dem Krieg, mit Hiroshima und Nagasaki verbunden ist, vergessen. Nicht selten verheimlichen Menschen, daß sie Hibakusha, d. h. Opfer der Atombombenabwürfe, sind. Um so weniger waren sie zuerst bereit, zu filmen. Es ist ja so, daß Menschen mit Narben als Folge von Atombomben nicht in die öffentlichen Bäder dürfen, daß die Hibakusha und selbst ihre Kinder bei der Einstellung diskriminiert werden; sie haben Probleme bei der Eheschließung. Auf jede Erwähnung von Hiroshima und Nagasaki wird in Japan sehr empfindlich reagiert.

ZEHN FUSS

DOKUMENTARFILM

Der japanische Regisseur

Susumu Hani

*über die Rolle der Kunst im Kampf
für die antinukleare Kultur*

Als ich die 'Prophetie' drehte, wollte ich nicht nur die ganzen Schrecken des Nuklearkrieges vor Augen führen. Mir geht es darum, den Zuschauer zum Nachdenken zu zwingen. Es gibt nicht wenig Filme über Hiroshima und Nagasaki, aber meist sind sie der Vergangenheit zugewandt. Dabei muß man an die Zukunft denken. 38 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg wird mit Hochdruck aufgerüstet, und wir stehen am Rande eines Kernwaffenkrieges. Es ist möglich, dieses schicksalhafte Hinabgleiten zu verhindern, doch gilt es dazu, die Anstrengungen vieler Millionen Menschen zu vereinen. Es gilt, die Schlafenden wachzurütteln, die Denkfaulen denken zu machen. Das ist schwierig, und darin sehe ich ein weiteres Problem in Zusammenhang mit der 'Prophetie'.

Gewiß gab es auch nicht wenig technische Schwierigkeiten. Es steht mir nicht zu, darüber zu urteilen, ob wir alle politischen und technischen Probleme bewältigt und den Film massenwirksam gemacht haben. Doch ist es eine große Genugtuung für mich, daß Millionen Japaner, besonders viele Schulkinder und Studenten, meinen Streifen gesehen haben. Er wurde auf der 2. UNO-Abüstungs-sondertagung gezeigt, Millionen sowjetischer Fernsehteilnehmer kennen ihn jetzt auch. Inzwischen bestehen eine englische, eine italienische und eine deutsche Version des Films. Die Leiter der '10-Fuß-Bewegung' haben mir wohl nicht von ungefähr angeboten, einen weiteren Film über das Problem der Kernwaffen und über den Friedenskampf zu machen.

"Erzählen Sie bitte über die '10-Fuß-Bewegung' und Ihren neuen Film. Wie wird er heißen, wann wird man ihn sehen können?"

"Die '10-Fuß-Bewegung' ist ein Strom in der antimilitaristischen, antinuklearen Massenbewegung, die in Japan in den letzten Jahren entstand. Vor einigen Jahren erfuhren die Friedenskämpfer, daß im nationalen Archiv zu Washington 85 000 Fuß des von Kameraleuten der US-Luftwaffe in Hiroshima und Nagasaki aufgenommenen Farbfilms aufbewahrt wurden. Die Amerikaner gaben die Geheimhaltung dieser Filme auf, wollten aber Dollars dafür. So kam die Idee einer landesweiten Spendensammlung auf, um die Filme zu kaufen. Wer 3000 Yen (rd. 12 Dollar) spendete, kaufte 10 Fuß von den Archivfilmen. Daher der Name

Jetzt sind wir dabei, einen dritten Film zu drehen.

Ich möchte den historischen Hintergrund zeigen, vor dem sich die Tragödie des zweiten Weltkrieges abspielte. Warum kamen die Nazis in Deutschland an die Macht? Warum konnten die Militaristen in Japan regieren? Diese Fragen bewegen heute nicht nur die Historiker, denn auch der Laie sieht die gefährliche Ähnlichkeit zwischen der politischen Entwicklung der Vorkriegsjahre und unseren 80er Jahren. Ich werde erneut Hiroshima und Nagasaki zeigen, aber auch das, was sich in der Welt später zutrug. Die Atombomben haben nicht nur radioaktive Asche über Japan verstreut. Sie vergifteten das ganze politische Weltklima und verursachten mit den Ausbruch des kalten Krieges. Der neue Film wird in hohem Maße die 'Prophetie' fortsetzen.

Unser Drehteam reiste eigens in die USA, die UdSSR und nach China, wo wir bei der Vorführung der 'Prophetie' die Reaktion der Zuschauer fixierten. Wir veranstalteten kurze Interviews in den Straßen, wir fragten Menschen, wie sie über die Kernwaffen, über Hiroshima und Nagasaki denken. Verstehen Sie, die Japaner haben nicht gar so viele Möglichkeiten, sich über die Stimmungen der Russen und Chinesen zu informieren, es gibt viele Vorurteile und viel Unverständnis. Ich habe vor, in meinen Film Bilder aus dem Alltag in Moskau aufzunehmen. Das ist nur auf den ersten Blick nicht mit dem Hauptthema verbunden. In Wahrheit überzeugt der alltägliche Lebensrhythmus davon, daß die Russen sich sehr viele Sorgen um den Frieden machen und keinen Krieg wollen. Es ist wichtig für mich, die historischen Wurzeln der Einstellung der Russen zu Krieg und Frieden bloßzulegen. Sie haben bis heute nicht vergessen, was Hitler über ihr Land brachte. Ein kleiner Ritus hat mich sehr sympathisch



dieser Bewegung. Die eingelaufenen Mittel reichten aus, um die nötigen Materialien in den USA zu erwerben sowie zwei Filme zu drehen: 'Die verlorene Generation' (Regie: Yutun Tachibana) und meine 'Prophetie'.

berührt. Neuvermählte gehen am Hochzeitstag zu Gräbern von Soldaten, die im Kampf gegen den Nazismus fielen. Man kann schwer Worte finden für all die Gefühle und Gedanken, die in einem wach werden, wenn man die jungen, glückstrahlenden Menschen die Soldatengräber ehren sieht. Diese Menschen können unmöglich einen Krieg wollen. Als ich in China war, gewann ich den Eindruck, daß auch sein Volk den Frieden liebt.

Verstehen Sie, was ich sagen will? Wenn wir über die Leiden im Krieg sprechen oder schreiben, verfallen wir zu leicht ins Gigantische, wir operieren gleich mit Kategorien wie Nation, Staat, Tausende Menschen. Dabei litt jeder einzelne, litt maßlos, litt in Hiroshima und Nagasaki, Tokio und Osaka und vielen anderen Städten. Und die Soldaten — litten sie denn nicht? Man muß es verstehen, die Erfahrung von Hiroshima an der von Leningrad, die Erfahrung von Nagasaki und Nanking an der von Auschwitz und Buchenwald zu messen. Ich glaube, besonders große Leiden waren im letzten Weltkrieg den Russen, den Chinesen und den Deutschen beschieden. Ich bin keineswegs antiamerikanisch gesinnt, aber es bleibt Fakt, daß die Amerikaner vom Krieg viel weniger betroffen wurden. Das wirkt sich auch auf die gegenwärtige Einstellung der Amerikaner zu Krieg und Frieden aus, und das ist nur natürlich.

Auch wenn wir über die heutigen Weltprobleme sprechen, müssen wir konkreter sein. Es genügt nicht, einfach vom Wetrüsten zu reden. Man muß vielmehr zeigen, wer es angefangen hat, wer wie viele Kernsprengköpfe besitzt und wie jede einzelne Regierung zu den Kernwaffen steht. Bei der Arbeit an meinem neuen Film interviewte ich den US-Admiral Gene R. Larocque. Er fragte: 'Warum müssen wir die Russen hassen? Dann sprach er viel von dem Vorschlag Moskaus, einen Nichtangriffspakt zwischen den NATO-Staaten und den Warschauer Vertragsstaaten zu schließen. Das ist ein sehr wichtiger, verhandelnswerter Vorschlag. Für mich war das Urteil eines Fachmanns wie Admiral Larocque wichtig. Ich bin kein Politiker, ich mache Filme, und die Politik sehe ich mit den Augen eines einfachen Menschen. Im Film möchte ich das Unmenschliche der Kernwaffen betonen — ebenfalls als einfacher Mensch. Nicht nur der Politiker, sondern auch der 'Mann von der Straße' muß jetzt darüber entscheiden, welchen Weg die Menschheit geht. Meines Erachtens unterschätzen gewisse Leute die Gefährlichkeit dessen, daß ein falscher Weg eingeschlagen werden kann.'

"Wie meinen Sie das? Meinen Sie den ganzen Planeten oder Japan? Spricht man von Ihrem Land, so sind die gefährlichen Tendenzen, wie mir scheint, in der Tat vorhanden. Es geht so weit, daß über Japan als eventuelle Nuklearmacht gesprochen wird."

"Ich weiß nicht, ob Japan eine Nuklearmacht wird. Freilich bestehen

machtvolle Kräfte, die sich dafür einsetzen. Unter den japanischen Intellektuellen gibt es ebenfalls Schichten, die eine solche Entwicklung als unvermeidlich, ja wünschenswert betrachten. Das beeinflußt die öffentliche Meinung des Landes in starkem Maße."

"Sie haben eben den Einfluß des reaktionär gesinnten Teils der Intelligenz auf die Öffentlichkeit des Landes erwähnt. Doch hat bestimmt auch jener Teil der Intelligenz, der sich für eine kernwaffenfreie Welt einsetzt, ebenfalls Einfluß. Stehen Sie denn allein auf weiter Flur?"

"Gewiß nicht. Schriftsteller, Schauspieler und Filmschaffende schließen sich im Friedenskampf zusammen. Aktiv wirken einige Parteien, Gewerkschaften und zahlreiche Organisationen der 'Graswurzeln', darunter die '10-Fuß-Bewegung'." (In Japan heißt es, daß die Graswurzeln die Erde erbeben lassen. Diese umfassende Friedensbewegung vereint Millionen Japaner, die keinen Krieg wollen.) "Doch muß man noch organisierter handeln. Ich hoffe, daß meine Filme dabei eine Rolle spielen werden. Was die japanische Intelligenz angeht, so ist sie sehr wenig einig. Ich glaube, unsere Hauptaufgabe muß darin bestehen, eine antinukleare Kultur zu schaffen."

Es ist nämlich so, daß jetzt intensiv eine 'nukleare Kultur' durchgesetzt wird. Damit befällt sich das ganze Establishment, das ganze Bildungssystem. Sie wollen die 'nukleare Allergie' überwinden, alle Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki auslöschen. Es geht so weit, daß den Menschen gesagt wird: 'Was gibt es eigentlich so Tragisches an der Erfahrung von Hiroshima und Nagasaki? Schauen Sie doch, wie diese beiden Städte jetzt prosperieren.' Nun, wir müssen die unheilbaren Wunden der Hibakusha zeigen. Wir brauchen neue Bücher, Filme, Gemälde, Lieder, die den in Vorbereitung befindlichen Nuklearkrieg anprangern. Das ist eine schwere Aufgabe, sie wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Jener Teil der Intelligenz, der sich noch immer im Elfenbeinturm abkapselt, muß raus, in die Wirklichkeit. Das japanische Volk, die japanische Intelligenz haben besondere Verpflichtungen der Menschheit gegenüber. Wir können täglich die Augen jener sehen, die einen Nuklearkrieg schon erlebt haben, diese Augen rufen unseren Zorn hervor und inspirieren uns zum Kampf. In ihrer Mehrheit sind die Hibakusha sehr einfache Menschen. Aber ihre Leiden haben die meisten von ihnen zu Philosophen und Streitern für die Sache des Friedens gemacht. Mein Umgang mit ihnen überzeugte mich davon, daß man den Kampf gegen die Kernwaffen, für den immer währenden Frieden stark aktivieren muß. Ich möchte mein ganzes Leben diesem Ziel widmen. Ich möchte, daß alle Japaner, alle Menschen der Erde so denken."

J. TAWROWSKI

Tokio

Eigenbericht



Berichten Sie bitte über die kubanischen Komitees zur Verteidigung der Revolution.

O. TSCHERNIKOW
Nowosibirsk, RSFSR

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution sind die größte Massenorganisation auf Kuba. Sie vereint ca. 80% der volljährigen Bevölkerung. Die Komitees mobilisieren die Werktätigen zum Schutz der Revolution, sie tragen zur politischen und ideologischen Erziehung des kubanischen Volkes bei.

Sie wurden auf Aufruf von Fidel Castro 1960 gebildet, als sich die imperialistischen Aggressionen der USA und der inneren Konterrevolution (Morde an Aktivisten, Brand- und Sprengstoffanschläge) gegen die Insel der Freiheit häuften.

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution sind nach dem territorialen Prinzip organisiert: Sie bestehen in jedem Haus, in jedem Wohnviertel. Ihre Funktionen beschränken sich ursprünglich auf Streifendienst zur Vorbeugung von Diversions- und Sabotageakten. 1961 spielten sie eine wichtige Rolle bei der Zerschlagung der Söldner in Playa Giron. Die Komitees beteiligten sich am Kampf gegen die aus den USA eingeschleusten Banditen.

Mit dem Wachstum der zahlenmäßigen Stärke, des revolutionären Bewußtseins und der politischen Reife der Werktätigen wurden die Funktionen der Komitees immer vielfältiger. Sie halfen bei der Beseitigung des Analphabetentums, bei der Volkszählung zur Verbesserung der Kontrolle über die Lebensmittelverteilung. Gegenwärtig fördern die Komitees die freiwillige Hilfe für die Landwirtschaft, den Kampf für die Einsparung von Energie, Brenn- und Rohstoffen. Sie beteiligen sich an der Kultur- und Sportarbeit.

Die Komitees unterstützen die auf Kuba veranstalteten Solidaritätskampagnen mit dem Kampf der Völker Vietnams, Kampuchreas, Simbawes, Angolas, Nikaraguas.

Es bestehen Zonen-, Municipal- und Provinzleitungen der Komitees. Das höchste Organ ist die nationale Leitung.

Bei Ihnen hört es sich so an, als ob alle Kriegsverbrecher in der BRD gelebt hätten und kein einziger in der DDR. Ich bin auch nicht damit einverstanden, wie Sie den Begriff des Kriegsverbrechers definieren. Alle Soldaten sowohl in der Wehrmacht als auch bei der SS hatten Hitler den Dienst geleistet. Wenn sie ihn gebrochen hätten, dann hätte man sie erschossen. Und noch eins: War das Urteil von Nürnberg nicht ein Racheakt?

Roelof de JONG POSTHUMUS
Braunschweig (BRD)



Es diskutiert
der NZ-Kommentator
Lew
BESYMENSKI

Sinnen und Trachten ihrer Völker zuwiderliefern.

Dokumentarisch belegt ist auch, daß sich die hohen SS-Chargen gegen Kriegsende möglichst nach dem Westen absetzten und ihre Familien mitnahmen. Als einer der schlimmsten Verbrecher, der für die Gaswagen verantwortliche SS-Standartenführer Rauff seine Flucht nach Lateinamerika vorbereitete, wurde seine in der sowjetischen Zone befindliche Familie nach Westdeutschland gebracht, und erst dann traten die Rauffs ihre Reise nach Übersee an.

Auf dem Boden der DDR wurden gleich nach dem Krieg strengste Entnazifizierungsmaßnahmen getroffen. Zum Unterschied von den westlichen Zonen, wo man sich mit Fragebogen begnügte, legten die neuen, demokratischen Staatsorgane in der sowjetischen Zone Gewicht auf striktere Maßnahmen zur Ausmerzung des Nazismus. In Sachsen fand 1946 eine Volksbefragung über die Enteignung der Großgrundbesitzer und Monopolherren statt, auf die sich der Nazismus gestützt hatte. In der DDR sind die antifaschistischen Grundsätze, ist die Ausrottung des Hitlerfaschismus in der Verfassung verankert. Regierung und Justiz der DDR verpflichteten sich international zur Verfolgung der Kriegsverbrecher. Dort ist eine moralische und politische Atmosphäre geschaffen worden, in der es unmöglich ist, Kriegsverbrechern Unterschlupf zu geben und den Neonazismus hochkommen zu lassen, was leider in der BRD oft zu beobachten ist.

Kommen wir nun zur "Rache" und zum "Befehlsnotstand". In Nürnberg standen nicht das ganze deutsche Volk und nicht alle Wehrmachtsoldaten vor Gericht. Uns ist die These von der "Gemeinschaftsschuld" fremd, wo alle über einen Kamm geschoren werden und man die Hauptkriegsverbrecher durch die Maschen schlüpfen lassen kann. Der Nürnberger Prozeß war sorgfältig vorbereitet, seine Grundsätze und Methoden wurden genau festgelegt, und sie schlossen von Anfang an einen "Racheakt", wie Sie es nennen, aus. Im Statut des Internationalen Militärgerichtshofs sind die strafbaren Verbrechen genau fixiert. Im Statut des Internationalen Militärtribunals wurde der Kreis der

Verbrechen festgelegt: Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. 6).

Mit Bezug auf den Nürnberger Gerichtshof ist es überhaupt nicht am Platze, von Rache zu sprechen, denn dort genossen alle Angeklagten weitgehende prozessuale Garantien. Die Anklageakte wurde ihnen einen Monat vorher eingehändigt, sie hatten selbstgewählte Verteidiger, konnten Zeugen vorladen und Aktenstücke anfordern lassen.

Als Kriegsteilnehmer muß ich offen sagen: Wir hatten alle Ursache zur Rache. Die haarsträubenden, kaltblütigen und vorsätzlichen Verbrechen der Wehrmacht- und SS-Chargen; die Massaker unter den sowjetischen Kriegsgefangenen; die Peinigung der Zivilbevölkerung; die Politik zur Kolonisierung unseres Landes, bei der Millionen ausgerottet werden sollten (in Himmlers Amt war von 31 oder sogar 51 Millionen die Rede) — ist das alles verzeihlich? Nein, aber trotzdem ist die sowjetische Öffentlichkeit nicht für Rache, sondern für Vergeltung.

Wir werden aber niemals dulden, daß ein Gerichtsverfahren zur Rechtfertigung von Verbrechen mißbraucht wird. Wir sind dagegen, daß Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit genauso wie kriminelle Verbrechen gerichtet werden. Deshalb eben wurde der Nürnberger Gerichtshof gebildet.

Wir halten es für unzulässig, daß man sich hinter einem "Befehlsnotstand" verschanzte, um sich der verdienten Vergeltung zu entziehen. Die Rädelsführer des Dritten Reiches erkannten bald, daß das ein geeignetes Hintertürchen ist. Ich erinnere mich noch genau, wie sich Generalfeldmarschall Keitel 1945 bei einem Verhör, dem ich beiwohnte, alle Augenblicke auf Befehle Hitlers berief — er als Soldat sei ihnen nur nachgekommen. Und das sagte ein Mann, dessen Unterschrift unter Befehlen stand, die Kommandeure der Sowjetarmee zu liquidieren (so unter dem berüchtigten "Kommissar-Befehl")! Nach Keitel haben sich auch Verbrecher tieferen Ranges auf den "Befehlsnotstand" herausgeredet (und tun es noch jetzt).

Wenn wir nicht wollen, daß sich die Kriegsverbrechen wiederholen (wofür das Vorgehen der USA in Vietnam oder die Massaker in Sabra und Shatila Beispiele sind), dann müssen wir fordern, daß Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen, bei Völkermorden und Vergehen gegen Frieden und Menschlichkeit auf jeden Fall bestraft werden, selbst wenn ein Verbrecher einen schriftlichen Befehl zu seinen Verbrechen vorweisen kann. Keine Schuld ohne Sühne!

Ja, werter Herr Jong Posthumus, uns ist schon zu glauben, u. zw. in beiden von Ihnen angeführten, etwas verschiedenen Punkten. Was den ersten betrifft, so fällt auch uns Bürgern der sozialistischen Ländergemeinschaft die unterschiedliche Sachlage auf. In der BRD finden noch immer Kriegsverbrecherprozesse statt und ist in Tausenden Fällen noch kein Verfahren eingeleitet. In der DDR dagegen kommen nur vereinzelt Prozesse vor, und sogar gleich nach dem Krieg waren es verhältnismäßig wenige. Womit erklärt sich das?

Trotz des ironischen Untertons Ihrer Frage enthält sie schon die richtige Antwort. Die Gestapo- und SS-Leute sahen gegen Ende des Krieges die Ahndung ihrer in der UdSSR verübten Verbrechen voraus und tauchten möglichst weit weg von der vorrückenden Sowjetarmee unter. Der Führung des Dritten Reiches und der SS waren die Beschlüsse der Alliierten über die Teilung des Landes in Besatzungszonen bekannt, und sie zogen daraus ihre Konsequenzen. Alle geraubten Schätze und Geheimdokumente schafften sie nach Westdeutschland, ebenso ihre "wertvollen Kader". Hitlers Adjutant Günsche zitierte in seinen Aussagen den Ausspruch von Reichsleiter gen den Ausspruch von Reichsleiter Bormann, daß die in den westlichen Zonen Untergeschlüpfen Kontakt mit den dortigen Behörden aufnehmen und sie um Hilfe bei der Erhaltung des Nazikaders bitten müßten. Bormann sagte: "Die Rettung müssen wir im Westen suchen." Offenbar wußte die Führung des zusammenbrechenden Reiches davon, daß in den politischen Kreisen der USA und Englands antikomunistische Stimmungen vorhanden waren, die den internationalen Verpflichtungen dieser Länder und dem

Mafiakrieg



In Italien ist zwar ein neues Gesetz gegen die Mafia in Kraft getreten, diese lebt aber weiter nach ihren eigenen Gesetzen. So ist auf Sizilien wieder ein heftiger Kleinkrieg zwischen Mafiosi-„Familien“ um die Kontrolle über den Heroinmarkt entbrannt. In nur 24 Stunden wurden in einigen Städten der Insel 12 Angehörige der sich bekriegenden Clans ins Jenseits befördert.

Ein dotiertes

Treffen

Für das Ende Mai in Williamsburg (USA) abzuhal- tendes Gipfeltreffen der sieben größten kapitalistischen Länder bewilligte das Weiße Haus 8 Mio Dollar. Experten haben jedoch errechnet, daß diese Summe nicht einmal dafür ausreicht, die hohen Gäste, ihre Berater und die Reporter zu empfangen, unterzubringen und zu verpflegen. Man wandte sich um Spenden an das große Business, und wie die „Newsweek“ zu melden weiß, haben viele US-Konzerne das Treffen mit Freuden dotiert, denn eine bessere Warenwerbung auf höchster Ebene ist ja kaum denkbar.

Das ging ins Auge

Die Inhaber einer Druckerei in Rouen (Frankreich) haben laut France Presse bei der Behörde um Subventionen angesucht und zur Bekräftigung ein herzerreißendes Interview für die Lokalzeitung beigelegt, in dem es hieß: „Wir haben unsere gesamte Barschaft in unsere Druckerei investiert und arbeiten sieben Tage wöchentlich 18 Stunden täglich. Zuschüsse dringend nötig.“ Die Behörde beschloß, den Fall zu untersuchen. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine illegale Werkstatt für falsche Schecks und Ausweise handelt.

Winter, ade!

In Schottland galt neun Jahrzehnte lang, seit 1892, ein gesetzliches Verbot, in Städten und Dörfern Schneeballschlachten auszu- tragen. Voriges Jahr wurde es aufgehoben, aber das be- treffende Gesetz ist erst im Frühjahr rechtskräftig gewor- den, als der Schnee schon weggetaut war. Die kleinen Schotten werden also bis zum nächsten Winter warten müssen.

Apartheidige Mauerblümchen



Auf einer Gastreise der amerikanischen Singgruppe „Sha-Na-Na“ in der RSA konnte eins der Mitglieder, Denny Greene, seine liebste

Nummer — einen Tanz mit einer Dame aus dem Publi- kum — nicht vorführen. Vier Damen gaben ihm einen Korb. Alle vier waren Weiße, der Tänzer aber ein Farbiger. Empört verließ er das Podium und erklärte: „Ich kann solchen Rassismus nicht aus- stehen.“ Er will nie wieder etwas mit Südafrika zu tun haben.

Eine Rangleiter



In Paris ist ein Nachschla- gebuch mit Angaben über 250 mehr oder weniger il- lustre Hellseher und Astrolo- gen herausgegeben worden. Es enthält die Adressen, Tele- fonnummern und Preise der „Konsultationen“. Auch ist jeder, wie die France Presse berichtet, in eine Wertskala eingestuft, die von drei Ster- nen bis zu einer Eule reicht. Diese bedeutet, daß „die Zukunft undurchdringbar“ sei.

Ein Trojanisches Pferd

In England ist eine Bande von Eisenbahnräubern aufgefliegen, die die Methode des Trojanischen Pferds an- wandte. Das sah laut „Times“ folgendermaßen aus: Ein klei- ner Mann wurde mit einem Sauerstoffgerät in einen großen Koffer gesteckt, ein anderes Mitglied der Bande gab als Fahrgast diesen und noch einen, aber leeren, Koffer auf. Unterwegs kam der kleine Mann aus seinem Versteck hervor, stopfte den leeren Koffer mit in Postsäcke verpackten Wertsachen voll und verschwand wieder in seinem Koffer. Bei der An- kunft nahm der „Fahrgast“ seine beiden aufgegebenen Koffer wieder in Empfang.

Nicht schön, aber selten

Die zahlreichen Mu- sikfreunde, die sich in der New-Yorker Carnegie Hall eingefunden hatten, erwar- tete im Konzert des Pianisten und Komponisten Kirk Nurock eine Überraschung. Er führte eine eigene „Vierteilige So- nate für Klavier und Hunde“ auf. Neben dem Pianisten saßen zwei Hunde, von denen der eine bellte und der andere jaulte. Die beiden mögen ihr Bestes getan ha- ben, aber ob das Publikum begeistert war, war dem „Dia- rio de Noticias“ nicht zu entnehmen.

Rekorde,

Rekorde...

Der Franzose Denis Cour- voisier steuerte seinen Wa- gen auf einem Rundkurs 85 Stunden, 6 Minuten und 53 Sekunden hintereinander weg. Alle 4 Stunden machte er 5 Minuten Pause zur Erho- lung und Massage. Damit hat er den „Weltrekord“ ge- brochen, den vor ihm der Kanadier Andre Thibout inne- hatte. Dieser „Rekordler“ hatte es nur auf 84 Stunden und 36 Minuten gebracht.

Eine Gewissensfrage



„Haben Sie heute schon Ihren Jungen durchge- hauen?“ stand auf einem Kleber am Auto eines ge- wissen Alfred Regnery, dessen Nominierung zum Chef des Amts gegen Ju- gendkriminalität der US-Kongreß zu bestätigen hat.

Zeichnungen: W. Tschakiridis